

**Ruck, Juliette**

**„Eine Bestandsaufnahme von  
Lebenssituationen und Lebenslagen  
von asylsuchenden Menschen in  
Sachsen und die Frage nach der  
sozialpolitischen Verantwortung in  
diesem Bereich.“**

**eingereicht als**

**MASTERARBEIT**

**HOCHSCHULE MITTWEIDA  
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

**Fakultät Soziale Arbeit**

**Roßwein, 2014**

**Erstprüferin: Frau Prof. Dr. phil. Weber-Unger-Rotino**

**Zweitprüfer: Herr Prof. Dr. phil. Beetz**

### **Bibliographische Beschreibung:**

Ruck, Juliette:

Eine Bestandsaufnahme von Lebenssituationen und Lebenslagen von asylsuchenden Menschen in Sachsen und die Frage nach der sozialpolitischen Verantwortung in diesem Bereich. 77 S.

Roßwein, Hochschule Mittweida / Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit, Masterarbeit 2014

### **Referat:**

Die Masterarbeit befasst sich theoretisch mit dem Begriff des Flüchtlings, der „Festung Europa“ und ausführlich mit den rechtlichen Grundlagen des Asylverfahrens in Deutschland. Anhand dieser Erarbeitung erfolgt eine Betrachtung der Lebenslagen und Lebenssituationen von AsylbewerberInnen auf nationaler Ebene. Als Ausgangspunkt dient dabei die vom Ausländerbeauftragten des Freistaates Sachsen durchgeführte Studie „Heim-TÜV“ 2013. Der praktische Teil der Masterarbeit umfasst die Darstellung von einigen Ergebnissen des „Heim-TÜVs“ 2013 sowie drei Gespräche mit MitarbeiterInnen der Flüchtlingssozialarbeit in Leipzig. Am Schluss sollen die gewonnenen Erkenntnisse skizzieren, wie gute Flüchtlingssozialarbeit gelingen kann.

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Wer ist Flüchtling?.....	3
2. „Festung Europa“ .....	5
3. Asylrechtliche Grundlagen in Deutschland.....	7
3.1 Zuständigkeiten im Rahmen der Asylantragstellung.....	7
3.2 „EASY“ .....	9
3.3 Identitätssicherung und -feststellung.....	10
3.4 Dublin – Verfahren.....	11
3.4.1 Dublin II – Verordnung.....	11
3.4.2 Dublin III – Verordnung.....	12
3.5 Antragsstellung.....	14
3.6 Anhörung.....	15
3.7 Entscheidung.....	16
3.7.1 Entscheidungsmöglichkeiten.....	17
3.7.2 Die EntscheiderInnen.....	20
3.8 Klage.....	21
4. Das Leben als AsylsuchendeR in Deutschland.....	22
4.1 Sozialhilfe und Krankenversorgung.....	22
4.2 Arbeit.....	23
4.3 Wohnen.....	24
4.4 Residenzpflicht.....	24
4.5 Deutschkurs.....	25
4.6 Familienzusammenführung.....	25
5. Lebenslagen und Lebenssituationen von Asylsuchenden in Sachsen.....	26
6. „Heim-TÜV“ 2013 in Sachsen.....	28
6.1 Veränderte Rahmenbedingungen im Jahr 2013.....	28
6.2 Das „Heim-TÜV“-Verfahren.....	30
6.2.1 Bewertungsschema.....	31
6.2.2 Faktoren zur Beurteilung der Unterbringungssituation.....	31
6.3 Ergebnisse des „Heim-TÜVs“.....	35

6.3.1 Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Eutritzsches	36
6.3.2 Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Grünau-Süd	37
6.3.3 Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Schönefeld-Ost	38
7. Lebenslagen und Lebenssituationen von Asylsuchenden in Leipzig	40
7.1 Konzept der Stadt Leipzig zur Unterbringung	41
7.2 Besuch der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Eutritzsches	43
7.3 Besuch der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Schönefeld-Ost	55
7.4 Dezentrale Unterbringung in Leipzig	68
8. Flüchtlingssozialarbeit	70
Fazit	75
Anhang	78
Anhang 1: „Heim-TÜV“ Fragenkatalog 2013	78
Anhang 2: „Heim-TÜV“ Bewertungsschema 2013	84
Anhang 3: Leitfaden ExpertInneninterview: Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Eutritzsches	94
Anhang 4: Interview mit zwei Mitarbeitern der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Eutritzsches	96
Anhang 5: Interview mit einer Sozialarbeiterin der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Schönefeld	115
Quellen	127

## **Abkürzungsverzeichnis**

AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
DCM	Dialogische Kommunikationsmethode
EASY	Erstverteilung der Asylbegehrenden
EMRK	Europäische Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten
EURODAC	Europäisches Daktyloskopisches System
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen)

# Einleitung

Als die Autorin im Winter letzten Jahres einem Aufruf zur Gegendemonstration folgte, waren ihr die Ausmaße der folgenden Situation nicht bewusst. In Schneeberg versammelten sich an einem Samstagabend im November 2013 etwa 1000 Menschen als „Bürgerwehr“ - organisiert durch die ortsansässige NPD und ausgestattet mit brennenden Fackeln - zum Thema „Asylmissbrauch stoppen“. Dieser als harmlos angemeldete „Schneeberger Lichtlauf“ war tatsächlich ein bedrohlicher Fackelmarsch, der sich gegen die neu ankommenden Flüchtlinge richtete, welche - wegen Platzmangels in der Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz - in einer alten Kaserne am Stadtrand von Schneeberg untergebracht werden sollten. Dieser Marsch erinnerte stark an die Übergriffe in den 1990er Jahren auf damalige Asylbewerberunterkünfte in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Aufgewühlt durch diese bedrohliche und verletzende Erfahrung beschäftigte sich die Autorin vermehrt mit dem Thema Flucht und Asyl und dachte über folgende Fragen nach: Warum flüchten Menschen aus ihrer Heimat? Unter welchen Bedingungen werden sie in Deutschland aufgenommen? Wie leben Asylsuchende in Sachsen und - spezieller auf kommunaler Ebene - in der Stadt Leipzig? Welche sozialpolitische Verantwortung tragen Kommunen für Asylsuchende? Welchen Beitrag kann Sozialarbeit bei dieser Thematik leisten? Wo gibt es Chancen und Grenzen der Flüchtlingssozialarbeit?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich die vorliegende Masterarbeit. Zunächst setzt sich die Autorin mit dem Begriff des Flüchtlings und der sogenannten „Festung Europa“ kritisch auseinander. Danach folgt eine ausführliche Darstellung der rechtlichen Grundlagen des Asylverfahrens auf nationaler Ebene, da diese den zentralen Ausgangspunkt der Lebenssituationen von Asylsuchenden darstellen. Im Weiteren folgt eine Betrachtung der Lebenslagen und Lebenssituationen von AsylbewerberInnen im gesamtdeutschen Kontext. Anschließend werden die professionell überprüften und dokumentierten Situationen in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften mit Hilfe des „Heim-TÜVs“ 2013 am Beispiel der

Stadt Leipzig näher beleuchtet. Dabei werden die wichtigsten theoretischen Aussagen der Arbeit aus einer Literaturrecherche gewonnen, während die Darstellung von einigen Ergebnissen des „Heim-TÜVs“ 2013 sowie drei Gespräche mit MitarbeiterInnen der Flüchtlingssozialarbeit als Grundlage für den praktischen Teil dienen. Am Schluss sollen die gewonnenen Erkenntnisse skizzieren, wie gute Flüchtlingssozialarbeit gestaltet werden kann.

# 1. Wer ist Flüchtling?

Flüchtlinge sind Menschen, die ihre Heimat verlassen, um Schutz vor Menschenrechtsverletzungen zu suchen. Sie verlassen ihre Heimat aus ganz unterschiedlichen Gründen wie Krieg, Verfolgung und Naturkatastrophen. Aber auch der Wunsch nach einem besseren Leben veranlasst Menschen dazu, sich eine andere Heimat zu suchen. Gesetzlich gesehen wird zwischen Menschen unterschieden, die sich „freiwillig“ auf die Reise begeben und denen, die flüchten müssen. Im Gegensatz zu Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen beschließen zu migrieren und noch durch ihren Heimatstaat geschützt sind, müssen Flüchtlinge ihre Heimat verlassen, weil ihr Herkunftsland sie nicht mehr schützen kann oder will. Diese unterschiedlichen Migrationsvoraussetzungen haben Auswirkungen auf die rechtliche Stellung im Ankunftsland. Bei MigrantInnen sind die Staaten weitestgehend frei in ihrer Entscheidung, ob jemand aufgenommen wird oder nicht. Bei Flüchtlingen müssen sie jedoch - festgelegt durch internationale Abkommen - den Schutz sicherstellen. Begeben sich Menschen auf die Flucht, müssen sie häufig gefährliche Wege in Kauf nehmen. Meist erfolgt die Flucht überstürzt, sodass die nötigen Reisedokumente fehlen. In diesen Situationen bleibt den Flüchtlingen oft keine andere Wahl, als sich Schleppern anzuvertrauen, die sie über die Grenze bringen. Meist müssen die Menschen für die Reise in eine (vermeintlich) bessere Zukunft viel Geld bezahlen. Einige schaffen es jedoch nicht über die Grenze und kommen bei der Flucht ums Leben (siehe Kapitel 2). Mit Hilfe des Asylverfahrens wird letztendlich festgestellt, wer ein Flüchtling ist und wer nicht. (vgl. UNHCR: Flüchtlinge) Laut Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) sind Flüchtlinge Personen, die sich außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen oder in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, und die wegen ihrer „Rasse“<sup>1</sup>,

---

1 Der Begriff „Rasse“ ist historisch extrem belastet, da er rassistische Implikationen beinhaltet. Ein Menschenbild, welches auf der Vorstellung basiert, von unterschiedlichen „Rassen“ geprägt zu sein, verstößt gegen die Menschenrechte. Deswegen setzt sich das Deutsche Institut für Menschenrechte für die Abschaffung des Begriffs „Rasse“ in Gesetzestexten ein. (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte 2009/ 2010, policy paper No. 10/ 16)



Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine begründete Furcht vor Verfolgung haben und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen können oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren wollen. (vgl. UNHCR: Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge) Ausgenommen von der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention sind somit Binnenflucht, Flucht aufgrund von Armut und/ oder mangelnder Arbeit, Umweltbedingungen/ Klima und (Bürger-)Krieg. (vgl. Krauß, Hand-Out)

---

Um die persönliche Ablehnung der Autorin gegenüber dieser rassistischen Überlegung deutlich zu machen, wird der Begriff „Rasse“ in der vorliegenden Masterarbeit ausschließlich in Anführungszeichen verwandt.

## 2. „Festung Europa“

Die Europäische Union versichert offiziell, ein gemeinsames europäisches Asylsystem unter Beachtung des internationalen Flüchtlingsrechts und der Menschenrechte zu besitzen. Jedoch sieht die Realität an den EU-Außengrenzen anders aus. Hier werden zunehmend Maßnahmen getroffen, damit Menschen erst gar nicht Zutritt zum Hoheitsgebiet der EU bekommen. Grenzkontrollen werden zum Beispiel immer weiter ins Vorfeld der Staatsgrenzen verlagert, sogar bis in die Hohe See oder in die Küstengewässer afrikanischer Staaten hinein. Dies wird so gehandhabt, dass überwachende Schiffe eingesetzt werden, die mit schiffbrüchigen Booten (Boatpeople) geflüchtete Menschen auf Hoher See abwehren und daran hindern, überhaupt die EU-Außengrenzen zu erreichen und dort Schutz suchen können. Dies stellt eine Verletzung des Rechts auf Zugang zu einem Asylverfahren und des Rechts auf das Stellen eines Antrags auf internationalen Schutz vor Zurück- und Abschiebung gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention dar. Zu beachten ist hierbei, dass der Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz nicht erst auf dem Gebiet der EU beginnt, sondern dort, wo die EU oder einzelne Mitgliedstaaten Macht ausüben. Deswegen muss die Europäische Union bereits auf Hoher See die menschenrechtlichen Verpflichtungen beachten und einhalten. Im schlimmsten Falle erleiden die Menschen durch dieses Zurückdrängen auf Hoher See Schiffbruch und ertrinken. Einige Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, Kirchen und andere Organisationen der Zivilgesellschaft üben immer wieder starke Kritik an solch einem Vorgehen. Weiterhin ist bedenklich, dass die Verantwortlichkeiten für solche Einsätze oft nicht eindeutig geklärt sind. Es erfolgen Einsätze in der Verantwortung einzelner oder mehrerer EU-Mitgliedstaaten, aber auch von einer speziellen EU-Agentur (Frontex). Das führt dazu, dass diese Einsätze weder einheitlich, noch durchschaubar sind. Seit einiger Zeit bemühen sich jedoch die EU-Mitgliedstaaten zunehmend um einen einheitlichen Umgang mit Flüchtlingen. So lautet der Grundsatz einer EU-Verordnung, dass Flüchtlinge nur in dem Staat Asylantrag stellen dürfen, in dem sie zuerst ankommen. Das hat jedoch zur Folge,

dass einige EU-Staaten mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen, als andere. Besonders sind davon die EU-Außenstaaten wie Italien, Malta oder Griechenland betroffen, die mittlerweile eine solidarische Verteilung der Schutz suchenden Menschen innerhalb ganz Europas fordern. (vgl. Cremer)

# **3. Asylrechtliche Grundlagen in Deutschland**

## **3.1 Zuständigkeiten im Rahmen der Asylantragstellung**

Kommt ein geflüchteter Mensch in Deutschland an und gibt sich als Asylsuchender zu erkennen, wird er oder sie an die nächstgelegene Erstaufnahmeeinrichtung im jeweiligen Bundesland verwiesen. Durch das Verteilungssystem „Erstverteilung der Asylbegehrenden“ („EASY“) wird die zuständige Aufnahmeeinrichtung unter Beachtung der Aufnahmequoten nach dem „Königsteiner Schlüssel“<sup>2</sup> ermittelt, mit dem Ziel einer ausgeglichenen Verteilung auf die Bundesländer. Diese Einrichtungen werden durch die jeweiligen Bundesländer selbst betrieben und unterhalten. Zur Deckung des existenzsichernden Bedarfs der Asylbewerber erhalten diese vorwiegend Sachleistungen sowie monatliche Geldleistungen zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse in Höhe von 130 Euro. Dieser Betrag wurde bereits erhöht, da sich laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.07.2012 herausstellte, dass die Höhe der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (unverändert von 1993) verfassungswidrig war.

Jeder Asylsuchende hat die Pflicht, sich bei einer Aufnahmeeinrichtung zu melden, wenn er oder sie in Deutschland ankommt. Eine Asylantragsstellung muss persönlich in einer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolgen, welche der jeweiligen Aufnahmeeinrichtung zugeordnet ist. Das Bundesamt führt dann das Asylverfahren durch. Nach der persönlichen Antragsstellung findet eine Anhörung statt. Hat das BAMF alle notwendigen Informationen gesammelt, wird entschieden, ob dem/ der

---

2 Der Königsteiner Schlüssel wird jedes Jahr entsprechend der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der einzelnen Länder berechnet. In Sachsen liegt die Verteilungsquote 2014 bei 5,14393%. (vgl. BAMF: Verteilung der Asylbewerber)

AsylbewerberIn Asyl, Flüchtlingsschutz oder subsidiärer Schutz<sup>3</sup> gewährt bzw. der Asylantrag abgelehnt wird.

Gegen einen abgelehnten Asylantrag kann beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch BAMF, erhoben werden.

Wie das Aufenthaltsrecht nach der Entscheidung des Bundesamtes ausfällt, regeln die Ausländerbehörden der jeweiligen Bundesländer. Je nach Ausgang des Asylverfahrens erteilt die zuständige Behörde einen Aufenthaltstitel oder ergreift Maßnahmen den Aufenthalt zu beenden.

Wenn Menschen an der Grenze zu Deutschland Asyl suchen, entscheidet die Bundespolizei über die Weiterleitung an eine Aufnahmeeinrichtung oder über ein Einreiseverbot. Kommen geflüchtete Menschen per Flugzeug an, werden sie im Rahmen des Flughafenverfahrens durch die Bundespolizei an das BAMF weitergeleitet.

Weiterhin arbeitet das Bundesamt mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder eng zusammen, sodass zum Beispiel das Bundeskriminalamt Fingerabdrücke von Asylsuchenden auswertet. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) gewährleistet zudem die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention. (vgl. BAMF 2012, S. 5 f.)

---

3 „Das Fremdwort „subsidiär“ heißt „behelfsmäßig“. Denn „subsidiäres Recht“ kommt zur Geltung, wenn weder Asylrecht noch Flüchtlingsschutz gewährt werden können, aber dennoch schwerwiegende Gefahren für Freiheit, Leib oder Leben drohen. Dies können auch Gefahren sein, die aus einer drohenden politischen Verfolgung herrühren. Berücksichtigt werden ausschließlich solche Gefahren, die dem Antragsteller in dem Land drohen, in das er abgeschoben werden soll (sogenannte „zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote“). Ob subsidiärer Schutz zu gewähren ist, prüft das Bundesamt automatisch, nachdem ein Asylantrag gestellt wurde. Subsidiärer Schutz wird dann gewährt, wenn ein Abschiebungsverbot vorliegt.“ (BAMF: Glossar „Subsidiärer Schutz“)

## 3.2 „EASY“

Durch das Verteilungssystem „EASY“ werden die Asylsuchenden in die Aufnahmeeinrichtungen der Bundesländer verteilt. Dabei ist diejenige Aufnahmeeinrichtung zuständig, bei der sich die oder der Asylsuchende gemeldet hat, sofern diese über freie Plätze im Rahmen der genannten Quote verfügen und die zugeordnete Außenstelle des BAMF Asylanträge aus dem Herkunftsland der/des Asylbegehrenden bearbeitet. Trifft eine der Voraussetzungen nicht zu, so wird der Flüchtling durch „EASY“ an eine nächstgelegene Aufnahmeeinrichtung weitergeleitet. (vgl. ebd., S.6)

Dieses Verteilungssystem hat Folgen für die asylsuchenden Menschen. Laut dem Asylverfahrensgesetz (§ 47 Abs. 1 S. 1 AsylVfG) erfolgt eine Wohnverpflichtung, was bedeutet, dass Asylsuchende bis zu sechs Wochen, längstens bis zu drei Monaten, in der zuständigen Aufnahmeeinrichtung wohnen müssen und anschließend innerhalb des Bundeslandes weiter verteilt werden. (vgl. Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz) Ob Asylbegehrende in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden oder sie sich eine Wohnung nehmen dürfen, entscheiden die zuständigen Landesbehörden. Bei dieser wichtigen Entscheidung sollen die Belange der AsylbewerberInnen sowie das öffentliche Interesse berücksichtigt werden. In seltenen Fällen wird einem Antrag zur Familienzusammenführung stattgegeben, sodass auch andere Aufnahmeeinrichtungen in Betracht kommen.

Während das Asylverfahren läuft, wird den AsylbewerberInnen eine Aufenthaltsgestattung erteilt, welche zugleich als Ausweis dient. Durch diese Gestattung wird der räumliche Aufenthalt auf den Bezirk der Ausländerbehörde eingeschränkt, in dem die zuständige Aufnahmeeinrichtung liegt, die sogenannte Residenzpflicht. Für das Verlassen dieses Bezirks benötigen die Asylbegehrenden eine Erlaubnis. Lediglich bei Behördengängen oder Gerichtsterminen, die außerhalb des Bereiches liegen, wird keine gesonderte Erlaubnis benötigt. Verstöße gegen diese Residenzpflicht können Bußgeld (in manchen Fällen auch

Freiheitsstrafe) nach sich ziehen. Auch die Residenzpflicht wird von den Bundesländern eigenständig geregelt. (vgl. BAMF 2012, S. 7)

### **3.3 Identitätssicherung und -feststellung**

Das Bundesamt ist verpflichtet, den Sachverhalt der Identität von asylsuchenden Menschen zu klären und erforderliche Beweise zu erheben. Die betreffende Person hat ebenso eine Mitwirkungspflicht bei der Aufklärung des Sachverhalts, z. B. durch das Vorlegen von Pässen, Passersatzpapieren und allen anderen Unterlagen, die für eine Identitätsfeststellung bedeutsam sein könnten. Um die Herkunftsregion bzw. den Herkunftsstaat der Person zu bestimmen, darf sogar eine Aufzeichnung des gesprochenen Wortes - außerhalb einer förmlichen Anhörung - angefertigt und bei Zweifeln eine Sprachanalyse von Sprachwissenschaftlern durchgeführt werden. Bei der Vorlage von Urkunden und anderen Unterlagen werden diese von Urkundensachverständigen der physikalisch-technischen Urkundenstelle des BAMF auf Echtheit geprüft. Diese Untersuchungen fließen letztendlich in die Asylentscheidung ein und werden bei Strafverfahren in dieser Sache (Urkundenfälschung) vor Gericht von der physikalisch-technischen Urkundenstelle gutachterlich vertreten. 2012 wurden 68% der Dokumente als echt anerkannt, bei 9% konnte eine Manipulation festgestellt werden, der Rest wurde beispielsweise mangels Vergleich nicht bewertet. Seit 2003 werden durch das Europäische Daktyloskopische System<sup>4</sup> (EURODAC) Fingerabdrücke von Asylbewerbern europaweit abgeglichen. Somit kann mitgeteilt werden, ob bereits Fingerabdruckdaten vorhanden sind und gleichzeitig wird herausgefunden, ob die betreffende Person zuvor in einem anderen Mitgliedsstaat einen Asylantrag gestellt hat, welcher dann für das Asylverfahren zuständig wäre. Wird dies deutlich, ist Deutschland nicht für das Asylverfahren verantwortlich und die asylsuchende Person wird an den Mitgliedsstaat überstellt, in dem er oder sie seinen Antrag zuerst gestellt hat. (vgl. BAMF 2012, S. 8 f.)

---

<sup>4</sup> „Die Eurodac-Verordnung regelt den europaweiten Fingerabdruckabgleich von Asylsuchenden und Menschen ohne Aufenthaltsrecht ab 14 Jahren.“ (PRO ASYL e. V.: Eurodac-Verordnung)

## 3.4 Dublin-Verfahren

Mit Hilfe dieses Verfahrens soll festgestellt werden, welcher europäische Staat für die Asylantragsprüfung zuständig ist.

### 3.4.1 Dublin II-Verordnung

Mit der Dublin II-Verordnung haben die EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, unerwünschte Flüchtlinge ohne Asylverfahren auszuweisen. Näher bedeutet das, dass jeder asylsuchende Mensch nur **einen** Asylantrag innerhalb der EU stellen darf und das nur dort, wo er oder sie das erste Mal Europa betritt. Erreicht ein/e AsylsuchendeR Deutschland über einen „sicheren Drittstaat“<sup>5</sup>, so ist eine Abschiebung in diesen vorgesehen. Der Reiseweg des Flüchtlings ist somit für die Zuständigkeitsbestimmung viel bedeutsamer, als der eigentliche Fluchtgrund. Das Dublin-Verfahren unterstützt die Aufrechterhaltung der „Festung Europa“ (siehe Kapitel 2), da alle EU-Staaten an den Außengrenzen ihre Kontrolle verstärken, um nicht für übermäßig viele Asylverfahren - und die damit verbunden Kosten - zuständig sein zu müssen. Somit kommt es zu einem regelrechten „Verschiebebahnhof“ zwischen den europäischen Kernländern und den Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen. Um sicherzustellen, dass die Asylsuchenden in das zuständige Land tatsächlich zurückgehen, in dem sie zuerst ankamen, kann auch eine Zurückschiebung bzw. eine Abschiebehaft bis zur Ausweisung erfolgen.

Diese Abschottung lässt sich an den sinkenden Flüchtlingszahlen in Deutschland erkennen: 1998 wurden 98.644 Asylanträge gestellt, 2007 waren es nur noch 19.164, da es immer weniger Menschen gelingt, nach Deutschland zu flüchten. (vgl. Sächsischer Flüchtlingsrat: Dublin II - Verordnung)

---

5 „Sichere Drittstaaten sind nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften sowie weitere europäische Staaten, in denen die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Menschenrechtskonvention sichergestellt ist. Dies sind: Norwegen und die Schweiz.“ (BAMF: Glossar „Sichere Drittstaaten“)



### **3.4.2 Dublin III-Verordnung**

Diese Verordnung gilt für alle Asylanträge ab dem 19.01.2014 und löst damit die Dublin II-Verordnung ab. Die Grundidee der alten Verordnung bleibt dabei jedoch erhalten, allerdings wurden Verfahrensprinzipien geändert.

Der Anwendungsbereich der Verordnung ist um den Antrag auf subsidiären Schutz erweitert worden. Somit kann an dieser Stelle die Dublin III-Verordnung nicht mehr umgangen werden und die Reduzierung auf subsidiären Schutz ist damit ausgeschlossen.

Des Weiteren wurde in einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 21.12.2011 festgelegt, dass Asylsuchende nicht in Mitgliedsstaaten überstellt werden dürfen, in denen Menschenrechtsverletzungen drohen. Diese Verletzungen kommen zu Stande, wenn eine Gefahr der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung entgegen des Artikels 4<sup>6</sup> der EU-Grundrechtecharta vorliegt.

Neu geregelt wurde weiterhin, dass Asylsuchende ein Recht auf Information haben, sobald ein Schutzantrag gestellt worden ist. Hier ist gemeint, dass umfassende Informationen über das Dublin-Verfahren und wichtige Aspekte diesbezüglich zur Verfügung gestellt werden.

Garantiert wird ebenso ein persönliches Gespräch in Form einer Anhörung, welche zeitnah erfolgen soll. Diese Neuregelung stellt eine Verbesserung dar, da bisher Asylbewerber in Haft nicht angehört wurden. Somit besteht auch in Haft die Chance einer umfassenden Aufklärung, welches Land mit welchen Modalitäten für die Asylbewerbung zuständig ist.

Zudem wird durch das Dublin III-Verfahren versucht, den Schutz von Minderjährigen zu stärken. Hier steht das Kindeswohl - im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention sowie der Grundrechte-Charta - im Mittelpunkt. Bei der Vertretung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen soll eine entsprechende Qualifikation bzw. Fachkenntnis vorliegen. Des Weiteren soll noch mehr an einer

---

6 „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.“ (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften: Charta der Grundrechte der Europäischen Union)

möglichen Familienzusammenführung und an der damit verbundenen notwendigen Kooperation innerhalb der Mitgliedsstaaten gearbeitet werden.

Ergeht ein Bescheid über die Zuständigkeit, muss diese sofort zugestellt und nicht wie bisher erst am Tag der Abschiebung überreicht werden. Dadurch können Rechtsmittel gegen diesen Bescheid eingereicht werden, was vorher kaum möglich war. Im Artikel 27 der Dublin III-Verordnung sind die Rechtsmittel geregelt. JedeR AsylbewerberIn hat demnach einen einstweiligen Rechtsschutz, wobei die Mitgliedsstaaten zwischen drei Varianten von unterschiedlich stark ausgestalteten Rechtsmitteln<sup>7</sup> wählen können.

Die letzte zu erwähnende Neuregelung betrifft die Inhaftierung, Artikel 28 der Dublin III-Verordnung. Besteht eine „erhebliche Fluchtgefahr“, können Asylsuchende nach einer Einzelfallprüfung inhaftiert werden. Die Haft muss dabei verhältnismäßig und so kurz wie möglich sein<sup>8</sup>. (vgl. Sächsischer Flüchtlingsrat: Dublin III-Verordnung)

---

7 „Die beste Option wäre eine automatische Aussetzung der Überstellung, solange noch nicht rechtskräftig über alle Rechtsmittel entschieden worden ist. Die schwarz-gelbe Koalition hat sich bereits im Vorgriff auf die neue Verordnung für die schwächste Variante des Rechtsschutzes entschieden: Innerhalb von einer Woche nach Zustellung des Dublin-Bescheides muss der Asylbewerber einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht stellen, um zu erreichen, dass das Gericht prüft, ob seiner Abschiebung einstweilig auszusetzen ist. Obwohl hier der Rechtsschutz nach Willen der Bundesregierung eher schwach ausgestaltet sein soll, stellt diese neue Regelung für die deutsche Situation einen großen Fortschritt dar. PRO ASYL und andere Organisationen hatten jahrelang darum gestritten, dass der Ausschluss vom Eilrechtsschutz endlich abgeschafft wird. Erst unter dem Zwang des neuen Unionsrechtes konnte dies in Deutschland durchgesetzt werden.“ (Sächsischer Flüchtlingsrat: Dublin III-Verordnung)

8 „Wird während des Dublin-Verfahrens inhaftiert, so verkürzen sich die Fristen zur Durchführung des Dublin-Verfahrens. Der ersuchende Staat muss innerhalb eines Monats das Übernahmeersuchen stellen, der ersuchte Staat muss innerhalb von zwei Wochen antworten, sonst gilt, „Wer schweigt, stimmt zu“. Für die Überstellung bzw. Abschiebung bleiben sechs Wochen Zeit. Die Beschleunigung begrenzt zwar die Haftdauer bei Dublin-Fällen auf drei Monate. Aus Sicht von PRO ASYL hat das beschleunigte Verfahren jedoch fatale Auswirkungen: Eine zweiwöchige Antwortfrist wird dazu führen, dass einige Mitgliedstaaten die Frist versäumen werden, sodass sie die Zuständigkeit durch Schweigen erlangen. Die Erfahrung zeigt, dass manche Mitgliedstaaten mit ihren kleinen Dublin-Abteilungen ohnehin schon mit den Verfahren überfordert sind. PRO ASYL befürchtet, dass die Mitgliedstaaten im Zentrum der EU das beschleunigte Verfahren für inhaftierte „Dubliners“ als Einladung ansehen, noch schneller und häufiger zu inhaftieren.“ (Sächsischer Flüchtlingsrat: Dublin III-Verordnung)

### 3.5 Antragsstellung

Die Asylantragsstellung muss immer persönlich bei der zuständigen Aufnahmeeinrichtung erfolgen, genauer bei der zugeordneten Außenstelle des BAMF. Eine schriftliche Antragsstellung bei der Zentrale des Bundesamtes kann nur in Ausnahmefällen gestattet werden. Dies tritt ein, wenn ein/e AusländerIn einen Aufenthaltstitel von mehr als sechs Monaten besitzt, sich im Gefängnis, in einem Krankenhaus, einer Pflege- oder einer Jugendeinrichtung befindet und wenn er oder sie das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und der/ die gesetzliche VertreterIn nicht verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen.

Mit Hilfe der Erstaufnahmeeinrichtung wird ein Termin zur persönlichen Antragsstellung festgelegt. Zu diesem Treffen kommen neben dem/ der AntragsstellerIn und einer/ einem MitarbeiterIn des Asylverfahrenssekretariats, auch ein/e geeignete/r DolmetscherIn. Im System „MARiS“ wird eine elektronische Akte über den/ die AsylsuchendeN angelegt, damit überprüft werden kann, ob es um einen Erst-, Folge- oder Mehrfachantrag geht. Somit erfolgt parallel ein Datenabgleich oder eine erste Anmeldung im Ausländerzentralregister. Hat ein/e AsylbewerberIn das 14. Lebensjahr vollendet, muss die Identität durch erkennungsdienstliche Maßnahmen wie das Anfertigen von Lichtbildern und Fingerabdrücken, gesichert und dem Bundeskriminalamt übermittelt werden. Auch die Fingerabdrücke werden mit Datenbanken auf nationaler und europäischer Ebene abgeglichen. Damit versucht das BAMF sicherzustellen, dass kein/e Asylsuchender Mehrfachidentitäten aufbauen oder mehrere Asylanträge stellen kann. Ist das der Fall, wird konsequent ein Dublin-Verfahren eingeleitet, was Abschiebung zur Folge haben kann. Bei der Asylantragsstellung erhält der asylsuchende Mensch eine Belehrung über Rechte und Pflichten im Asylbewerberverfahren. Diese Informationen werden ihr/ ihm in Schriftform in ihrer/ seiner Heimatsprache, sowie in deutsch ausgehändigt. Danach wird ein weiterer Termin für eine persönliche Anhörung festgelegt. (vgl. BAMF 2012, S. 15 f.)

### 3.6 Anhörung

Das AsylVfG bietet die rechtlichen Grundlagen für eine Anhörung. So ist im § 24 AsylVfG geregelt, dass eine asylsuchende Person vom BAMF persönlich angehört werden muss. Des Weiteren ist im § 25 AsylVfG erfasst, dass der/ die AusländerIn selbst alle Tatsachen vorbringen muss, die seine/ ihre Furcht vor Verfolgung begründen. Zudem ist es auch notwendig, dass vom asylsuchenden Menschen alle weiteren Tatsachen und Umstände erklärt werden, um einer Abschiebung aktiv entgegenwirken zu können. Falls im Nachgang der Anhörung weitere wichtige Fakten zur Sprache kommen, können diese unberücksichtigt bleiben. Eine Anhörung erfolgt nicht öffentlich, jedoch können VertreterInnen des Bundes, eines Landes, des UNHCR oder der/ die Sonderbevollmächtigte für Flüchtlingsfragen beim Europarat hinzugeholt werden. Handelt es sich um eine/n unbegleitete/n Minderjährige/n, muss der Vormund bei der Anhörung anwesend sein. Über die Anhörung erfolgt eine Niederschrift, welche die wesentlichen Aussagen der/ des AsylbewerberIn enthalten sollte. Auch der/ die Asylsuchende erhält eine Kopie der Niederschrift. Manchmal wird diese aber erst mit der Entscheidung des BAMF zugestellt. (vgl. BMJV: Asylverfahrensgesetz)

Der Anhörungstermin selbst sollte möglichst kurz nach der Antragsstellung erfolgen. Hier gibt es lange bürokratische Wege, sodass sich die Terminvergabe manchmal über mehrere Wochen hinziehen kann.

Bevor die Anhörung erfolgt, werden die AsylbewerberInnen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt und gefragt, ob sie gesundheitlich in der Lage sind, die Anhörung durchzuführen. Der oder die anwesende DolmetscherIn prüft zudem, ob eine ausreichend gute sprachliche Verständigung gegeben ist. Fühlt sich nun der/ die Asylsuchende gesundheitlich in der Lage und versteht das Prinzip des Termins, hat er/ sie die Möglichkeit die Gründe für das Stellen eines Asylantrags zu schildern. Dabei soll er/ sie vorerst nicht unterbrochen werden. Das Gesagte wird von der/ dem DolmetscherIn übersetzt und protokolliert. Wenn der/ die AusländerIn alles vorgebracht hat, gibt es einen Nachfrageteil seitens der entscheidenden Stelle, um tiefere Erkenntnisse zu erhalten und gegebenenfalls

Widersprüche oder Unklarheiten aufzudecken. Am Ende des Gesprächs wird der/ dem AntragsstellerIn das Anhörungsprotokoll vorgelesen, rückübersetzt und bei keinen Einwänden zur Unterschrift vorgelegt. Neu seit Oktober 2012 ist, dass Anhörungen mit einer Spracherkennungssoftware „Dragon Naturally Speaking“ dokumentiert werden dürfen. Weitere Inhalte der Anhörung werden mit einem 25-Fragen-Katalog zu den Themen Herkunft, Familie, Bildung, Reiseweg, Dokumente, persönliche Daten und Lebensumstände erhoben.

Ziel der Anhörung ist es, den Sachverhalt aufzuklären, wobei der/ die AusländerIn als „ZeugIn in eigener Sache“ fungiert, um die relevanten Fakten seiner/ ihrer Geschichte zu verdeutlichen. Im Gespräch wird die „Dialogische Kommunikationsmethode“ (DCM) nach Gamst/ Langballe benutzt, um den/ die AntragsstellerIn zum Erzählen zu ermutigen und Stress in diesen schwierigen Anhörungssituationen abzubauen. (vgl. BAMF, S. 16 ff.)

### **3.7 Entscheidung**

Ist die Anhörung vollzogen, wird entschieden, ob der Asylantrag mit dem nationalen Verfahren oder mit Hilfe des Dublin-Verfahrens bearbeitet wird. Bei einem nationalen Verfahren muss die Entscheidung über den gestellten Asylantrag schriftlich und mit Begründung durch das BAMF erfolgen. Des Weiteren muss sie eine Rechtsbehelfsbelehrung, sowie eine Übersetzung des Kerninhaltes der Entscheidung enthalten. Grundlage für die Entscheidung ist jeweils das Einzelschicksal. Falls notwendig, werden von der entscheidenden Person weitere Ermittlungen angestellt, z. B. durch Zugriff auf die Datenbank „MILO“ des Informationszentrums Asyl und Migration des Bundesamtes, über individuelle Anfragen an das Auswärtige Amt, durch Sprach- und Textanalysen mittels physikalisch-technischer Urkundenuntersuchungen sowie durch die Einholung medizinischer oder sonstiger Gutachten, um den Sachverhalt aufzuklären. (vgl. ebd., S. 18 f.)

### 3.7.1 Entscheidungsmöglichkeiten

Das BAMF hat mehrere Möglichkeiten, über das Asylverfahren zu entscheiden.

#### *Asyl im Sinne der Verfassung nach Art. 16 a GG*

Einem/ einer AusländerIn kann nach Art. 16 a GG Asyl gewährt werden, wenn eine politische Verfolgung vorliegt. Nur eine sehr geringe Anzahl der Asylanträge wird nach dem Grundgesetz entschieden, da strenge Voraussetzungen bestehen. Allgemeine Notsituationen werden bei dieser Anerkennung grundsätzlich ausgeschlossen. Des Weiteren gelten ebenso Ausnahmen bei der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure, bei der Einreise über einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einen anderen sicheren Drittstaat (Norwegen, Schweiz) und bei subjektiven Nachfluchtgründen. Das Aufenthaltsrecht besteht vorerst für drei Jahre und dem/ der AusländerIn stehen weitgehend soziale Rechte zu. (vgl. ebd., S. 21) Laut PRO ASYL e. V. erhielten seit dem Jahr 2000 ca. zwei Prozent der Asylsuchenden Schutz nach dem Grundgesetz. (vgl. PRO ASYL e. V.: Die Entscheidung)

#### *Flüchtlingsschutz im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention*

Eine andere Möglichkeit Asyl zu bekommen, stellt der § 3 Abs.1, 4 AsylVfG i. V. m. § 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) dar. Dieses Gesetz bietet Schutz vor Verfolgung im Herkunftsland wegen „Rasse“, Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischer Überzeugung der/ des AntragstellerIn. Ausnahmeregelungen gelten hier wiederum für die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure, wenn ein ausreichender staatlicher Schutz vorhanden ist und Ausweichmöglichkeiten im Herkunftsstaat zur Verfügung stehen, die für den/ die AusländerIn zumutbar<sup>9</sup> sind. Auch bei diesem Schutz hat der/ die AusländerIn zunächst ein Aufenthaltsrecht für drei Jahre und weitgehende soziale Rechte. (vgl. BAMF 2012, S. 21) Rund zwölf Prozent der AntragsstellerInnen wurden in den letzten vierzehn Jahren vom BAMF als GFK-Flüchtlinge anerkannt. (vgl. PRO ASYL e. V.: Die Entscheidung)

---

<sup>9</sup> Eine Definition von Zumutbarkeit wird durch BAMF nicht gegeben.

### *Abschiebungsschutz*

Wenn ein Asylantrag letztendlich abgelehnt wird, muss das BAMF ebenso entscheiden, ob ein Abschiebungsverbot wegen der Gefahren im jeweiligen Herkunftsland besteht. Rechtliche Grundlagen bietet hierfür § 60 Aufenthaltsgesetz mit dem europarechtlichen subsidiären Schutz<sup>10</sup> oder dem nationalen subsidiären Schutz<sup>11</sup>. Das unionsrechtliche subsidiäre Abschiebungsverbot tritt bei drohender Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung, drohender Verhängung einer Todesstrafe und drohenden individuellen Gefahren für Zivilpersonen aufgrund willkürlicher Gewalt in einem bewaffneten internationalen oder innerstaatlichen Konflikt des Herkunftsstaates ein. Wird das nationale subsidiäre Abschiebungsverbot gewährt, muss bei Abschiebung in die Heimat der geflüchteten Menschen eine Verletzung der Europäischen Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) drohen. Die Flüchtlinge erfüllen zwar die Kriterien der GFK nicht, sind aber dennoch schutzbedürftig. Auf der einen Seite kommt ihnen das Abschiebungsverbot zugute, jedoch haben Menschen nach subsidiärem Schutz keinen Flüchtlingsstatus und somit nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis sowie eingeschränkte soziale Rechte. (vgl. BAMF 2012, S.

10 europarechtlich subsidiärer Schutz = § 60 Abs. 2, 3 oder 7 Satz 2 AufenthG

„(2) Ein Ausländer darf nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem ihm der in § 4 Absatz 1 des Asylverfahrensgesetzes bezeichnete ernsthafte Schaden droht. Absatz 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(3) Darf ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden, weil dieser Staat den Ausländer wegen einer Straftat sucht und die Gefahr der Verhängung oder der Vollstreckung der Todesstrafe besteht, finden die Vorschriften über die Auslieferung entsprechende Anwendung.

(7) Von der Abschiebung eines Ausländers in einen anderen Staat soll abgesehen werden, wenn dort für diesen Ausländer eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Gefahren nach Satz 1, denen die Bevölkerung oder die Bevölkerungsgruppe, der der Ausländer angehört, allgemein ausgesetzt ist, sind bei Anordnungen nach § 60a Abs. 1 Satz 1 zu berücksichtigen.“ (dejure.org Rechtsinformationssysteme GmbH: § 60 Verbot der Abschiebung.)

11 nationaler subsidiärer Schutz = § 60 Abs. 5 oder 7 Satz 1 AufenthG

„(5) Ein Ausländer darf nicht abgeschoben werden, soweit sich aus der Anwendung der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685) ergibt, dass die Abschiebung unzulässig ist.

(7) Von der Abschiebung eines Ausländers in einen anderen Staat soll abgesehen werden, wenn dort für diesen Ausländer eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Gefahren nach Satz 1, denen die Bevölkerung oder die Bevölkerungsgruppe, der der Ausländer angehört, allgemein ausgesetzt ist, sind bei Anordnungen nach § 60a Abs. 1 Satz 1 zu berücksichtigen.“ (ebd.)

21) Der Anteil an den Entscheidungen des BAMF liegt seit 2000 bei ca. zwei Prozent. (vgl. PRO ASYL e. V.: Die Entscheidung)

#### *Ablehnung*

Im Durchschnitt werden **84%** der Asylanträge abgelehnt. Das bedeutet für die Asylsuchenden, dass sie die Bundesrepublik Deutschland verlassen müssen. Eine Ausnahme stellt die **Duldung** dar. Sind asylsuchende Menschen nicht reisefähig, liegt kein Pass für die Rückkehr vor oder lässt die Situation im Herkunftsland die Rückkehr augenblicklich nicht zu, werden sie so lange geduldet, bis eine Abschiebung möglich ist<sup>12</sup>. Dieser Duldungsstatus kann sich oft über Jahre hinweg erstrecken, und letztendlich erhalten nur wenig Geduldete am Ende des Prozesses ein humanitäres Aufenthaltsrecht. (vgl. PRO ASYL e. V.: Die Entscheidung)

#### *Ablehnung des Asylantrags als „unbeachtlich“*

Ein Asylantrag kann als „unbeachtlich“ abgelehnt werden, wenn die Einreise der/ des asylsuchenden Menschen über einen sicheren Drittstaat erfolgte. Hier werden keine Asylgründe geprüft und es erfolgt eine Zurückschiebung. (siehe Dublin-Verfahren)

#### *Ablehnung des Asylantrags als „unbegründet“*

Wird der Asylantrag nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG als „unbegründet“ abgelehnt, so wird eine Ausreiseaufforderung mit Abschiebungsanordnung ausgesprochen. Eine Klage gegen diese Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen erfolgen. (vgl. Krauß: Hand-Out zum Workshop Asyl und rassistische Mobilisierung)

#### *Ablehnung des Asylantrags als „offensichtlich unbegründet“*

Werden dem/ der AntragsstellerIn Widersprüche, fehlende oder falsche Angaben vorgeworfen, so können Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ eingestuft

---

<sup>12</sup> Ein Abschiebestopp kann für bestimmte Staaten oder bestimmte Ausländergruppen von der obersten Landesbehörde wegen völkerrechtlicher oder humanitärer Gründe sowie bei rechtlichen oder tatsächlichen Hindernissen angeordnet werden. (vgl. Krauß: Hand-Out zum Workshop Asyl und rassistische Mobilisierung)



werden. Auch bei dieser Ablehnung besteht eine Ausreiseaufforderung mit Abschiebeanordnung. Eine Klage gegen diese Entscheidung kann jedoch nur innerhalb einer Woche mit Eilantrag beim Gericht eingereicht werden. (vgl. Krauß: Hand-Out zum Workshop Asyl und rassistische Mobilisierung) Auch wenn die Abschiebung für viele Jahre ausgesetzt wird bzw. nicht stattfinden kann, hat ein Flüchtling mit dieser Form der Ablehnung wenig Hoffnung auf eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis. (vgl. PRO ASYL e. V.: Die Entscheidung)

#### *Sonstige Ablehnungsgründe*

Des Weiteren kann ein Asylantrag abgelehnt werden, wenn ein anderer Mitgliedsstaat für die Bearbeitung zuständig ist. Etwa ein Viertel aller Asylanträge wird gar nicht vom BAMF inhaltlich geprüft, weil es für das Asylverfahren nicht zuständig ist. (vgl. PRO ASYL e. V.: Die Entscheidung)

Wird ein Asylantrag zurückgenommen, so erfolgt die Einstellung des Asylverfahrens.

Auch die Ablehnung der Durchführung eines weiteren Asylverfahrens kann ausgesprochen werden, wenn bereits ein Asylantrag im Vorfeld gestellt und unanfechtbar abgeschlossen wurde. (vgl. BAMF 2012, S. 22)

### **3.7.2 Die EntscheiderInnen**

Die Aufgabe der EntscheiderInnen ist zum einen die Befragung von Asylsuchenden zu den Asylgründen in Form einer Anhörung sowie die Entscheidung über den gestellten Asylantrag und das Formulieren eines Bescheids. Gebunden sind die EntscheiderInnen dabei immer an interne Dienstanweisungen, sowie an die Herkunftsländerleitsätze<sup>13</sup>. Menschen, die in der Position als EntscheiderInnen tätig sind, müssen als Qualifikation mindestens die Befähigung für den allgemeinen gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst vorweisen können. Des Weiteren sind umfassende aktuelle Kenntnisse über das

---

13 „Die Herkunftsländerleitsätze stellen die Situation in den Fluchtländern dar. Sie enthalten Einschätzungen zur politischen und vor allem menschenrechtlichen Situation, zur Sicherheits- oder Versorgungslage und sind Grundlage der asylrechtlichen Entscheidung.“ (PRO ASYL e. V.: Presseerklärung vom 21.01.2008)

Asyl- und Ausländerrecht, Informationen über die jeweiligen Herkunftsländer der Asylsuchenden, das Beherrschen von Befragungstechniken (siehe 3.6 Anhörung), interkulturelle Kompetenzen sowie ein hohes Maß an Empathie Voraussetzung für diese anspruchsvollen und verantwortungsvollen Tätigkeit. Bei besonders sensiblen Fällen werden Sonderbeauftragte für schutzbedürftige Personen eingesetzt. Diese Sonderbeauftragten treten vor allem bei der Anhörung und Entscheidung von geschlechtsspezifisch Verfolgten, unbegleiteten Minderjährigen, Folteropfern sowie traumatisierten AntragsstellerInnen ein. Laut BAMF gibt es derzeit für unbegleitete Minderjährige 80, für traumatisierte Flüchtlinge und Folteropfer 40<sup>14</sup> sowie für geschlechtsspezifisch Verfolgte etwa 40 Sonderbeauftragte. (vgl. BAMF 2012, S. 22 f.)

### 3.8 Klage

Wenn ein Asylantrag vom BAMF abgelehnt wird, kann der/ die Betroffene vor dem Verwaltungsgericht dagegen klagen. Häufig werden für die Gerichtsverfahren erfahrene Rechtsanwälte benötigt, die sich sehr gut im Asylrecht auskennen. Wird vom Verwaltungsgericht die Entscheidung getroffen, dass der Asylantrag rechtens abgelehnt wurde, ist meist das gesamte Asylverfahren beendet, es sei denn, der/ die AnwältIn wendet sich an die nächst höhere Instanz, um Fragen grundsätzlicher Art zu klären oder widersprüchliche Entscheidungen verschiedener Gerichte zu bewerten. In Ausnahmefällen kann nach Ablehnung ein Asylfolgeantrag gestellt werden, allerdings nur, wenn sich die Rechtslage grundlegend geändert hat (z. B. andere Beurteilung der Situation des Herkunftslandes) oder neue Beweise für die Verfolgung der/ des AsylantragsstellerIn auftauchen. (vgl. PRO ASYL e. V.: Kann man sich gegen die Ablehnung des Asylantrags wehren?)

---

14 Hier stellt sich der Autorin die Frage, wie sich die Kategorisierung vornehmen lässt, ob ein Flüchtling traumatisiert ist oder nicht. Bei rationaler Betrachtung wirkt jede Flucht mehr oder minder traumatisierend, sodass jede/r EntscheiderIn letztendlich für sensible Fälle geschult sein müsste, und nicht lediglich 40 Personen für diese spezielle „Gruppierung“ zur Verfügung stehen sollten.

## 4. Das Leben als AsylsuchendeR in Deutschland

Laut § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) soll der „notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts durch Sachleistungen gedeckt“ werden. Wenn Kleidung nicht geleistet werden kann, sollen Wertgutscheine oder andere unbare Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sich die Asylsuchenden Kleidung kaufen können. Zudem können Gebrauchsgüter für den Haushalt als Leihgabe bereitgestellt werden. (vgl. BMJV: Asylbewerberleistungsgesetz)

### 4.1 Sozialhilfe und Krankenversorgung

Lediglich anerkannte Flüchtlinge haben einen Anspruch auf normale Sozialleistungen. Geduldete und Asylsuchende erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland können auch geduldete und asylsuchende Menschen Arbeitslosengeld II erhalten. Diese Leistungen wurden nach 20 Jahren im Juli 2012 vom Bundesverfassungsgericht als zu niedrig eingestuft (siehe Abb.1), da sie unter dem menschenwürdigen Existenzminimum lagen (30 Prozent unter dem Arbeitslosengeld II).

<b>Grundleistungen nach § 3 AsylbLG für 2012</b>	Stufe 1 Alleinstehende /Alleiner- ziehende	Stufe 2 je 90 % bei Ehepartnern	Stufe 3 80 % HA ab 18 Jahre	Stufe 4 14 - 17 Jahre <sup>2</sup>	Stufe 5 6 - 13 Jahre	Stufe 6 0 - 5 Jahre
Bedarfe § 3 Abs. 2 AsylbLG	211,-	190,-	169,-	192,-	152,-	127,-
Barbetrag § 3 Abs. 1 AsylbLG	134,-	121,-	107,-	79,-	86,-	78,-
Grundleistung gesamt <sup>3</sup>	346,-	311,-	276,-	272,-	239,-	205,-

Abb.1 : Tabelle Grundleistungen nach § 3 AsylbLG nach dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz vom 18.07.2012 ([http://spatiko.de/media/print/AsylbLG\\_Grundleistungen.pdf](http://spatiko.de/media/print/AsylbLG_Grundleistungen.pdf))<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Die Differenz +/- 1 € in der Gesamtsumme kommt aufgrund gerundeter Beträge zustande.

Häufig erhalten geflüchtete Menschen die Leistungen immer noch als Sachleistungen in Form von Einkaufsgutscheinen oder Chipkarten, welche nur in bestimmten Geschäften einzulösen sind. Meist sind die Lebensmittel in den bestimmten Magazinen völlig überteuert, und es besteht keine große Auswahl. Hinzu kommt, dass die Warengutscheine bis zum Ende eines Monats aufgebraucht werden müssen und kein Rückgeld ausgezahlt wird, wenn ein Gutschein nicht voll aufgebraucht werden sollte. Ein Ansparen ist somit ausgeschlossen. Alkohol und Tabakwaren werden als Luxusgüter verstanden und sind bei den Gutscheinen nicht inbegriffen. In manchen Bundesländern werden für Flüchtlinge Lebensmittel- und Hygienekartons zusammengestellt. Hierbei wird häufig nicht auf individuelle Bedürfnisse wie Allergien, Unverträglichkeiten, Vorlieben/ Abneigungen und Religionszugehörigkeit Rücksicht genommen. (vgl. Krauß: Workshop Asyl und rassistische Mobilisierung) Nach dem AsylbLG wird auch die medizinische Versorgung von Flüchtlingen geregelt. Die Behandlung erfolgt laut § 4 AsylbLG nur bei „akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen“. (vgl. BMJV: AsylbLG) Das bedeutet: keine Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln (z. B. Brillen, Krücken), keine Hilfe bei chronischen Krankheiten, vielfach verweigerte Krankenscheine, verzögerte Arztbesuche sowie verhinderte Operationen. (vgl. PRO ASYL e.V.: Sozialhilfe und Krankenversicherung?)

## **4.2 Arbeit**

Haben Flüchtlinge keine Arbeitserlaubnis, ist es ihnen untersagt, zu arbeiten oder einer Ausbildung nachzugehen. Ein generelles Arbeitsverbot gilt in den ersten neun Monaten des Aufenthaltes in Deutschland zudem für Asylsuchende und Geduldete. Die Gruppe der asylsuchenden und geduldeten Menschen haben auch nach dieser Frist wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt, da es Arbeitnehmer gibt, die bevorzugt behandelt werden. Das sind vor allem Deutsche, EU-AusländerInnen und anerkannte Flüchtlinge. Leben Asylsuchende und Geduldete vier Jahre in Deutschland, dürfen sie einer Arbeit nachgehen, sofern für sie Stellen vorhanden sind. (vgl. PRO ASYL e.V.: Arbeiten?)

## 4.3 Wohnen

Grundsätzlich sehen das Asylverfahrensgesetz, sowie das Asylbewerberleistungsgesetz vor, dass asylsuchende und geduldete Menschen in Wohnheimen oder Lagern gemeinsam untergebracht werden sollen. Sogar Flüchtlinge, die das Bleiberecht bekommen haben, müssen oft lange Zeit in diesen Gemeinschaftsunterkünften leben. Häufig liegen die Asylbewerberunterkünfte nicht im Kern einer Stadt, sondern außerhalb. In diesen Sammellagern und Gemeinschaftsunterkünften müssen mehrere Menschen auf engstem Raum zusammenwohnen. Dabei dienen sechs Quadratmeter pro Person als Richtwert zur Verteilung des Wohnraumes an die Asylsuchenden. Wasch- und Kochgelegenheiten müssen gemeinsam genutzt werden. Daraus folgt, dass eine Privat- und Intimsphäre beinahe vollkommen entfällt. Konflikte untereinander sind folglich vorprogrammiert. Wenn es um den Wohnraum geht, haben die einzelnen Bundesländer einen Ermessensspielraum. Somit können sie sich auch für die Unterbringung von Asylsuchenden in Privatwohnungen entscheiden, wie es in Berlin der Fall ist. Die dezentrale Unterbringung ist einerseits eine Kostenersparnis und wichtiger noch, sie schützt das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Anerkannte Flüchtlinge dürfen in eine eigene Wohnung ziehen. (vgl. PRO ASYL e. V.: Dürfen Flüchtlinge in einer Wohnung leben?)

## 4.4 Residenzpflicht

Wie beschrieben, wird Flüchtlingen ihr Wohn- und Aufenthaltsort zugewiesen, unabhängig von Freunden oder Verwandten in anderen Städten. Um diesen zugewiesenen Bezirk zu verlassen, zum Beispiel um eine Fachärztin aufzusuchen, an einem Deutschkurs in der nächsten größeren Stadt teilzunehmen oder eine/n VerwandteN wiederzusehen, der/ die in einem anderen Bezirk lebt, bedarf es einer besonderen behördlichen Genehmigung. Diese wird nur erteilt, wenn ein dringendes öffentliches Interesse besteht, zwingende Gründe es erfordern oder eine versagte Erlaubnis eine unbillige Härte bedeuten würde. Folglich werden durch diese engen Regelungen Reisegenehmigungen oft verweigert. Seit

30.06.2012 gibt es für das Bundesland Sachsen eine Erweiterung des räumlichen Aufenthaltsbereiches. Laut der SächsAsylAufenthVO v. 08.06.2012 dürfen sich gestattete Flüchtlinge im Gebiet einer der drei ehemaligen Direktionsbezirke des Bundeslandes Sachsen frei bewegen. Für geduldete Flüchtlinge gilt der Erlass vom 17.01.2011, welcher besagt, dass sie sich im gesamten Bundesgebiet ohne Sondergenehmigung frei bewegen dürfen. (vgl. Wendel, S.9)

Wird die Residenzpflicht verletzt, droht ein Bußgeld, bei Wiederholung sogar ein Strafverfahren. Durch die Residenzpflicht werden Flüchtlinge oft über Jahre einer diskriminierenden Sonderbehandlung unterworfen. Vorwiegend werden schwarze Menschen auf Bahnhöfen, in Zügen und auf Straßen von ständigen Polizeikontrollen heimgesucht und wirken so auf die Außenwelt kriminell. (vgl. PRO ASYL e. V.: Sich frei bewegen oder verreisen?)

## **4.5 Deutschkurs**

Lediglich anerkannte Flüchtlinge haben das Recht und die Pflicht, einen Integrationskurs zu belegen. Inhalt des Kurses ist vor allem Deutschunterricht. Geflüchtete Menschen ohne diesen anerkannten Status müssen sich selbst bemühen, Deutsch zu lernen und die Gebühren für entsprechende Kurse selbst tragen. Wie beschrieben, stehen nur wenig finanzielle Mittel zur freien Verfügung, sodass sich viele Asylsuchende einen Deutschkurs nicht leisten können. (vgl. PRO ASYL e. V.: Einen Deutschkurs machen?)

## **4.6 Familienzusammenführung**

Wird ein Flüchtling anerkannt, so hat er/ sie das Recht, Ehepartner oder Kinder aus dem geflüchteten Land nachkommen zu lassen. Dies gilt wiederum nicht für asylsuchende und geduldete Menschen sowie für Menschen, die ein humanitäres Aufenthaltsrecht erhalten haben. (vgl. PRO ASYL e. V.: Familienangehörige nach Deutschland holen?)

## **5. Lebenslagen und Lebenssituationen von Asylsuchenden in Sachsen**

Nach einem Stand des Sächsischen Flüchtlingsrats von 2011 leben ca. 4500 asylsuchende und geduldete Flüchtlinge in Sachsen. Häufig sind sie in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, wovon es in Sachsen ca. 30 gibt. Trotz der enormen Kosten, die bei der Instandhaltung dieser Unterkünfte anfallen, wird auf diese Einrichtungen nicht verzichtet und besonders in ländlicher Umgebung festgehalten. Alternativ zu den Sammelunterkünften sind dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten in herkömmlichen Wohnungen hervorzuheben. Manche Städte und Landkreise gehen mit einem guten Beispiel voran und praktizieren diese dezentrale Unterbringung bereits erfolgreich. Pro Asyl, Flüchtlingsräte und andere Vereine versuchen, diese Wohnform für alle asylsuchenden Menschen möglich zu machen. Die private Unterbringung würde den Gemeinden eine Ersparnis von ca. 160 € pro Monat einbringen, da in einer Asylbewerberunterkunft die Kosten pro Nacht und Bett zwischen 4,85 Euro und 9,00 Euro liegen. Besonders bei Familien wäre eine Ersparnis deutlich erkennbar. (vgl. Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.: Situation von Flüchtlingen in Sachsen)

Laut einer Prognose der Landesdirektion Sachsen vom Anfang des Jahres 2014 werden für dieses Jahr 9.000 AsylbewerberInnen im Freistaat erwartet. Davon werden 8.000 Menschen einen Erstasylantrag sowie 1.000 Menschen einen Folgeasylantrag stellen. Die beiden Städte Dresden und Leipzig müssen aufgrund ihrer Größe die meisten Asylsuchenden aufnehmen. Die Landesdirektion Sachsen informierte im Januar 2014 die Landräte sowie OberbürgermeisterInnen der drei Kreisfreien Städte über die steigende Anzahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den Vorjahren. Damit sollten die Verantwortlichen rechtzeitig in die Lage versetzt werden, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen, um ihrer Unterbringungsverpflichtung gegenüber asylsuchenden Menschen nachkommen zu können. (vgl. Landesdirektion Sachsen: Pressemitteilung vom 27.01.2014) Ganz aktuell wurden Ende Juni 2014 die Zahlen für Deutschland vom BAMF weiter nach oben

korrigiert, sodass sich voraussichtlich auch die Anzahl der Asylanträge für Sachsen erhöhen wird. (siehe Abb. 2)

	Erstantragsteller	Erst- und Folgeantragsteller	Anteil in Prozent
<b><u>Gesamt</u></b>	9000	10300	100
Erzgebirgskreis	787	900	8,74
Zwickau	731	836	8,12
Mittelsachsen	703	804	7,81
Chemnitz	538	616	5,98
Vogtlandkreis	523	598	5,81
Bautzen	689	788	7,65
Meißen	544	622	6,04
Görlitz	586	671	6,51
Sächs. Schweiz	547	700	6,08
Dresden	1171	1340	13,01
Nordsachsen	440	503	4,89
LK Leipzig	575	658	6,39
Stadt Leipzig	1166	1335	12,96

*Abb. 2: Voraussichtlich aufzunehmende Asylbewerber 2014 in den Landkreisen und Kreisfreien Städten Sachsens (Landesdirektion Sachsen: Medieninformation 053/2014)*



## **6. „Heim-TÜV“ 2013 in Sachsen**

Der sächsische Ausländerbeauftragte (derzeit Martin Gillo) hat die gesetzliche Aufgabe, sich um das Wohlergehen und die Belange der im Freistaat Sachsen lebenden AusländerInnen zu kümmern - darunter sind auch asylsuchende und geduldete Menschen zu fassen, welche in Sachsen größtenteils in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. (vgl. Sächsischer Landtag: Gesetz über den Sächsischen Ausländerbeauftragten) Um seinem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden, besuchte Martin Gillo mit seiner Kommission seit 2010 regelmäßig die Unterkünfte und überprüfte die vorgefundenen Unterbringungsbedingungen nach klaren Standards. Ausgangspunkt für die Untersuchungen der sächsischen Gemeinschaftsunterkünfte war dabei die Orientierung an der Menschenwürde. Um die Fragen nach einer menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen beantworten zu können, wurden messbare Kriterien erarbeitet. Ziel des „Heim-TÜVs“ war nicht das pauschale Kritisieren von Missständen oder die Suche nach Schuldigen, sondern das konkrete Verdeutlichen von Stärken und guter Praxis sowie das konstruktive Aufzeigen von Handlungsbedarf, um zukünftig Fortschritte erzielen zu können. (vgl. Der Sächsische Ausländerbeauftragte 2014, S. 7 f.)

### **6.1 Veränderte Rahmenbedingungen im Jahr 2013<sup>16</sup>**

Seit dem ersten Bericht des „Heim-TÜVs“ 2011 haben sich einige Rahmenbedingungen deutlich verändert, die im Folgenden kurz aufgeführt werden sollen. So kamen - durch das vermehrte Auftreten von Konflikten in den letzten drei Jahren weltweit - mehr asylsuchende Menschen nach Deutschland. Laut dem Sächsischen Ausländerbeauftragten wurden 2013 bundesweit 170% mehr Asylanträge gestellt als 2010. Die größten Flüchtlingsgruppen kamen 2010 aus Afghanistan, dem Irak und Serbien. 2013 waren sie aus der Russischen

---

<sup>16</sup> In der folgenden Bearbeitung des 6. Kapitels bezieht sich die Autorin sinngemäß vor allem auf den „Heim-TÜV“ von 2013 des Sächsischen Ausländerbeauftragten. Abweichende Quellen werden im Text vermerkt.

Föderation, aus Syrien und Serbien. Auch in Sachsen spiegelt sich dieser Trend wider. Somit stieg der Unterbringungsbedarf von geflüchteten Menschen in den sächsischen Landkreisen und Kreisfreien Städten an. 2012 kamen die meisten Asylsuchenden aus der Russischen Föderation, Serbien, Tunesien sowie Syrien.

Weiterhin kam es gesetzlich zu einschneidenden Veränderungen. Wie erwähnt, hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 12. Juli 2012 die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz als nicht ausreichend eingestuft, sodass eine Neuberechnung nach dem Existenzminimum vorgenommen werden musste. Somit erhalten seit 2013 Alleinerziehende oder Alleinstehende 354 Euro im Monat, statt früher 224,97 Euro. Auch beim Arbeitsverbot für Flüchtlinge ist eine positive Neuerung eingetreten. So wurde das Arbeitsverbot von zwölf auf neun Monate verkürzt. 2012 trat ein Gesetz in Kraft (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz), dass auf eine Verbesserung der Anerkennung von Berufsqualifikationen aus dem Ausland abzielt. In Sachsen gilt diese Regelung für Berufe, die auf Landesebene anerkannt werden. Auch bei der Residenzpflicht gab es Lockerungen. Asylsuchende Menschen können sich in fast allen Bundesländern frei bewegen. In Sachsen können sich Asylsuchende in den ehemaligen Regierungsbezirken des Landes frei bewegen, Geduldete können im gesamten Freistaat Sachsen reisen.

Trotz dieser Veränderungen muss sich auch bei der Bevölkerung und den Akteuren, die mit asylsuchenden Menschen täglich arbeiten, ein Paradigmenwechsel einstellen. Die veraltete und diskriminierende Denkweise von 1992 aus dem Asylkompromiss, dass Asylsuchende nicht arbeiten dürfen, kein Deutsch lernen sollen und somit irgendwann so frustriert sind, dass sie Deutschland wieder verlassen wollen, muss verändert werden. In Bayern läuft mit Unterstützung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ein Modellprojekt, bei dem auch AsylbewerberInnen Deutschkurse machen dürfen, sodass sie eher die Chance haben, sich in die Gemeinschaft einzubringen und tatsächlich in Deutschland ein menschenwürdiges Leben führen können.

## **6.2 Das „Heim-TÜV“-Verfahren**

Das „Heim-TÜV“-Verfahren wurde seit 2011 laut dem Ausländerbeauftragten überarbeitet und verbessert. Fragen wurden konkreter und genauer gestellt, als in den Vorjahren. Speziell wurden Fragen, die mit der Lebenswirklichkeit der geflüchteten Menschen nicht übereinstimmten, aus der Befragung gestrichen. Auch die Gruppe der befragten Personen wurde erweitert. Somit hatten die Asylsuchenden selbst die Gelegenheit, sich zu ihren Lebensumständen zu äußern. Zur Datenerhebung wurden Interviews geführt sowie Beobachtungen angestellt. In einem Team von vier Personen wurden Gespräche mit den BewohnerInnen der Unterkünfte sowie mit den übrigen Akteuren durchgeführt. Dazu gehören die Unterbringungsbehörde, die BetreiberInnen der Gemeinschaftsunterkünfte, SozialarbeiterInnen und MandatsträgerInnen. Alle Besuche wurden vorher bei der Unterbringungsbehörde angekündigt, wobei darauf geachtet wurde, dass eine kurze Ankündigung (drei bis sieben Tage vorher) verhindert, dass die Unterkunft lediglich für den Besuch verändert wird und eine längere Vorankündigung (zwei bis drei Wochen vorher) ermöglicht, dass mehr Akteure Zeit für ein Gespräch haben. Zusätzlich zu den geführten Gesprächen vor Ort wurden im Vorfeld der Begegnung statistische Daten bei der zuständigen Unterbringungsbehörde erfragt. Am Ende sollten die gemachten Beobachtungen, die statistischen Angaben sowie die Ergebnisse aus den Interviews ein Gesamtbild ergeben. Als Hilfsmittel zur Erhebung wurde ein Fragebogen erstellt, der zehn Faktoren enthielt, welche mit 48 Fragen untersetzt wurden. Somit ließen sich die Bedingungen für jede Gemeinschaftsunterkunft detailliert und strukturiert erfassen sowie durch festgelegte Indikatoren überprüfen. Letztendlich sollte der Fragebogen gleichermaßen als Gesprächsleitfaden, Erhebungsinstrument und Protokoll dienen. (siehe Anhang 1)

Nach dem Besuch des Teams wurden die notierten Beobachtungen als Grundlage für ein Auswertungsgespräch genutzt. Die intersubjektiven Ergebnisse dieser Besprechungen wurden nachfolgend der zuständigen Unterbringungsbehörde zur Verfügung gestellt. Somit hatte nun auch die Behörde Gelegenheit, sich zum

Sachverhalt zu äußern, Fragen zu stellen oder geforderte Antworten zu geben. Auch diese Kommentierung wurde am Ende in den „Heim-TÜV“ einbezogen.

### **6.2.1 Bewertungsschema**

Alle Ergebnisse der durchgeführten Interviews und Beobachtungen wurden in ein Bewertungsschema mit verschiedenen Faktoren eingeordnet. (siehe Anhang 2) In den einzelnen Unterkategorien wurden die Ergebnisse mit einem Ampelsystem (Rot, Gelb, Grün) bewertet, wobei dem Farbwert Rot ein Zahlenwert von  $-1$ , Gelb ein Wert von  $0$  und dem Farbwert Grün  $+1$  zugeordnet wurde. Somit soll verdeutlicht werden, dass der rote Bereich eine unangemessene Unterbringungssituation widerspiegelt, der grüne Bereich im Gegensatz dazu eine menschenwürdige Unterbringung symbolisiert. Der gelbe Bereich fordert zu weiteren Beobachtungen und Veränderungen auf.

### **6.2.2 Faktoren zur Beurteilung der Unterbringungssituation**

Für die Unterbringung von Asylsuchenden stehen keine verbindlichen Standards zur Verfügung, die rechtlich einklagbar sind. Deswegen versuchte der „Heim-TÜV“, menschenwürdige und -unwürdige Kriterien festzulegen und anhand dieser die Unterkünfte von asylsuchenden Menschen zu untersuchen. Bei der Auswahl von zehn Faktoren boten Erfahrungen aus der Flüchtlingssozialarbeit (von verschiedenen Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsorganisationen und Flüchtlingsräten) sowie gesetzliche Regelungen eine maßgebliche Orientierung. Nicht alle Faktoren waren bei der Bewertung gleichrangig. Zum Beispiel wurden die Faktoren der inneren und äußeren Sicherheit, die soziale Betreuung sowie die Frauen- und Familiengerechtigkeit doppelt so stark gewichtet wie die Faktoren Zustand und Umfeld der Unterkunft. Im Folgenden werden die zehn untersuchten Faktoren aufgeführt und kurz erläutert.

### *Unterbringung von Familien*

Bei diesem Faktor macht der Sächsische Ausländerbeauftragte deutlich, dass eine Unterbringung von Familien in einer Gemeinschaftsunterkunft ungeeignet ist, außer für eine kurzfristige Erstaufnahme. Eine bessere Lösung scheint die dezentrale Unterbringung von Eltern/ Alleinerziehenden mit Kind(ern) zu sein. Bei der gemeinschaftlichen Unterbringung in Asylbewerberunterkünften ist darauf zu achten, dass Familien häufig einen anderen Lebensrhythmus bzw. eine andere Art der Lebensgestaltung haben, als Alleinstehende. Somit sollte zum Beispiel gewährleistet werden, dass Zeiten der Nachtruhe eingehalten werden können, Möglichkeiten zur Hausaufgabenerledigung für SchülerInnen vorhanden sind und Kinder entsprechende Plätze zum Spielen vorfinden. Damit ein Schulbesuch abgesichert werden kann, sollten Schulen und Vorbereitungsklassen in Unterkunftsnähe sein. Des Weiteren ist eine lebensweltorientierte soziale Betreuung durch qualifizierte Fachkräfte für Familien bereitzustellen.

### *Sicherheit im Heim*

Üblich in Gemeinschaftsunterkünften ist die Überwachung der BewohnerInnen durch einen Wachdienst. Der Sächsische Ausländerbeauftragte stellte fest, dass sich mit steigender BewohnerInnenzahl auch die Zahl der Konflikte erhöht. Mehr Sicherheit kann gewährleistet werden, wenn die Unterkünfte nicht mehr als 100 asylsuchende Menschen beherbergen. Interne Sicherheitsregelungen sollten für alle Asylsuchenden eindeutig und verständlich kommuniziert werden (z. B. mehrsprachige Hausordnung).

### *Soziale Arbeit*

Zu einer menschenwürdigen Unterbringung gehört ebenso eine Betreuung durch qualifizierte SozialarbeiterInnen. Durch das Zusammentreffen von Menschen mit unterschiedlichsten Lebensvorstellungen und -erfahrungen ist es in Gemeinschaftsunterkünften erforderlich, eine/n AnsprechpartnerIn für alltägliche Fragen zur Verfügung zu haben, sodass z. B. Unterstützung bei der schulischen Integration, Begleitung bei Behördengängen sowie Hilfestellungen bei der

Organisation des Lebens inner- und außerhalb der Unterkunft gewährleistet werden können. Mit einer Fachkraft können frühzeitig Konflikte besprochen und bestenfalls gelöst werden, bevor die innere Sicherheit gefährdet wird. Des Weiteren dienen SozialarbeiterInnen als VermittlerInnen zwischen der Heimleitung, den BewohnerInnen und der Nachbarschaft. Sie stellen im Rahmen der Gemeinschaftsunterkunft Vertrauenspersonen für die Asylsuchenden dar und fungieren als BeraterInnen in dieser schwierigen Lebenslage. Zudem leisten sie Netzwerkarbeit, sodass zuständige Beratungsstellen sowie berufliche und gesundheitliche Institutionen vermittelt werden können.

#### *Frauen- und Familiengerechtigkeit*

Bei Frauen und Familien soll besonders auf die Gewährung von Sicherheit geachtet werden. Das kann in Form von separaten, abschließbaren Sanitär- und Wohnbereichen mit Küche erfolgen. Falls keine getrennten Wohneinheiten zur Verfügung stehen, sollten diese wenigstens nach Geschlechtern getrennt, abschließbar und vor Einsicht geschützt sein. Auch eine nächtliche Absicherung der Wege zum Sanitärbereich soll vor allem für Frauen und Kinder gegeben sein.

#### *Integration von Kindern*

Wie für alle in Deutschland lebenden Kinder gilt der Schutz des Kindeswohls. Dieser kann in von Gemeinschaftsunterkünften abgetrennten Wohneinheiten eher gewährleistet werden, als in einer kasernenartigen Unterbringung. Sobald einer Familie nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung eine Asylbewerberunterkunft zugeteilt wurde, unterliegen die Kinder der Schulpflicht. Dabei haben die zuständigen Personen der Gemeinschaftsunterkünfte sicherzustellen, dass die schulpflichtigen Kinder nach ihrer Ankunft umgehend in der Schule angemeldet werden und diese auch besuchen. Zudem soll eine Hausaufgabenunterstützung in der Unterkunft angeboten werden, da häufig die Eltern wegen mangelnder Sprachkenntnisse noch keine Unterstützung geben können. Des Weiteren empfiehlt der Sächsische Ausländerbeauftragte, jüngere Kinder in einer Kindertagesstätte unterzubringen, um den späteren Übergang in die Schule zu erleichtern.

### *Bildungsangebote*

BewohnerInnen sollten Möglichkeiten zum Spracherwerb zur Verfügung stehen, damit sie sich in ihrem neuen Lebensumfeld sicher verständigen können. Die beste Methode zum Erlernen der deutschen Sprache ist der tägliche Besuch eines Sprachkurses über einen längeren Zeitraum. Leider werden die Kosten für solch eine kontinuierliche Bildung nicht für alle asylsuchenden Menschen übernommen, sodass Unterstützung durch Vereine und Ehrenamtliche benötigt wird.

### *Mitwirkungsmöglichkeiten*

Da Deutschland durch eine demokratische Ordnung geprägt ist, soll auch in Gemeinschaftsunterkünften den BewohnerInnen die Gelegenheit zur Partizipation gegeben werden. Zum Beispiel kann sich ein Heimbeirat gründen, der bei Angelegenheiten der Unterkunft Mitsprache erhält. Um eine Mitwirkung aller zu gewährleisten, müssen Abläufe innerhalb der Unterkunft durch die Leitung transparent gemacht werden. Auch das Vorhalten von bezahlten Arbeitsgelegenheiten innerhalb der Unterkunft trägt zur aktiven Gestaltung des Lebensumfeldes bei. Erhalten die BewohnerInnen keine Gutscheine, sondern Bargeld zur Lebensgestaltung, können sie zumindest über ihre finanziellen Mittel eigenverantwortlich verfügen.

### *Lage und Infrastruktur*

Um asylsuchende Menschen in die Gemeinschaft zu inkludieren, müssen Einkaufsgelegenheiten, Behörden, Schulen, Beratungsstellen, Kindertagesstätten, öffentliche Verkehrsmittel usw. in erreichbarer Nähe sein. Sind die Anbindungen an Bus und Bahn gut, kann sichergestellt werden, dass die BewohnerInnen die Möglichkeit haben, Bildungsangebote, soziokulturelle Angebote und (ehrenamtliche) Tätigkeiten auch an entfernten Orten wahrnehmen können. Ist dies nicht der Fall, kann der Kontakt zur Gesellschaft abbrechen und die Asylsuchenden können in die Isolation gedrängt werden, z. B. an den Stadtrand.

### *Zustand und Umfeld*

Gemeinschaftsunterkünfte sollten, der Menschenwürde entsprechend, eine klare Wohnhausstruktur haben. Darüber hinaus sind auch ein angemessener Zustand des Gebäudes, hygienische Grundbedingungen und sichere räumliche Ausstattungen gemeint. Durch regelmäßige Kontrollen müssen diese grundlegenden Standards eingehalten werden, sodass zum Beispiel Schimmel- und Schädlingsbefall frühzeitig entgegengewirkt werden kann.

### *Gesellschaftliche Einbindung*

Da wie beschrieben, geduldete und asylsuchende Menschen von den meisten finanziell geförderten Integrationsprojekten ausgeschlossen sind, sollten die Gemeinschaftsunterkünfte eigenständig für eine gesellschaftliche Einbindung sorgen. Zum Beispiel sollten kulturelle, berufliche und (sprachliche) Bildungsangebote auch außerhalb der Einrichtung organisiert und vermittelt werden. Vielleicht gibt es, trotz des unverständlichen Arbeitsverbots, sogar die Möglichkeit, dass sich Asylsuchende freiwillig engagieren können.

## **6.3 Ergebnisse des „Heim-TÜVs“**

Von den 40 besuchten Gemeinschaftsunterkünften im Jahr 2013 in Sachsen wurde keines als menschenunwürdig eingestuft (mit der Farbe Rot bewertet), jedoch ein Viertel als menschenwürdig bewertet. Tendenziell gab es Verbesserungen bei allen untersuchten Unterkünften im Vergleich zum Vorjahr. Eine dezentrale Unterbringung gewinnt in Sachsen immer mehr Beachtung und sollte laut dem Sächsischen Ausländerbeauftragten mindestens für Frauen und Familien zur Verfügung stehen. Im „Heim-TÜV“ wird zunächst eine Liste der mit Grün bewerteten Gemeinschaftsunterkünfte dargestellt. Hier fällt auf, dass besonders die Kreisfreien Städte mit einem positiven Ergebnis abschließen. Dies soll an einer bedarfsgerechten, qualifizierten und täglich angebotenen Sozialarbeit liegen, welche schriftlich konzeptionell festgelegt ist. Zudem ist eine gute Infrastruktur hervorzuheben und der damit verbundene Zugang zu entsprechenden Beratungsangeboten. Des Weiteren liegt ein gutes Verhältnis zwischen den



Asylsuchenden und der Heimleitung vor. Den BewohnerInnen wird die Möglichkeit zur Teilnahme an Sprachkursen, zur Kontaktherstellung und Mitarbeit in Vereinen und somit eine aktive Mitgestaltungsoption am gesellschaftlichen Leben geboten.

Im Folgenden werden beispielhaft die Ergebnisse von drei Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Leipzig vorgestellt.

### **6.3.1 Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Eutritzsch**

Laut der Leipziger Volkszeitung ist „die Unterkunft in der Eythstraße 17 [...] mit derzeit 28 Plätzen, die übersichtlichste Gemeinschaftseinrichtung in Leipzig“. (LVZ online vom 22.04.2014: Leipzig braucht Partner bei Aufnahme von Flüchtlingen – und steht dabei unter Zeitdruck.) Aus dem „Heim-TÜV“ 2013 geht hervor, dass es sich in Leipzig-Eutritzsch nicht um eine große Sammelunterkunft, sondern um ein Wohnhaus handelt, welches sich in einem sehr guten baulichen Zustand befindet. Die Unterkunft ist speziell für suchtkranke AsylbewerberInnen ausgelegt, und die BewohnerInnen werden somit auch von qualifizierten SozialarbeiterInnen begleitet. Die Gesamtbewertung dieser Unterkunft liegt nach einem Besuch im September 2013 bei 0,77 (wobei 1 die höchste Bewertung darstellt). Positiv wurde für diese Wohnform die ständige Gewährleistung von Sicherheit durch (Wach-)Personal genannt. Auch abschließbare Türen sind explizit hervorzuheben, da diese fremden Personen den Zugang nicht gewähren. Soziale Betreuung wird in diesem Haus täglich abgedeckt. Der Personalschlüssel liegt hierbei bei max. 100 Asylsuchenden auf eine/n SozialarbeiterIn. Des Weiteren ist die Mobilität der BewohnerInnen durch die gute Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmitteln gegeben und wird durch Vergünstigungen für Fahrscheine sowie die Ausgabe von Fahrrädern unterstützt. Der Sächsische Ausländerbeauftragte regt jedoch an, mehr Mitsprachemöglichkeiten, innerhalb der Unterkunft (z. B. im Heimbeirat) und aktive Teilhabe außerhalb (z. B. in Vereinen) zu ermöglichen. So können ehrenamtliche Tätigkeiten als sinnvolle Aufgabe und Beschäftigung erlebt werden. Verbesserungsbedarf wird ebenso bei der finanziellen Unterstützung von

Sprachkursen gesehen. Da diese Unterkunft als Beispiel guter Praxis verstanden wird, soll sie mit ihrem Konzept wissenschaftlich begleitet werden, damit auch andere Städte und Landkreise davon lernen können. (vgl. Der Sächsische Ausländerbeauftragte 2014, S. 89 f.)

### **6.3.2 Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Grünau-Süd**

Im Gegensatz zu der Unterkunft in Eutritzsch handelt es sich in Grünau um einen im Wohnumfeld üblichen Plattenbau mit einer Kapazität von 250 Plätzen. (vgl. LVZ online vom 22.04.2014: Leipzig braucht Partner bei Aufnahme von Flüchtlingen – und steht dabei unter Zeitdruck.) Dieser war im September 2013 in einem guten Zustand, und die Räume der Unterkunft waren funktional eingerichtet. Das Außengelände war jedoch für Kinder ungeeignet und sollte umgestaltet werden. Im Inneren des Hauses gibt es dennoch einen gesonderten Raum zum Spielen und Bewegen für Kinder. Ebenso werden auch hier die BewohnerInnen täglich durch SozialarbeiterInnen betreut. Ferner ist die Sicherheit durch Wachpersonal am Eingang und verschließbare Türen gegeben. Die Besonderheit dieser Unterkunft stellt die separate Unterbringung von mehreren Frauen und Familien in getrennten Wohneinheiten dar. Erfreulich ist, dass sich Fachpersonal um die Betreuung der dort lebenden Kinder ausreichend kümmert. Alle schulpflichtigen Kinder besuchen die Schule und bekommen Hausaufgabenhilfe angeboten. Des Weiteren haben nicht nur die Kinder die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, sondern die Erwachsenen werden ebenso in kostenlose Sprachkurse vermittelt. Die Soziale Arbeit in dieser Unterkunft übernimmt zusätzlich eine Bildungsberatung, welche von den asylsuchenden Menschen häufig genutzt wird. Zur aktiven Mitsprache innerhalb der Einrichtung und des Vereins werden Verantwortlichkeiten verteilt und kreative Ideen von allen gesammelt, sodass gemeinsame Projekte entstehen können wie z. B. ein Tag der offenen Tür. Weiterhin werden auch innerhalb der Unterkunft Arbeitsgelegenheiten angeboten. Der Kontakt außerhalb des Hauses sollte überdies ausgebaut werden. Förderlich dafür sind die nahegelegenen Einkaufsmöglichkeiten und der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die

finanzielle Vergünstigung für diese. (vgl. Der Sächsische Ausländerbeauftragte 2014, S. 90 f.)

### **6.3.3 Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Schönefeld-Ost**

Im Leipziger Osten lebten im September 2013 laut „Heim-TÜV“ 265 Asylsuchende in einer „Wohnplatte“, wobei sich die beiden Häuser stark unterschieden. Das Haus 1 war frisch renoviert, hingegen zeigte das Haus 2 erhebliche bauliche Mängel. Der Zustand der Sanitäranlagen, die Ausstattung der Räume sowie die Hygiene waren nicht ausreichend. Es gab sogar einen starken Kakerlakenbefall. Auch zwischen den Angestellten der Unterkunft und den AsylbewerberInnen waren Spannungen spürbar. Diese Einrichtung erzielte bei der Gesamtbewertung lediglich eine Punktzahl von 0,28, welche im gelben Bereich liegt und somit verbesserungswürdig ist. Der Ausländerbeauftragte hielt für das Haus 2 schriftlich fest, dass eine sofortige Renovierung und Beseitigung der Mängel am Haus erfolgen sowie eine bessere Kontrolle zur Schädlingsbekämpfung durchgeführt werden muss. Des Weiteren gab er Hinweise zur Sicherheit der BewohnerInnen. Bei Bedrohungen sollte das Wachpersonal angemessen reagieren und regelmäßige Kontrollgänge - vor allem in der Nacht - durchführen. Dazu gehört ebenso, dass das Außengelände abschließbar ist, sowie dass Personen, welche von außerhalb in der Gemeinschaftsunterkunft übernachten wollen, auch überprüft werden. Damit den Asylsuchenden entsprechende Unterstützung zum Spracherwerb zu Teil wird, sollte ein Sprachkurs in der Unterkunft angeboten werden sowie eine regelmäßige Hausaufgabenbetreuung stattfinden. Damit sich die BewohnerInnen nützlich fühlen, sollten sie aktiv in Angelegenheiten der Gemeinschaftsunterkunft einbezogen werden, sodass sie ein Mitspracherecht haben. Des Weiteren sollte auch eine Kontaktvermittlung an Vereine und Projekte außerhalb der Einrichtung zur ehrenamtlichen Mitarbeit stattfinden. Letztendlich regt der Ausländerbeauftragte an, dass eine Überprüfung erfolgen muss, ob nicht andere Wohnhäuser zur gemeinschaftlichen Unterbringung gefunden werden können, die 50 bis 100 Menschen beherbergen können. Positives Ergebnis des „Heim-TÜVs“ für diese Unterkunft war die

schriftliche Konzeption, welche eine qualifizierte, regelmäßige Soziale Arbeit für die BewohnerInnen vorsieht. Zudem sind Schulen und Kindertagesstätten gut erreichbar. Auch auf das Zusammenleben von Familien wird in dieser Unterkunft geachtet, da ihnen separate Wohneinheiten zur Verfügung stehen. Ein Raum zum Spielen und Bewegen für Kinder ist vorhanden. Erfreulich ist weiterhin, dass alle schulpflichtigen Kinder im September 2013 die Schule besuchten. Es wird versucht, die AsylbewerberInnen in kostenfreie Sprachkurse zu vermitteln. Außerdem wurde auch die Bildungsberatung gut angenommen. Positiv ist, dass für den Besuch von beruflichen Schulzentren Fahrtkosten teilweise übernommen werden. Um mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, muss nur ein kleiner Fußweg zurückgelegt werden. Diese können vergünstigt genutzt werden. Auch die Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe, sodass Eigenständigkeit im alltäglichen Leben gefördert werden kann. (vgl. Der Sächsische Ausländerbeauftragte 2014, S. 94 f.)

## **7. Lebenslagen und Lebenssituationen von Asylsuchenden in Leipzig**

Leipzig wurde als Untersuchungsort gewählt, da diese Kreisfreie Stadt mit zwei ihrer Unterbringungsmöglichkeiten im „Heim-TÜV“ 2013 sehr gute und gute Ergebnisse erzielen konnte (Leipzig-Eutritzsch auf Platz 1 und Leipzig Grünau-Süd auf Platz 4 der Gesamtbewertung). Generell muss festgehalten werden, dass in der Stadt Leipzig die Bestrebung besteht, Asylsuchende dezentral unterzubringen. Des Weiteren finden viele Demonstrationen, öffentliche Diskussionen, Lesungen, Filmvorführungen usw. zum Thema Asyl und Flucht statt. Es erfolgt (größtenteils auch in der Bevölkerung) eine aktive Auseinandersetzung mit der Thematik, sodass der Eindruck entsteht, dass Leipzig eine vorbildhafte Außenwirkung im Hinblick auf Inklusion für weitere Kreise und Städte in Sachsen übernehmen kann.

Um einen genaueren Einblick in die Lebenssituationen von asylsuchenden Menschen in Sachsen, speziell in Leipzig, zu bekommen, nahm die Autorin Kontakt zu verschiedenen Migrationsberatungsstellen, Jugendmigrationsdiensten, mehreren Gemeinschaftsunterkünften sowie dem Flüchtlingsrat der Stadt Leipzig auf. Bedauerlicherweise war - trotz einiger Bemühungen - ein Gespräch mit dem Initiator des „Heim-TÜVs“ Martin Gillo wegen Zeitmangels nicht möglich. Ebenso kam ein Treffen mit einem Vertreter des Dresdner Flüchtlingsrates nicht zustande. Es gelang jedoch, die genannte Unterkunft in Eutritzsch zu besuchen, um zu erfahren, wie gut die tatsächlichen Lebensverhältnisse der AsylbewerberInnen dort sind. Des Weiteren war eine Mitarbeiterin der größten Gemeinschaftsunterkunft in Leipzig-Schönefeld-Ost bereit, sich mit der Autorin auszutauschen. Im Folgenden werden die besuchten Einrichtungen vorgestellt, das Ergebnis des „Heim-TÜVs“ 2013 herangezogen sowie Gesprächsinhalte der Besuche wiedergegeben.

## **7.1 Konzept der Stadt Leipzig zur Unterbringung**

Im nachfolgenden Unterkapitel bezieht sich die Autorin vor allem auf das zur Verfügung stehende Konzept der Stadt Leipzig: „Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz der Stadt Leipzig“, erarbeitet durch das Sozialamt.

Bereits im Juni 2012 wurde dieses Konzept von der Ratsversammlung erarbeitet. Interessant ist hierbei, dass zu dieser Zeit auch eine Schließung der im Punkt 7.1 beschriebenen Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Schönefeld-Ost angestrebt wurde. Die Einrichtung wurde damals schon als stark sanierungsbedürftig betrachtet. Des Weiteren formulierte die Stadt Leipzig als Ziel, den Fokus auf eine dezentrale Unterbringung für AsylbewerberInnen zu legen sowie die freiwillige Leistung der Stadt zur angemessenen sozialen Betreuung der BewohnerInnen zur Verfügung zu stellen. Hinzu kommt die Abschaffung von Sachleistungen, sodass Bargeld für Lebensmittel und Hygieneartikel ausgezahlt wird. Das Konzept legt für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften folgende Standards fest:

- 7,5 m<sup>2</sup> Mindestwohnfläche je BewohnerIn
- Belegung eines Wohn-/Schlafraums mit max. 2 AsylbewerberInnen, Ausnahme: 3 Mitglieder einer Familie in ausreichend großem Zimmer
- abschließbare separate Wohneinheit inklusive Küche und Bad für Familien
- Zugang zu Rundfunk und TV durch eine zentrale Satellitenanlage
- ständiger Zugang zu einem Telefon für alle Asylsuchenden
- Schaffung einer Mischung aus dezentraler und gemeinschaftlicher Unterbringung zur Vermeidung von riesigen Lagern, z. B. durch Wohngruppen
- ansprechender äußerer Eindruck der Unterkunft
- Gewährleistung der Sicherheit der BewohnerInnen
- zentrale Lage der Wohnräume zur Verbesserung der Integration in die

## Stadt Leipzig

- klientenorientierte soziale Betreuung für die Bewältigung von individuellen Problemlagen.

Das Konzept sah 2012 vor, 8 Unterkünfte in Leipzig für AsylbewerberInnen so zu sanieren und herzurichten, dass sie den genannten Standards entsprechen und bis Ende 2013 in Betrieb genommen werden können. Damit sollte auch ein Auszug der asylsuchenden Menschen aus der großen Gemeinschaftsunterkunft in Leipzig-Schönefeld-Ost und eine Verteilung der BewohnerInnen auf die neuen Gebäude mit kleineren Wohneinheiten erfolgen. (vgl. Sozialamt der Stadt Leipzig: Konzept „Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz der Stadt Leipzig“)

Tatsächlich konnte die Autorin nach Recherche von Pressemitteilungen über die Stadt Leipzig feststellen, dass sich der Großteil der Inbetriebnahme der geplanten Einrichtungen bis zum April 2014 hinzog. Aufgrund der in Kapitel 5 beschriebenen steigenden Zahlen von erwarteten Flüchtlingen, bestätigte Oberbürgermeister Burkhard Jung von der SPD, dass die zentrale Unterbringung in Leipzig-Schönefeld-Ost noch nicht geschlossen werden kann, sondern eine bauliche Investition in diese Einrichtung erfolgen muss. Trotz der Aufrechterhaltung von zwei zentralen Gemeinschaftsunterkünften konnte die Stadt Leipzig ihr Konzept zur dezentralen Unterbringung weiter ausbauen, sodass mittlerweile 56% der AsylbewerberInnen in Wohnungen leben. (vgl. LVZ online vom 23.06.2014: Mehr Flüchtlinge in Leipzig-Zentrales Asylbewerberheim in der Torgauer Straße bleibt.)

## 7.2 Besuch der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Eutritzsch

Am 28.07.2014 besuchte die Autorin die Gemeinschaftsunterkunft für suchtkranke Asylsuchende in Leipzig-Eutritzsch. Da die Unterkunft keinen eigenen Internetauftritt besitzt, wurden die Kontaktdaten über das Sozialamt der Stadt Leipzig erfragt. Bei anfänglichen Recherchen erschien es so, als sei die fehlende öffentliche Präsenz gewollt und diene dem Schutz der BewohnerInnen der Unterkunft, was sich jedoch beim Gespräch mit den Mitarbeitern als Trugschluss herausstellte. Wie im „Heim-TÜV“ 2013 beschrieben, befindet sich diese Unterkunft in einem Wohnhaus und ist äußerlich somit nicht von anderen Häusern der Umgebung zu unterscheiden. Lediglich die an der Unterkunft angebrachte Kamera stellt eine Besonderheit dar. Die Autorin war mit den beiden Mitarbeitern der Gemeinschaftsunterkunft verabredet. Da beim ersten Klingeln niemand öffnete, wartete die Autorin vor dem Gartentor. Nach kurzer Zeit kam ein Mann, der sich als Bürgerarbeiter<sup>17</sup> der Unterkunft vorstellte und begleitete die Autorin in das Büro der Mitarbeiter<sup>18</sup>. Im Folgenden soll das Gespräch in größtenteils paraphrasierter Form und geordnet nach Kategorien dargestellt werden, da die inhaltlichen Aussagen des Experteninterviews für die Masterarbeit am Wichtigsten erscheinen. Im Anhang 3 befindet sich der durch die Autorin entwickelte Leitfaden, welcher auf Basis der abgefragten Kategorien des „Heim-TÜVs“ und der recherchierten Aussagen zu den jeweiligen Institutionen erstellt wurde. Anhang 4 umfasst die Transkription des Experteninterviews in der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Eutritzsch.

---

17 Dabei handelt es sich um von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte Stellen, die Langzeitarbeitslosen helfen sollen, wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können.

18 Dort wartete ein Asylsuchender, der Hilfe beim Ausfüllen eines Antrags benötigte. Da die Mitarbeiter nicht russisch sprachen und der Grund für den Besuch eines Freundes bei der Beantragung angegeben werden musste, nutzte ein Mitarbeiter das Internet zur Übersetzung, was scheiterte. Letztendlich wurde der durch die Autorin vermutete Besuchsgrund „Taufe eines Kindes“ als triftig angesehen und in das Formular eingetragen. Nach dieser Bearbeitung waren beide Mitarbeiter zum Gespräch bereit.



### *Zusammensetzung der Bewohner der Einrichtung*

19 Asylbewerber sind derzeit in der Gemeinschaftsunterkunft angemeldet, 3 davon sind jedoch dauerhaft abgängig, sodass 16 Asylbewerber aktuell in der Unterkunft leben. Der Jüngste ist 20 Jahre und der Älteste 41 Jahre alt. Die Asylsuchenden kommen aus Georgien, Libyen, Tunesien, Marokko, Pakistan und dem Libanon.

Momentan sind es nur männliche Bewohner, jedoch könnten Frauen grundsätzlich auch untergebracht werden. Der befragte Experte schätzt jedoch die aktuelle Belegung im Haus so ein, dass es für Frauen nicht geeignet wäre. „Wenn man sich überlegt, dass hier jetzt halt hauptsächlich Männer sind, die jetzt vielleicht auch wirklich aufgrund ihrer Krankheiten halt die Hintergründe haben, halte ich persönlich das hier nicht für eine sichere Unterkunft für Frauen. Wir könnten eine eigene Frauen-WG aufmachen, das wäre eine andere Sache, das ist aber derzeit mit der Wohnungsbelegung derzeit nicht gegeben und deshalb, genau.“ Gegenwärtig sind auch keine Anfragen für weibliche Asylsuchende durch das Sozialamt oder andere Gemeinschaftsunterkünfte gegeben.

### *Belegung der Einrichtung*

Am Anfang lief die Belegung schleppend an, aktuell mangelt es jedoch nicht an Anfragen.

### *Aufenthaltsdauer in der Einrichtung*

Da das Projekt erst seit 2013 läuft, können noch keine Durchschnittswerte für die Aufenthaltsdauer in dieser Unterkunft angegeben werden. Kürzlich sind ein paar Männer ausgezogen, die anderthalb Jahre in der Einrichtung waren. Voraussetzung für ein Auszug ist Stabilität im Hinblick auf Drogenfreiheit, soziales Umfeld und eigenen Wohnraum. So lange wie die Hilfe benötigt wird und möglicherweise Gefahr für das eigene Leben der Klienten besteht, bleiben die Asylsuchenden in dieser Gemeinschaftsunterkunft.

### *Alltag der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft*

Die Gestaltung des Alltags verläuft sehr individuell. Manche Bewohner besuchen die Schule oder gehen zur Arbeit, ein paar von ihnen gehen regelmäßig zum Arzt. Die Alltagsstruktur wird von den Bewohnern selbst bestimmt. Es besteht die Möglichkeit, mit den Mitarbeitern der Einrichtung ins Gespräch zu kommen, jedoch beruht eine Kontaktaufnahme auf Freiwilligkeit. Ziel der Mitarbeiter ist es dennoch, eine sinnvolle Tagesstrukturierung für die Asylsuchenden zu schaffen, also unterstützend bei einer Arbeitsaufnahme oder einem Schulbesuch zu wirken. Wenn ein Bewohner zwei Tage nicht gesehen wurde, wird er in seinem Wohnraum aufgesucht und nachgeschaut, ob alles in Ordnung ist.

### *Therapeutische Betreuung der Bewohner*

Im Haus gibt es keine therapeutische oder psychologische Betreuung. Alle Termine mit Ärzten und Psychologen finden außerhalb des Lebensraums der Gemeinschaftsunterkunft statt.

### *Sicherheit in der Gemeinschaftsunterkunft*

Am Haus ist eine Kameraanlage installiert. Bevor man durch ein Gartentor das Haus betreten kann, muss man klingeln und wird durch das Wachpersonal hineingelassen. Die Security ist jeden Tag 24 Stunden vor Ort und führt Bewohner- und Objektbewachung durch. Dabei betont der Mitarbeiter, dass es sich hier nicht um eine Sicherheitsmaßnahme gegen die Klienten handelt, da die Mitarbeiter nicht davon ausgehen, dass die Klienten sie angreifen würden, sondern ihrem Schutz dient. Wenn eine Notsituation eintritt, können das Wachpersonal gerufen und gegebenenfalls die Mitarbeiter der Sozialen Betreuung hinzugeholt werden. Somit verstehen die Mitarbeiter auch das Wachpersonal als Ansprechpartner für die Asylsuchenden im Haus. Des Weiteren gibt es abschließbare Wohneinheiten mit jeweils vier abschließbaren Zimmern in einer Wohngemeinschaft. Wenn die Bewohner das Haus verlassen, müssen sie ihren Schlüssel beim Wachpersonal abgeben und erhalten ihn wieder, sobald sie das Haus betreten.

### *Suchterkrankungen der Bewohner*

Derzeit sind Abhängigkeiten von illegalen Drogen - besonders von Methamphetamin und Heroin - sowie von der legalen Droge Alkohol vertreten.

### *Zugang zur Gemeinschaftsunterkunft für suchtkranke Asylsuchende*

In der Regel erfolgt eine Vermittlung durch die umliegenden Gemeinschaftsunterkünfte, nachdem die Sozialbetreuung vor Ort bemerkt hat, dass bei einem Asylsuchenden eine Suchtproblematik vorliegt. Direktzuweisungen aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz erfolgen nicht. Auch das Sozialamt kann im Notfall Asylsuchende nach Eutritzsch überweisen, sodass manche „zu ihrem Glück gezwungen werden können“. Jedoch betont ein Mitarbeiter, dass innerhalb eines Erstgespräches abgefragt wird, warum der Klient ins Haus kommt und ob dies freiwillig geschieht. Aus seiner Erfahrung ist eine erzwungene Unterbringung eher für die gesamte Wohneinheit kontraproduktiv. Im Erstgespräch werden auch die Hausregeln mitgeteilt. Wichtig ist hierbei zu wissen, dass in der Unterkunft keinerlei Drogen erlaubt sind. Auch wenn Klienten keine Alkoholiker sind, soll der Konsum des legalen Stoffes innerhalb des Hauses generell unterbleiben. Am Liebsten ist es den Mitarbeitern, wenn sich die Klienten zuerst einer Entgiftung unterziehen, bevor sie in die Wohngemeinschaften einziehen. Nicht jeder Asylsuchende macht anfangs eine Entgiftung und bevorzugt erst einmal das zur Ruhe kommen in der kleinen Gemeinschaftsunterkunft in Eutritzsch.

### *Nachbarschaft der Gemeinschaftsunterkunft*

Die Leute in der näheren Wohnumgebung kommen gut mit der Gemeinschaftsunterkunft zurecht. Eine ehemalige Nachbarin warf aus ungeklärten Gründen Sachen aus dem Fenster und die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft halfen ihr die Dinge wieder nach oben zu tragen. Es gibt keine Konflikte mit in der Nachbarschaft lebenden Personen. Jedoch konnten auch noch keine engeren Kontakte bzw. Freundschaften zu Nachbarn aufgebaut werden.

### *Partizipationsmöglichkeiten der Asylsuchenden inner- und außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft*

Es gibt viele Klienten, die bei der Caritas mitarbeiten und Freiwilligendienst leisten. Ein Bewohner soll auch bald einen Praktikumsplatz bekommen, damit er in Zukunft in seinem erlernten Beruf arbeiten kann. Die Asylsuchenden haben großes Interesse, sich außerhalb der Unterkunft einzubringen und sich zu integrieren, jedoch ist das nicht immer einfach. Ein Grund dafür ist die Sprachbarriere z. B. bei Vereinen. Diese sind nicht immer bereit, Englisch zu sprechen, sodass ein Zusammenkommen nicht möglich wird. Es wird über das Suchtzentrum der Stadt Leipzig versucht, Begegnungen zwischen asylsuchenden und deutschen Suchtkranken herzustellen, z. B. in Sportgruppen. Innerhalb der Gemeinschaftsunterkunft können sich die BewohnerInnen in ein neu gestartetes Gartenprojekt aktiv einbringen und über Nationalitäten hinweg miteinander in Kontakt treten. Dieser Kontakt erfolgt ebenso an einer frei zugänglichen Tischtennisplatte im Garten. Hausversammlungen können laut eines Mitarbeiters nicht stattfinden, da „kein schöner Gemeinschaftsraum im Haus zur Verfügung steht“.

### *Kostenfreie Teilnahme an Sprachkursen*

In der Gemeinschaftsunterkunft wird kein Sprachkurs angeboten, da es zeitlich nicht möglich ist. Es stehen den Asylsuchenden die Volkshochschule und die Gutenbergschule zur Verfügung. Darüber hinaus können ESF-BAMF-Kurse in Anspruch genommen werden, zu welchen jedoch nur mit guten Sprachkenntnissen auf der Stufe B1 bzw. einem absolvierten Integrationskurs Zugang möglich ist. Ein Mitarbeiter betont, dass Leipzig eine Vorbildstadt ist, wenn es um Sprachkurse geht, da zunächst alle Asylsuchenden 200 Deutschstunden erhalten, wenn sie in der Stadt ankommen. Zusätzlich zu den genannten Angeboten findet einmal in der Woche ein Anfänger- und ein Fortgeschrittenenkurs bei der Caritas und dem Flüchtlingsrat statt, woran die Asylsuchenden problemlos teilnehmen können. Notfalls besteht des Weiteren Kontakt zu einer anderen Gemeinschaftsunterkunft der Stadt, wo vor Ort ein

Sprachkurs angeboten wird und durch Bewohner aus Eutritzsch aufgestockt werden kann.

#### *Ehrenamtliche Arbeit in der Gemeinschaftsunterkunft*

In der Gemeinschaftsunterkunft in Eutritzsch gibt es einen Bürgerarbeiter. Er unterstützt die Mitarbeiter der Sozialbetreuung, indem er zum Beispiel Außentermine der Bewohner bei der Sparkasse oder beim Arzt begleitet. Des Weiteren fungiert auch er als Ansprechpartner für die Asylsuchenden in allen Angelegenheiten. Das Patenschaftsmodell der Stadt Leipzig, welches beim Flüchtlingsrat angesiedelt ist, stellt derzeit noch keine Unterstützung dar. „Es läuft wohl schon, aber die haben scheinbar zu wenig Personal, die Leute wirklich zu vermitteln. Wir kommen ganz schwer mal da ran, mal jemanden ans Telefon zu kriegen bzw. Mail zu beantworten, und das ist ein bisschen kompliziert, aber das ist ja auch noch in den Startlöchern. Ich hoffe, dass das einfach weiterläuft und demnächst besser wird.“ Die Mitarbeiter empfinden dieses Modell grundsätzlich als gute Idee, da viele der Klienten gern einen Paten oder eine Patin zur Hilfe im Alltag hätten.

#### *Anwesenheit der Mitarbeiter der Sozialbetreuung im Haus*

Die beiden Mitarbeiter sind täglich von 10 bis 16 Uhr im Büro, außer an den Wochenenden. Diese Doppelbesetzung dient einmal zum Eigenschutz und zur Abdeckung des Beratungsbedarfs. Zudem werden Außentermine auch außerhalb der Sprechzeiten wahrgenommen. Zusätzlich ist eine Rufbereitschaft bei Krisen- und Notsituationen am Wochenende neu eingerichtet worden. Diese findet dann jeweils im wöchentlichen Wechsel unter den Kollegen statt. „Genau, aber ansonsten ist das Wachpersonal halt erster Ansprechpartner, der das auffängt, der das entscheidet, ist das jetzt so gravierend, dass wir jemanden verständigen müssen oder hat das auch Zeit bis zum Montag.“ Erfahrungsgemäß können auch viele Dinge über Telefon geklärt werden, berichten die Mitarbeiter.

### *Inanspruchnahme der Sozialbetreuung im Haus*

Die Asylsuchenden nehmen die Beratung im Haus in der Regel sehr gut an, sodass für die Mitarbeiter auch Überstunden anfallen können.

### *Aufgabenfelder der Mitarbeiter*

Die Aufgaben ergeben sich aus dem Interesse der Klienten und sind demnach sehr vielfältig. Suchtspezifisch werden vor allem Vermittlungen an Ärzte und Psychologen durchgeführt. Bei akuten Krisen versuchen sich die Mitarbeiter auch in psychologischer Hilfeleistung im kleinen Rahmen. Des Weiteren ist Netzwerkarbeit mit dem Sozialamt der Stadt Leipzig, der Staatsanwaltschaft, anderen Beratungsstellen und Ärzten wichtig. Diese Kontakte werden fast täglich gepflegt und genutzt. Auch eine Unterstützung beim Suchen nach neuen Möbeln für den eigenen Wohnraum sind Aufgaben der Mitarbeiter. Überall, wo die Bewohner Hilfe benötigen, erhalten sie diese nach Möglichkeit.

### *Qualitätsstandards für Soziale Arbeit in der Gemeinschaftsunterkunft*

Es wurden gemeinsam mit anderen Gemeinschaftsunterkünften Qualitätsstandards erarbeitet, woran sich die Mitarbeiter auch halten. Ein Mitarbeiter erzählt, dass ihm persönlich die Freiwilligkeit sowie Privatsphäre der Klienten ganz wichtig ist. Der andere Mitarbeiter spricht von einem Unterschied zu weiteren Gemeinschaftsunterkünften in der Stadt. In diesem Haus wird nachsuchend gearbeitet, das heißt, die Klienten werden regelmäßig kontaktiert (telefonisch, persönlich), auch wenn sie nicht aktiv um Hilfe gebeten haben. So möchten sie ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen und absichern, dass es dem Klienten gut geht. Des Weiteren wird die Aktenführung als Qualitätsstandard genannt, welche penibel genau geführt wird, da es sich um eine besondere Klientel handelt. Alle Gespräche, Telefonate, Briefe und E-Mails werden in Akten aufgenommen, um den Überblick über die verschiedenen Fälle zu behalten und sich selbst abzusichern.

### *Umgang mit den Bewohnern in Krisensituationen*

Das oberste Prinzip laut der beiden Mitarbeiter ist, ruhig zu bleiben. Es ist schon vorgekommen, dass sie verbal angegriffen wurden, jedoch kam es noch nicht zu körperlichen Übergriffen. Ein Mitarbeiter formulierte eine gewisse Abhängigkeit der Asylsuchenden von den Mitarbeitern der Sozialbetreuung: „... also weil die Leute wissen, dass sie unsere Hilfe auch brauchen, also mehr oder weniger. Also Ball flach halten, die kommen wieder an.“ In den meisten Fällen verstehen die Mitarbeiter verbale Übergriffe auch nicht auf einer persönlichen Ebene, sondern sehen die Suchterkrankung dahinter. In manchen Situationen werden die Klienten ruhig gebeten, auf ihr Zimmer zu gehen und sich auszuruhen, bis sie sich beruhigt haben, andere Bewohner benötigen jedoch ein helfendes Gespräch, was die Mitarbeiter dann sofort anbieten. Am Ende dieser Frage betonte ein Mitarbeiter, dass sie so ein enges Vertrauensverhältnis zu ihren Klienten haben, dass sie auch keinerlei Übergriffe befürchten müssen.

### *Berufserfahrung der Mitarbeiter der Gemeinschaftsunterkunft*

Beide Mitarbeiter sind erst seit April 2014 in der Gemeinschaftsunterkunft tätig. Ein Mitarbeiter ist im März 2014 an der HTWK Leipzig mit dem Studium der Sozialen Arbeit fertig geworden und dann direkt zu dieser Arbeitsstelle in der Gemeinschaftsunterkunft gekommen. Der andere Mitarbeiter ist Ethologe und hat zuerst in Bielefeld studiert und seinen Masterabschluss in Leipzig gemacht. Er half bereits im letzten Jahr drei Wochen in der Gemeinschaftsunterkunft aus, da er vorher bei den „normalen“ drogenfreien Wohngemeinschaften des Suchtzentrum Leipzig beschäftigt war.

### *Arbeitsmotivation der Mitarbeiter*

„Also was ich dazu sagen würde, ist auf jeden Fall hohes politisches Interesse, auch Interesse an der Lebenssituation von Asylbewerbern und das beschäftigt mich schon, dank meiner politischen Einstellung, auch über Jahre hinweg, so. Das war's.“

„Bei mir kommt noch dazu, neben der Sache, die er schon angesprochen hat, die

Suchtspezifisch ist für mich interessant, die war für mich immer schon interessant, auch als Verhaltensforscher tatsächlich. Ja und jetzt bin ich halt nicht in der Forschung gelandet, sondern gleich im Direkten, wo man Leute unterstützen kann. Ich finde es sehr wichtig, dass es so ein Beratungsangebot gibt und dass die Leute aufgefangen werden und damit nicht alleine gelassen werden. Ja und die Asylproblematik kommt halt noch erschwerend hinzu. Das sind zwei Baustellen an denen wirklich was gemacht werden muss und wo die Leute dringend Hilfe brauchen.“

„Es ist halt auch so, dass jeden Tag eine neue Herausforderung in der Tür steht und das macht die Arbeit halt schön und interessant. Es ist halt keine Öde, es ist nicht langweilig.“

„Es ist eben auch schön, viele der Klienten sind echt wirklich dankbar dafür, dass ihnen hier geholfen wird, das ist natürlich auch schön. Wenn sie auch mal nicht so dankbar sind, ist das auch interessant.“

#### *Spannungsfeld zwischen der Stadt und dem Konzept der Gemeinschaftsunterkunft*

„Speziell für unsere Einrichtung ist das Spannungsfeld natürlich dadurch gegeben, dass ja viele Asylbewerber in Leipzig ankommen sollen und die Asylbewerberunterkünfte ja auch über- über- überbelegt werden, somit auch wir und somit auch die Order von der Stadt kam, dass die Leute schnellstmöglichst ins dezentrale Wohnen sollen. Die sagen zwar zu uns, die Eythstraße ist da ausgenommen, aber man merkt ja dann doch irgendwie den Druck dann so von hinten, ne. Da muss man halt aufpassen, dass man da nichts überstürzt. Ähm, ja.“

#### *Spannungsfeld zwischen Sozialamt und Klienten*

„Naja in dem Zusammenhang vielleicht auch, bei uns ist es halt, wie gesagt, das spezielle Klientel. Wir müssen bei der Wohnungsbelegung darauf auch natürlich ein bisschen Rücksicht nehmen. Das heißt, wir können jetzt nicht zu einem hoch psychotischen Klienten den dazu packen, der halt seine Symptome verschlimmert,



das ist halt auch so eine Sache. Aber das läuft eigentlich ganz gut mit dem Sozialamt. Das Sozialamt ist halt informiert über den Stand der Dinge hier und ich würde das jetzt auch nicht wirklich als krasses Spannungsfeld sehen. Wenn wir dann mal so eine Anfrage haben, wo wir sagen, das können wir derzeit nicht machen, das geht einfach nicht, das würde komplett die anderen Klienten destabilisieren, dann stoßen wir eigentlich auch auf Verständnis, das läuft soweit ganz gut. Von Klientenseite vielleicht manchmal aus, das ist aber, das liegt einfach daran, dass es für die sehr undurchsichtig alles ist, wer jetzt zu wem gehört und was hier passiert, ähm, dass die natürlich manchmal denken: ‚Oh das böse Sozialamt, die wollen mir jetzt irgendwas Böses.‘ und wenn man den' dann erklären muss: ‚Nee das ist nicht so, so ist das nicht gemeint, das ist einfach die Regel und so, das hat jetzt nichts mit dir zu tun.‘“ ... „Also ich meine, wir treten natürlich in erster Linie für unsere Klienten ein, das heißt, dass wir natürlich auch deren Anliegen gegenüber dem Sozialamt klar machen, genau, und dafür sind wir ja hier, richtig. Aber, wenn da halt ein Missverständnis passiert, zum Beispiel ist nach wie vor mit der Besucherregel so eine Sache, die dürfen hier ja keinen Besuch über Nacht haben und dass die dann halt sagen: ‚Ja hier und das Sozialamt und die meinen es jetzt böse mit mir.‘, wo wir dann sagen: ‚Nee, das ist in allen Gemeinschaftsunterkünften so, das ist einfach die Regel, so, das liegt einfach an Sicherheitsmaßnahmen und deshalb geht das nicht.‘“

*Spannungsfeld zwischen gesetzlichen Rahmenbedingungen und eigenem professionellen Verständnis*

„Es ist in erster Linie natürlich ein Arbeitsfeld und da hat man sich natürlich an gewisse Rahmenbedingungen zu halten und was man dann privat macht, das ist ja eine ganz andere Geschichte und so lange man das da weiter verfolgen kann, ohne seine Professionalität dann als Sozialarbeiter im Arbeitsfeld in Frage zu stellen, ist es vollkommen, für mich bis jetzt kein Problem. Also klar, man muss sich einschränken, das ist logisch, aber das ist halt so, also, ja.“

### *Chancen der Flüchtlingssozialarbeit*

„Hauptziel ist letzten Endes, dass die Leute hier ankommen und hier wirklich ankommen. Das heißt also nicht nur dieses halbe Ankommen und dann letzten Endes, sind sie halt trotzdem nicht integriert und finden keine Anlaufstellen hier und das ist, wo man wirklich klipp und klar sagen muss, was hier oftmals unterstellt wird, auch von Leuten: ‚Die wollen sich nicht integrieren, die wollen ja nur.‘, das stimmt überhaupt nicht. Die Erfahrung haben wir überhaupt nicht gemacht, wir haben so viele, die sagen: ‚Wir wollen nicht mehr mit anderen Tunesiern was zu tun haben, wir wollen mit deutschen Leuten mehr zu tun haben.‘ Das ist, ich denke dann ist das erfolgreich und gut, wenn das gelingt, wenn wirklich die Leute sich komplett integrieren können, ohne ihre Kultur aufgeben zu müssen, das ist auch ganz wichtig, aber die eben halt einbringen können und genau, dass alle letzten Endes davon profitieren.“

### *Grenzen im Arbeitsalltag*

Die Grenzen der Flüchtlingssozialarbeit sehen die beiden Mitarbeiter der Sozialbetreuung zum Beispiel bei dem mangelnden Kontakt zum Flüchtlingsrat, um Paten für ihre Klienten zu gewinnen. Des Weiteren stoßen sie an Grenzen, wenn sie bei Rechtsberatungen aushelfen sollen, diese können sie nicht durchführen. Auch im größeren Rahmen erfahren die Mitarbeiter eine gewisse Ohnmacht: „Es gibt Grenzen, die Leute, die sich wirklich integrieren wollen und zur Schule gehen und eine Arbeit haben und trotzdem so einen Ausreisebescheid bekommen, oder so was, ja. Also eigentlich gesetzliche Rahmenbedingungen sind eigentlich unsere Grenzen, wo man halt klar immer mal aneckt.“ Ebenso ist auch die Offenheit in der Bevölkerung der Stadt nicht immer so gegeben: „Oder dass Leute halt nicht offen sind und sich sperren und halt sagen, es geht, wie gesagt, schon beim Sportverein los, wenn man halt sagt: ‚Nee, wenn das ein Asylbewerber ist, dann möchten wir doch nicht so gerne, dass der hier vorbeikommt.‘ Also solche Sachen halt, dass Leute dann leider nicht offen dafür sind und den' halt keine Chance geben oder bei der Arbeitsbeschaffung.“ ... „Oder

Wohnungsbeschaffung, ja, dass es dann tatsächlich gleich sofort eine Absage gibt, „Asylbewerber? Nee!“ Also wir haben allerdings auch gute Erfahrungen gemacht, es gibt auch viele, die tatsächlich sagen: „Grundsätzlich kein Problem, da muss man halt im Einzelfall prüfen.“, genau.“

*Wünsche für die Gemeinschaftsunterkunft, für die Klienten und für die Flüchtlingssozialarbeit*

„Für das Haus, wünsche ich mir natürlich auch aus einem persönlichen Aspekt, dass das Projekt lange bestehen bleibt. Für die Klienten wünsche ich mir natürlich, dass sie clean werden, ihre Krankheit in den Griff bekommen, hier bleiben dürfen, ja. Für die Flüchtlingssozialarbeit allgemein, also wenn bei uns der Betreuungsschlüssel ja ziemlich gut ist, wenn ich da zum Beispiel in die Torgauer Straße gucke oder in die Riebeckstraße, obwohl die Riebeckstraße auch viele, viele ehrenamtliche Mitarbeiter haben und Praktikanten, da geht das vielleicht noch, aber in der Torgauer Straße total unterbesetzt, da müssen mehr Leute ran halt, ne, damit die Sozialbetreuung auch wirklich funktionieren kann, dass es keine Laufbandarbeit wird, ja.“

## **7.3 Besuch der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Schönefeld-Ost**

Am 02. Juli 2014 hatte die Autorin die Gelegenheit, die Gemeinschaftsunterkunft in Leipzig-Schönefeld-Ost zu besuchen. Dort fand ein Gespräch mit einer Sozialarbeiterin der Einrichtung statt, welches nachfolgend dargestellt werden soll. Da der Autorin die Inhalte des Gesprächs wichtig erscheinen, nicht die para- oder nonverbalen Ereignisse, folgt die Darstellung in größtenteils paraphrasierter Form mit der Zuteilung von thematischen Teilüberschriften. Der genutzte Leitfaden ähnelt dem Anhang 3. Die vereinfachte Transkription ist unter Anhang 5 zu finden. Des Weiteren bestand im Anschluss an das Gespräch die Gelegenheit, an einer Deutschstunde für die BewohnerInnen der Asylbewerberunterkunft teilzunehmen, welches ebenfalls dokumentiert wurde.

### Eindrücke beim Besuch der Unterkunft

Zunächst war die Autorin von der Lage der Unterkunft verwundert. Die Einrichtung liegt außerhalb der Stadt, weit weg von Supermärkten, Schulen und Kindertageseinrichtungen, entgegen der Beschreibung des „Heim-TÜVs“ 2013. Lediglich eine Straßenbahnhaltestelle an der Hauptstraße ist zu Fuß zu erreichen. Umzäunt von Stacheldraht erscheinen die zwei Wohnblöcke äußerlich eher verfallen. Vor Betreten des Geländes muss die Wachpersonalstation passiert werden. Die Autorin wurde nicht nach ihrem Ausweis gefragt. Eine kurze Erklärung, dass ein Termin mit einer Sozialarbeiterin der Unterkunft vereinbart ist, reichte aus, um das Gelände zu betreten. Die Autorin konnte hören, wie zwei mit Rucksäcken ausgestattete junge Männer gerade in die Ein-/ Austrittsregeln für das Gelände eingeführt wurden. Vermutlich waren sie kurz zuvor angekommen. Da im Vorfeld des Termins mit der Sozialarbeiterin besprochen wurde, wo das Interview stattfinden wird, wusste die Autorin, in welchem Wohnblock das Büro zu finden ist. Vor dem Wohnblock spielten zwei Kinder mit einem Ball, eine Frau stand daneben und sah zu. Im Büro der Sozialarbeiterin waren sechs Menschen.

Alle sprachen durcheinander. Es war nicht ersichtlich, wer BewohnerIn oder SozialarbeiterIn der Unterkunft ist. Zwei Männer warteten davor auf den Zutritt zum Büro. Die Autorin wartete kurz ab und meldete dann an, dass ein Termin mit einer Sozialarbeiterin vereinbart war. Nach kurzer Zeit kam die Sozialarbeiterin und führte die Autorin in die nebenan gelegene Küche. So fand das Gespräch an einem Tisch mit zwei Stühlen in einer kleinen Küche statt, welche vermutlich von den SozialarbeiterInnen der Einrichtung genutzt wird. Als die Autorin ihre Tasche auf den Boden stellte, gab die Sozialarbeiterin den Hinweis, dass alle Taschen lieber auf den Schoß genommen werden sollten, da in der Unterkunft wieder einmal Kakerlakenbefall herrscht. Die Sozialarbeiterin scherzte und versicherte, dass an diesem Morgen erst frisch gesprüht wurde, sodass die Autorin sich wenig Sorgen machen sollte. Bereits im September 2013, als der „Heim-TÜV“ durchgeführt wurde, gab es Kakerlakenbefall.

In dieser beschriebenen Atmosphäre fand das dreißigminütige Interview statt. Unterbrochen wurde dies nach ca. fünfzehn Minuten von einem Telefonat, welches von der Sozialarbeiterin auf persisch geführt wurde.

#### Interview mit einer Sozialarbeiterin der Gemeinschaftsunterkunft

##### *Zusammensetzung der BewohnerInnen der Einrichtung*

250 AsylbewerberInnen sind derzeit in der Gemeinschaftsunterkunft untergebracht. Die BewohnerInnen kommen aus Syrien, Tunesien, Marokko, Tschetschenien, Serbien, Mazedonien und am häufigsten aus Indien. Sie leben in zwei Wohnblöcken zusammen, wobei die Aufteilung nicht hälftig je Block erfolgt. Die Sozialarbeiterin berichtete, dass einer der Wohnblöcke jahrelang leer stand und erst vor einem Jahr drei Aufgänge saniert wurden. Dort befinden sich neben dem Büro der SozialarbeiterInnen eher die Wohnungen von Familien. Die alleinstehenden Männer sind größtenteils im zweiten Haus untergebracht. Zukünftig sollen weitere Sanierungsarbeiten vorgenommen werden, da vorerst keine Schließung - auf Grund der steigenden Flüchtlingszahlen - dieser großen Gemeinschaftsunterkunft möglich ist.

### *Aufenthalt in der Einrichtung/ Dauer des Anerkennungsverfahrens*

Laut Aussage der Sozialarbeiterin dauert das Anerkennungsverfahren mindestens ein Jahr, aber meistens länger. Sie erwähnte verschiedene Beispiele aus dem Iran und Syrien, wo das Anerkennungsverfahren schneller geht, wenn die Lage eindeutig ist. Auch Ablehnungen können zeitnah erfolgen, z. B. bei Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien. Aber der Normalfall sei eine lange Wartezeit, bis eine Entscheidung getroffen wird.

### *Alltag der BewohnerInnen in der Gemeinschaftsunterkunft*

Anhand einer ankommenden Familie beschrieb die interviewte Sozialarbeiterin den Alltag: Kommt eine Familie in der Gemeinschaftsunterkunft an, erfolgen den ganzen Tag Anmeldungen, welche für die Familie erforderlich sind, z. B. eine Anmeldung eines Kindes im Kindergarten und des älteren Kindes beim Regionalschulamt und der Bildungsagentur in Sachsen. Diese Kinder werden im Normalfall Schulen zugeordnet, die Deutsch als Zweitsprache-Unterricht anbieten. Diese Anmeldeverfahren können einige Wochen andauern. Geht es um einen Kindergartenplatz, wird der Weg auch über das zuständige Jugendamt gesucht. Die Sozialarbeiterin berichtet, dass bei der Suche nach einem Kindergartenplatz auch Glück eine Rolle spielt, da die Vergabe von freien Stellen generell eher angespannt ist. Des Weiteren geht es nach der Ankunft um die Vermittlung zu einem kostenfreien Deutschkurs: „Dann versuchen wir die Leute zu ermutigen, sie holen sich einen Schein im Sozialamt für drei Monate Deutschkurs an der Volkshochschule, den es ja umsonst gibt. Dann muss man sehen, die sind immer relativ schnell voll, wenn es voll ist, muss man drei Monate warten und dann im Idealfall geht vielleicht einer der Ehepartner zum Deutschkurs und der andere kümmert sich um die Kinder, das ist ein bisschen schwierig, denn es gibt ja keine Kinderbetreuung in der Volkshochschule.“ Für diesen Fall gibt es in der Gemeinschaftsunterkunft ein Spielzimmer mit Kleiderkammer, wo sich am Tag viele Familien aufhalten und sich mit anderen treffen und austauschen. Es besteht die Möglichkeit, auch innerhalb der Unterkunft einen Deutschkurs zu besuchen, der durch zwei Ehrenamtliche

abgedeckt wird. Zudem kommen zweimal in der Woche SchülerInnen und StudentInnen in die Unterkunft, die Angebote für die Kinder machen. Neben diesen Beschäftigungen, müssen auch Wege zum Sozialamt zurückgelegt werden, z. B. wenn Arztbesuche durchgeführt werden müssen. Dazu erzählt die Sozialarbeiterin: „Also viele Familien kommen her und hatten in ihrer Heimat keine so gute medizinische Versorgung und dann wird hier erstmal auch, alle möglichen Krankheiten werden dann behandelt und dafür muss man dann auch Scheine holen, Termine machen, hingehen. Früher, bis jetzt gab es auch einen Dolmetscherdienst, den wir dazugeholt haben, da ist das Geld jetzt alle, da müssen sie gucken, wie das sprachlich läuft und so. Also es sind so viele Kleinigkeiten im Leben, womit man beschäftigt ist, so das Leben zu arrangieren.“ Jedoch bestätigt die Sozialarbeiterin auch, dass in den Alltag der Asylsuchenden eine gewisse Tristheit einkehren kann: „Ja also zum Teil ist es so ein Gerenne, insbesondere zum Arzt und so, aber ansonsten, ist richtig, wenn zum Beispiel, wenn der Deutschkurs vorüber ist, dann hat man da nichts mehr zu tun.“ Manche Asylsuchende werden dann an die Caritas oder den Flüchtlingsrat weitervermittelt, um dort an einem Sprachkurs oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit teilzunehmen. „Aber ansonsten ist es richtig, dass man dann erstmal warten muss und das ist etwas, also Familien sind mehr in Trab, weil die wie gesagt mit Kind und dies und das und so, schon so ein bisschen mehr Struktur haben, aber gerade alleinstehende Männer haben dann erstmal nichts zu tun, dürfen nicht arbeiten, dürfen sich nicht groß bewegen und so und das ist schon schwierig. Und da kommen manche schon so ein bisschen auf dumme Gedanken.“

#### *Angebote für alleinstehende Männer – Alltagsstrukturierung*

Die Sozialarbeiterin erzählt, dass die Tagesstruktur von alleinstehenden Asylsuchenden von der der Familien abweicht und es somit schwieriger wird, mit dieser Gruppe in Kontakt zu treten: „Naja also, Alltag gestalten ist halt so eine Sache. Da wird lange geschlafen und dann gehen viele natürlich in die Stadt oder manche arbeiten auch schwarz. So, also die sitzen jetzt nicht hier, oder die

wenigstens sitzen hier und sagen, beschäftigt ihr mich, sondern sind zusammen auch in Gruppen und so und gehen einfach raus, versuchen, gehen in die Disco und versuchen irgendwelche Mädels zu finden oder sonst was.“ Trotzdem versuchen die SozialarbeiterInnen, diese Gruppe zu erreichen und haben z. B. Longboard fahren angeboten. Leider werden diese Angebote nicht dauerhaft angenommen und genutzt. Nur Wenige können sich so motivieren oder ermutigen lassen, um beispielsweise eine ehrenamtliche Tätigkeit aufzunehmen und ihren Tag dadurch auszufüllen und zu strukturieren: „Hier ein junger Mann, der macht die Kleiderkammer und so, aber das sind die Wenigsten. Die Meisten hängen halt so in den Tag hinein, dann wird die Nacht zum Tag gemacht, man trifft sich, man trinkt, man guckt Fernsehen, man geht aus und dann schläft man den ganzen Tag. Also es ist auch für uns als Sozialarbeiter, wir können denen jetzt nicht eine Tagesstruktur liefern, und es ist bei den Meisten auch nicht möglich so. Also gerade die jungen Männer, ist schon so ein Problem. Die Familien, klar, die müssen aufstehen, ihr Kind dahin bringen, dorthin, dann gehst du einkaufen, dann kochst du, aber das fällt ja bei den Männern dann eher weg, ja, groß kochen.“

#### *Sicherheit in der Gemeinschaftsunterkunft*

Bevor die Gemeinschaftsunterkunft betreten werden kann, muss man an der Überwachungsstelle des Wachpersonals vorbei. Rings um das Gelände der Gemeinschaftsunterkunft befindet sich ein mit Stacheldraht bekränzter Zaun. In der Unterkunft selbst wird auf eine gesonderte Unterbringung von Familien in Wohneinheiten geachtet: „Also das sind diese Platten. Auf der einen Seite sind Zweiraumwohnungen, auf der anderen Seite Dreiraumwohnungen mit Küche und Bad, was gut ist. Eine Familie kriegt dann immer eine Wohneinheit, da können wir nicht noch jemanden dazu tun. Die einzelnen Leute sind zu dritt zu viert und so untergebracht.“



### *Nachbarschaft der Gemeinschaftsunterkunft*

Wie beschrieben, liegt die Gemeinschaftsunterkunft außerhalb des Stadtkerns, somit befinden sich auch keine weiteren Wohnhäuser in der näheren Umgebung. Nebenan wurde „Amazon“ neu gebaut und auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich ein Bürokomplex. Der nächste Stadtteil, welcher zu Fuß erreichbar ist, ist Paunsdorf: „... und da ist zum Beispiel ein Kindergarten, der der nächste zu uns liegende ist, wo wir auch ein, zwei Kinder hatten, aber dann ziehen die Leute jetzt auch eher aus, also von daher ist das so eine Sache mit da aufbauen. Ich will jetzt noch mal Kontakt zu dem Mütterzentrum in Paunsdorf aufnehmen, wobei auch dort langfristig jetzt mit den Leuten hier was aufzubauen ist schwierig, weil die Leute sollen ja schnell in Dezentral, also hier ist kein Heim, wo man lange bleibt.“ Viele der Asylsuchenden ziehen nicht nach Paunsdorf, sondern eher näher an das Stadtzentrum. Die Sozialarbeiterin erklärt, dass es deswegen schwierig ist, mit den Einrichtungen des benachbarten Stadtteils Kontakte aufzubauen und diese auch dauerhaft zu halten, da die Asylsuchenden nicht in diesem Gebiet bleiben. Die Abgelegenheit der Gemeinschaftsunterkunft beschreibt die Sozialarbeiterin als großes Hindernis, da auch die meisten ehrenamtlichen Helfer sich in ihrer Wohnortnähe eine Gemeinschaftsunterkunft suchen, so dass in Schönefeld eher ein Mangel an Nachfragen besteht. Lediglich StudentInnen (vermutlich der Sozialen Arbeit) kommen regelmäßig zu Besuch in die Unterkunft und machen Angebote für die BewohnerInnen. Auch zum Patenschaftsmodell äußert sich die Sozialarbeiterin hoffnungsvoll und wartet auf weitere Schritte zur Umsetzung dieses Projekts. Neben den genannten Nachteilen der Lage der Unterkunft, erklärt die Interviewte aber auch, dass keine direkte Nachbarschaft Vorteile mit sich bringt: „Aber ansonsten, der Vorteil in Anführungsstrichen ist, dass hier Krach gemacht werden kann, man kann machen und tun, kommen und gehen, wie man will, keiner meckert und sagt: ‚Da ist aber jetzt Ruhe und so.‘“ Dennoch provoziert das Verhalten der alleinstehenden Männer (z. B. lautes Musik hören bis in die Nacht hinein), auch Konflikte mit den nebenan wohnenden Familien der Unterkunft.

### *Dezentrale Unterbringung*

Die Sozialarbeiterin erzählt, dass nicht nur angestrebt wird, Familien, sondern auch die alleinstehenden Männer, in eine dezentrale Unterbringung zu vermitteln, jedoch ist es einfacher, größere Wohnungen anzumieten: „Einraumwohnungen zu günstigem Preis wollen auch Studenten oder andere Alleinstehende, das ist Mangelware, und da sind wir in großer Konkurrenz mit anderen und es gibt nicht so viele Einraumwohnungen, also das ist dann auch schwieriger. Oder da gibt es welche in Grünau und viele wollen überhaupt nicht nach Grünau.“

### *Anwesenheit der MitarbeiterInnen der Sozialbetreuung im Haus*

In der Gemeinschaftsunterkunft sind vier SozialarbeiterInnen tätig. Die befragte Sozialarbeiterin ist vier Tage in der Woche in der Unterkunft, eine andere Kollegin stehen zudem zwei Außentage zur Verfügung. Meistens sind drei MitarbeiterInnen vor Ort, mindestens zwei und in Ausnahmefällen arbeiten sie allein. Über den genauen Betreuungsschlüssel konnte die Sozialarbeiterin keine Auskunft geben: „Das kann ich Ihnen gar nicht sagen. Also das weiß das Sozialamt. Wir kriegen so und so viele Stunden. Da müsste man jetzt die Stunden irgendwie zusammen rechnen, weil zwei meiner Kollegen oder drei haben 35/ 30 Stunden, ich habe 23 Stunden und so weiter und das stückelt sich so zusammen. Wir sind aber von 9 bis 17 Uhr da, von Montag bis Freitag.“

### *Aufgabenfelder der SozialarbeiterInnen in der Gemeinschaftsunterkunft*

Das Aufgabenfeld der sozialen Betreuung wurde im Interview als sehr vielfältig beschrieben. Neben den genannten Anmeldungen (z. B. in Kindergärten und Schulen) werden täglich Übersetzungsleistungen für Behördenbriefe eingefordert. Des Weiteren ist Schuldnerberatung (z. B. durch Handyverträge, Diebstahl, Fahren ohne Fahrkarte) und die notwendige Vereinbarung von Ratenzahlungen ein Aufgabengebiet. Auch bei Eheproblemen stehen die SozialarbeiterInnen beratend zur Seite. Zusätzlich sind eine vermittelnde Rolle in diesem Arbeitsfeld, die Vereinbarung von Arztterminen, teilweise die Begleitung zu Fachärzten und die Suche nach geeignetem Wohnraum gefragt: „Wohnungen, ach ja, wir sind auch

halbe Immobilienmakler geworden, weil so viele Flüchtlinge kommen, dass die Stadt darauf drängt, sie auch schneller in dezentrales Wohnen zu begleiten, was ja auch viele wollen, und dann sind wir immer dabei, geeigneten, günstigen Wohnraum zu finden, die Leute zu begleiten, auch damit die Wohnung zu bekommen, weil oft gesagt wird: ‚Wie was, Sozialamt, keine Sprache, keine Arbeit? Nein.‘ und da sind wir auch sehr beschäftigt, begleiten die Leute dabei.“ Im Team haben sich die SozialarbeiterInnen die Aufgabenfelder aufgeteilt: „Eine kümmert sich um Schule, die Eine kümmert sich mehr auch um die Gruppen, ich mache viel auch so die Außenkontakte, Netzwerktreffen, Treffen mit dem Sozialamt, auch an Standards arbeiten, an Austausch damit, damit, damit, also da sind wir auch viel beschäftigt oder halt Kontakte zu den Ehrenamtlichen halten, weiter ausbauen, Spenden entgegennehmen. Dann sind wir dabei so einen Graffiti-Verein, ob wir hier Graffiti machen können, das sind alles so Dinge, wo man dann so dahinter bleiben muss, immer länger gucken, ist das zu finanzieren und so weiter. Also sehr vielfältig, aber das ist auch schön.“

#### *Arbeitsbedingungen der SozialarbeiterInnen in der Unterkunft*

Vier SozialarbeiterInnen teilen sich ein Büro. Es wird im Gespräch deutlich, dass dies zu Schwierigkeiten führen kann: „Ja, das Telefon reißt jeder dem anderen aus der Hand, das ist sozusagen ein bisschen naja.“ Auch während des Interviews wurde der Sozialarbeiterin das Telefon von ihrer Kollegin gebracht, so dass eine kurze Unterbrechung erfolgen musste. Im Büro stehen den MitarbeiterInnen drei Computer zur Verfügung, so dass sie parallel daran arbeiten können. Diese Arbeitsbedingungen beschreibt die Sozialarbeiterin jedoch aufgrund der fehlenden Diskretion als suboptimal: „Manch Einer, der dann Diskretion braucht, der muss das signalisieren, tun sie dann auch und dann kann man sich mal zurückziehen. Ansonsten ist das hier so ein buntes Kommen und Gehen und jeder weiß von dem Anderen. Manche kommen auch meistens gleich in der Gruppe zusammen: ‚Komm wir gehen jetzt zur Sozialarbeiterin.‘, bevor sie dann rausgehen. Also das ist auch sehr viel Vertrautheit unter den Leuten mit da.“

### *Berufserfahrung der Sozialarbeiterin mit AsylbewerberInnen*

„Seit 2003 habe ich hier gearbeitet, bis 2008. Dann habe ich noch ein Jahr in der Migrationsberatung gearbeitet, halt mit Leuten, die schon Aufenthalt haben und seit 2011 wieder hier.“

### *Arbeitsmotivation der Sozialarbeiterin*

Die interviewte Mitarbeiterin erzählt mit viel Engagement und Freude über ihre Tätigkeit in der Gemeinschaftsunterkunft: „... also im sozialen Bereich hat man ja immer mit Problemgruppen zu tun und da muss man sagen, das hier ist keine Problemgruppe. Das sind gesunde Menschen. Natürlich gibt es in dieser großen Gruppe klar auch immer mal einen Problemfall da, da oder da, damit beschäftigt man sich ja dann auch, aber an für sich sind das vitale, freundliche, dankbare Klienten. Das ist also sehr schön. Es ist sehr international, was viel Freude macht, dass man einfach diese verschiedenen Nationalitäten, Mentalitäten, herzliche Menschen und so kennenlernt und den Kontakt hat, das macht mir sehr viel Freude. Und man nimmt natürlich Anteil am Schicksal und freut sich, wenn das und das klappt und denkt mit und macht sich Sorgen, wenn das und das schwierig ist und so, also man ist sehr verbunden. Ich brauch' mich am Bahnhof oder an der Straßenbahnhaltestelle, brauche ich eine halbe Stunde stehen, sehe ich zwanzig Leute und: ‚Hallo, wie geht's?‘ und: ‚Was ist ?‘, also man hat dann, man sieht die Leute auch so immer mal wieder und es ist ein freundschaftlicher Kontakt und das macht mir Freude.“

### *Spannungsfelder zwischen den verschiedenen Auftraggebern*

Die Sozialarbeiterin berichtet von wenig Spannungen in ihrem Arbeitsfeld und betont zuallererst die anwaltschaftliche Vertretung der KlientInnen bei Gesprächen mit dem Sozialamt oder der Ausländerbehörde sowie die Vermittlerrolle bei Konflikten in diesem Bereich. Es wird versucht, Kompromisse zu finden und Gesetze einzuhalten, jedoch Spielräume auszunutzen. Mit dem

Sozialamt besteht eine gute Zusammenarbeit. Bei der Ausländerbehörde ist der Spielraum sehr gering, da die MitarbeiterInnen sich an „strengste Auflagen“ halten müssen. Zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen und einem guten Umgang damit, fügt die Sozialarbeiterin an: „Es geht, wir sind da alle unter diesen Sachzwängen, von daher sitzen wir da in einem Boot.“

#### *Diskussion um die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft*

Durch Recherchen war herauszufinden, dass die besuchte Gemeinschaftsunterkunft in Schönefeld bereits 2012 geschlossen werden sollte, nun aber aufgrund der erwarteten steigenden Flüchtlingszahlen in Leipzig dennoch bestehen bleibt. Die Sozialarbeiterin äußerte sich zur Thematik wie folgt: „Das ist so ambivalent, man ist so ambivalent, weil ich meine, auf der einen Seite, klar, sagt man sich, die Arbeitsplätze bleiben erhalten, das ist ein Punkt, wobei es da jetzt auch, da wird wahrscheinlich ein Trägerwechsel oder so, da werden wir uns nochmal bewerben müssen, also das ist nicht so ganz eindeutig. Auf der anderen Seite sage ich mir, für die Bewohner ist es nicht schön, einfach die Kakerlaken ist wirklich schlimm so und das Haus, die Gebäudesubstanz ist schlecht und die Lage ist schlecht, auf der anderen Seite sehe ich auch die Stadt, wir kriegen es ja in den Runden mit und so, seit wie langer Zeit sie nach geeigneten Objekten sucht und es ist wenig im Angebot, was passend ist, dann muss da mit viel Zeit und Geld und Energie das übertragen werden, in Vermietung kommen, Auflagen erfüllt werden, Brandschutz dies, das, das und so, das dauert immer sehr lange, dann kommen die Anwohner und machen Terz, da muss man da sich hunderttausendmal sich irgendwelchen Anfeindungen aussetzen oder irgendwelchen Vorurteilen und so und das ist einfach zu wenig jetzt. Auf der einen Seite zu wenig an Angebot und Möglichkeiten, auf der anderen Seite steigen und steigen im Moment die Flüchtlingszahlen, was auch nie vorher zu sehen ist. Also von daher ist völlig verständlich, dass jetzt schnell eine Lösung her musste, und es ist absolut verständlich, dass sie das, was da ist, weiter ausbauen oder halten zumindest. Also das ist völlig verständlich und es ist komplex.“

### *Chancen und Grenzen der Flüchtlingssozialarbeit*

Die Sozialarbeiterin berichtet, dass die Einstellung von SozialarbeiterInnen in Gemeinschaftsunterkünften zu den fakultativen Aufgaben des Freistaates Sachsen gehört. Deswegen versteht sie das Handeln der Stadt Leipzig - vor allem mit der Tendenz, die Asylsuchenden dezentral unterzubringen - in diesem Gebiet als sehr fortschrittlich und vorbildlich. So werden auch neue Arbeitsstellen für SozialarbeiterInnen geschaffen, die Menschen dezentral im Alltag begleiten und beraten können, wie es in ihrem Verein gerade geschehen ist (siehe Kapitel 7.4). „... also es gibt da sehr viele Chancen, und ich denke, hier im Osten ist vieles auch im Aufbau. Jetzt werden gemeinsame Qualitätsstandards erarbeitet im Moment und so, da muss ich auch nachher zu dem Netzwerktreffen und so weiter, also da ist einfach auch vieles so, was auf der Erfahrung aufbauend, auch aus anderen Gegenden, hier gut aufgebaut wird, das ist also sehr gut.“ Jedoch sieht die Sozialarbeiterin auch Grenzen in Sachsen: „Auf der anderen Seite bestehen hier wenig Strukturen aus der Vergangenheit, also zu DDR-Zeiten waren halt bestimmte Gruppen da, die waren aber ein bisschen so für sich und es war nicht so, ne, aber dann sind viele weg, oder viele die hier Asyl bekommen, gehen dann auch weg, in andere Städte, wo viele andere sind, also da ist einfach hier, es ist ein gutes Netzwerk, auch nette Vereine, die aber auch kommen, gehen, gefördert werden und wieder von Neuem irgendwo was anderes anfängt, also da ist einfach hier jetzt nicht so eine gewachsene Struktur. Und die Grenzen sind natürlich, wie alle, die Grenzen sind der politische Spielraum und die Gesetzgebung und die Asylgesetzgebung, die halt in manchen Dingen auf die Tendenz oder auf die tatsächlichen Geschehnisse erst langsam reagiert. Also diese Residenzpflicht, das Nichtarbeitendürfen sind für mich Dinge, die ungünstig sind, für sowohl für Deutschland als auch für die Asylbewerber ungünstig sind: die Überforderung der Gerichte und das Warten der Leute auf so lange Zeit. Die kommen also, wie ein Afghane sagte: ‚Wir sind mit Feuer gekommen, mit Energie und Motivation und wir sind kalt geworden.‘ Und nicht nur kalt geworden, sondern auch man fühlt sich abgelehnt, man fühlt sich nicht willkommen und so weiter und das ist einfach dann, führt dann dazu, der Zeitfaktor führt dazu, dass die Leute halt ja so ihr Ding

machen und sich wenig gut integrieren können und wollen auch irgendwann und das sind so Sachen, die ein bisschen schwierig sind, sage ich mal.“

#### *Wünsche für die Flüchtlingssozialarbeit*

„Ich würde mir wünschen, dass die, also wenn ich jetzt so ganz, ne, mal Visionen habe ich ja auch, also dann würde ich so sagen, mein Wunsch ist oder die Vision ist, dass einfach irgendwann jeder Mensch sich überlegen kann und frei entscheiden kann, wo auf der Welt er leben will und dass er dort auch ohne Pass, Papier, dies und das, hingehen kann und sich einsetzen kann, sich seinen Teil aufbauen kann, beitragen kann, was er möchte, weil diese Vielfalt ist sozusagen das, was so bereichert. Und das dann die Leute ohne Ängste auch so jemanden willkommen heißen und das ist sozusagen meine Vision. Und auf dem Weg, wir sind da in einem Prozess, ja, also auch Europa, und das ist alles schon ein Stück gegangen und das ist noch ein Stück und auf diesem Stück sozusagen begleite ich auch Leute mit. (...) So muss man es sehen und weil ja ansonsten ist da zu begrenzt ja, kann man dann, ne.“

#### Deutschkurs in der Gemeinschaftsunterkunft

Nach dem Interview wurde die Autorin von der Sozialarbeiterin eingeladen, an einem Deutschkurs teilzunehmen, welcher derzeit durch einen ehrenamtlichen Deutschlehrer aus Irland durchgeführt wird, der sich gerade in Leipzig zu Besuch aufhält. Die Autorin wurde in das Spielzimmer mit angrenzender Kleiderkammer geführt, und die Sozialarbeiterin verabschiedete sich. Dort befand sich eine Frau mit einem Baby. Sie erzählte, dass Sie vormittags im Spielzimmer ist, einen Ein-Euro-Job macht und noch einen Kollegen hat, der ab Mittag die Kinder sowie die Kleiderkammer betreut. Die Frau kam aus Tschetschenien und zeigte der Autorin ein Bild von ihren vier Söhnen. Sie berichtete, dass sie seit zwei Jahren in Deutschland ist und nicht mehr in der Gemeinschaftsunterkunft lebt. Sie hat eine Arbeitserlaubnis bekommen, jedoch findet sie derzeit keine Arbeit mit ihrem drei Monate alten Sohn. Sie betonte, dass sie zwar einen Deutschkurs an der Volkshochschule besucht hatte, trotzdem ihr Deutsch nicht gut wäre. Kurz darauf

traf der Deutschlehrer ein. Er zeigte der Autorin sein Deutschbuch und war erfreut eine Muttersprachlerin beim Unterricht dabei haben zu können. Er bezog die Autorin in die Unterrichtsvorbereitung ein und besprach die geplanten Themen des Kurses. Nach und nach trafen fünf BewohnerInnen der Gemeinschaftsunterkunft ein. Zwei Ehepaare kamen aus Libyen und eine Frau aus Syrien. Daneben waren auch die beiden Ein-Euro-JobberInnen anwesend. Die Autorin hatte einen Platz neben einem Mann aus Libyen. Er hatte seine Unterlagen des Deutschkurses der Volkshochschule dabei und zeigte sie. Bei näherer Betrachtung fiel auf, dass sich auf den Arbeitsblättern Zeichnungen befanden, die für ein Grundschulkind geeignet sein könnten. Der Deutschkurs gestaltete sich so, dass die BewohnerInnen etwas über Begrüßungen und die damit zusammenhängenden Fragen und Antworten sowie über Familien und Kinder lernten: „Wie geht es Ihnen? Woher kommen Sie? Wo wohnen Sie? Haben Sie Familie? Haben Sie Kinder?“ Die Autorin übte vor allem mit ihrem Nachbarn. In lockerer Atmosphäre wurde so eine Stunde lang Deutsch geübt. Am Ende der Stunde versuchte die Autorin zu lernen, wie die besprochenen Fragen auf Arabisch heißen. Nach dem Kurs fragten die Frauen nach, ob die Autorin weiterhin zum Kurs kommen könnte. Auch der Ein-Euro-Jobber erzählte, dass er Unterstützung bei der Kinderbetreuung gebrauchen könnte. Er betonte, dass die Kinder in der Unterkunft lauter wären als deutsche Kinder, sie würden nicht so gut hören. Er selbst sei Regisseur, dürfe aber nicht einmal ein Praktikum in diesem Bereich machen, da er noch keine Aufenthaltserlaubnis hat. Er wohnt seit zwei Jahren in Deutschland, bereits in einer Wohnung außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft.



## 7.4 Dezentrale Unterbringung in Leipzig

Da die dezentrale Unterbringung von asylsuchenden Menschen in der Stadt Leipzig ein zentrales Anliegen darstellt, hatte die Autorin ein Gespräch mit einer Pädagogin, die dezentral untergebrachte Menschen begleitet. Da bei diesem Gespräch eine Aufnahme durch ein Tonbandgerät nicht gestattet wurde, wird im Folgenden das Gespräch inhaltlich zusammengefasst.

*Beratung für dezentral untergebrachte AsylbewerberInnen, Gespräch mit Frau S.*

Frau S. erzählte, dass sie in Algerien geboren und in Frankreich aufgewachsen ist. Sie ist Lehrerin für Pädagogik, Arabisch und Französisch. Als sie nach Deutschland kam, hatte sie selbst Probleme mit den Behörden, da sie als alleinerziehende Mutter mit einem kleinen Kind sprachliche sowie finanzielle Hürden überwinden musste. Zudem machte sie als Muslima Diskriminierungserfahrungen. Sie sagte, dass der antimuslimische Rassismus vor allem durch die Medien geschürt werden würde. In Algerien seien zum Beispiel 65% der Richter Frauen. Ihre eigenen negativen Erfahrungen sind auch der Grund, warum Frau S. nun mit asylsuchenden Menschen arbeitet.

Die Zielgruppen der Beratung sind Männer, Frauen und Kinder, die noch in einer Gemeinschaftsunterkunft leben oder bereits dezentral wohnen, sowie LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und andere Vereine, die sich Informationen über dezentrales Wohnen einholen wollen. Ziel des Angebots ist es, Migranten, die der Zielgruppe angehören, bei der eigenverantwortlichen Gestaltung ihres täglichen Lebens zu unterstützen, ihre Ressourcen zu mobilisieren und bei auftretenden Problemen zur Bewältigung dieser beizutragen. Frau S. erzählte auch, dass das Beratungsangebot in der Kontakt- und Beratungsstelle SALVE bekanntgemacht werden soll, damit sich die Asylsuchenden an diese Stelle wenden können, um im täglichen Leben erfolgreicher agieren zu können, Defizite auszugleichen und damit ihre Lebenslage zu verbessern. Die Beratung wird von Frau S. erst seit April 2014 angeboten, sodass sie sich bei den asylsuchenden Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften, bei anderen SozialarbeiterInnen, Behörden usw.

zunächst bekannt machen muss(te), um als beratende Instanz wahrgenommen und genutzt zu werden. Jedoch zog sie eine Bilanz der bisherigen Arbeit und erzählte, dass ihr Angebot gut angenommen wird. Die Inhalte der Beratung reichen von alltäglichen Fragen und Hilfestellungen wie Einkauf, Essen, Kleidung, Hygieneartikel, Erziehungsprobleme, Schule, Sportvereine, Hobbies usw. bis hin zur Begleitung bei Wohnungsbesichtigungen, Arztbesuchen, Behörden und Kanzleien (in Funktion als Dolmetscherin). Frau S. fungiert ebenso als Beraterin bei Fragen nach dem Lebenssinn, als Zuhörerin bei der Schilderung traumatisierender Fluchterfahrungen und begleitet bei der Suche nach Zielen.

Zum Abschluss des Gesprächs äußerte Frau S. den Wunsch, dass Sie gern mehr Stunden arbeiten würde, damit sie sich für die einzelnen KlientInnen noch mehr Zeit nehmen kann. Ihre tägliche Motivation mit asylsuchenden Menschen zu arbeiten, ist der Glaube an die Nächstenliebe und die Einstellung, dass alle Menschen und gleich viel wert sind, egal woher sie kommen. Sie möchte helfen, wo sie kann.

## 8. Flüchtlingssozialarbeit

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Sachsen hat im Februar 2013 - anknüpfend an den vorausgegangenen „Heim-TÜV“ von 2011 und die dort entdeckten Mängel - ein Positionspapier für die Flüchtlingssozialarbeit entwickelt. Darin heißt es: „Die Flüchtlingssozialarbeit wirkt darauf hin, in der Verantwortung für die Asylsuchenden und aufzunehmenden Flüchtlinge ein menschenwürdiges, selbstverantwortliches Leben während der Dauer des Aufenthalts in Deutschland zu gewährleisten. Sie trägt zur Erhaltung des sozialen Friedens im Gemeinwesen bei und hilft mit, dass Mindeststandards der rechtsstaatlich gebotenen Prinzipien eines fairen Verfahrens und des Zugangs zum Rechtsschutzsystem erhalten bleiben. Die Sozialarbeit ist sozialanwaltschaftlich und gemeinwesenorientiert.“ (Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen (2013): Empfehlungen für die Flüchtlingssozialarbeit) Zu den Aufgaben der Flüchtlingssozialarbeit gehören, neben der Beratung von Flüchtlingen, eine kompetente Unterstützung bei Behördengängen, gegebenenfalls das Organisieren von Sprachmittlern, das ausreichende Informieren über die neue Wohnumgebung und Bildungsmöglichkeiten, wenn möglich die Vermittlung von AsylbewerberInnen in ehrenamtliche Tätigkeiten, die Betreuung von Ehrenamtlichen, die Flüchtlinge unterstützen wollen (z. B. Patenschaftsprogramm in Leipzig<sup>19</sup>), auch die Aufklärung des Gemeinwesens über Lebenslagen und Probleme, Fluchtursachen und Unterbringungsformen von Asylsuchenden sowie rechtliche Grundlagen zum Asylverfahren. In den besuchten Gemeinschaftsunterkünften wurde versucht, all diesen Kriterien so weit wie möglich gerecht zu werden. Aus der Darstellung der Gespräche geht jedoch hervor, dass weitere finanzielle Mittel und somit auch effektive Arbeitszeit fehlt, um noch weiter an den gesetzten Qualitätsstandards zu arbeiten. Zur Finanzierung der Flüchtlingssozialarbeit nimmt die Liga der Freien

---

<sup>19</sup> Seit 2014 gibt es in der Stadt Leipzig das Patenschaftsprogramm „Ankommen in Leipzig. Paten für Flüchtlinge“. Träger dieses Projekts ist der Flüchtlingsrat Leipzig e.V. Das Programm hat das Ziel, geflüchtete Menschen in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Dafür sollen EinwohnerInnen und interessierte Flüchtlinge gewonnen werden, damit eine Patenschaft entstehen kann. JedeR PatIn wird vorher durch den Flüchtlingsrat Leipzig e.V. geschult, kann an regelmäßigen Fortbildungen teilnehmen und wird bei Fragen oder Problemen begleitet. (vgl. Flüchtlingsrat Leipzig e.V.: Ankommen in Leipzig. Paten für Flüchtlinge)

Wohlfahrtspflege das Land Sachsen in die Verantwortung und fordert eine flächendeckende und bedarfsgerechte qualifizierte Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen. (vgl. ebd.)

Wie kann nun eine qualifizierte Flüchtlingssozialarbeit unter Beachtung der verschiedenen menschlichen Bedürfnisse gestaltet werden? Geflüchtete Menschen brauchen mehr als die Erfüllung der Grundbedürfnisse, wie das reine Überleben, Gesundheit und Sicherheit. Diese Besonderheit muss in der Flüchtlingssozialarbeit beachtet und auch die Bedürfnisse wie Anerkennung, Identität und Religionsausübung müssen in den Blick genommen werden. Nach dem norwegischen Friedens- und Konfliktforscher Johan Galtung gibt es vier menschliche Grundbedürfnisse: Überleben, Wohlergehen, Identität und Freiheit. All diese stehen gleichwertig nebeneinander, es existiert also keine hierarchische Anordnung. Nach Galtung kann der Mensch ein zufriedenstellendes Leben haben, wenn alle diese vier Bedürfnisse erfüllt sind. Die Verletzung auch nur eines davon stellt Gewalt dar. Diese kann in direkter oder indirekter Form erfolgen. Da Asylsuchende in besonderer Weise von solcher Gewalt betroffen sind, ist Soziale Arbeit hier besonders gefordert, aktiv zu werden. Im Nachfolgenden wird die Unterscheidung der direkten und indirekten Gewalt ausführlicher dargestellt, um letztendlich auf die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Soziale Arbeit zu kommen. Die offene oder direkte Form ist die personelle Gewalt. Sie wird durch Menschen untereinander vollzogen und kann von psychischer oder physischer Art sein. Sie beinhaltet alle direkten Aggressionen, Angriffe, die Menschen verletzen oder gar vernichten. MigrantInnen sind oft von Diskriminierung, spezieller von (Alltags-) Rassismus, Ausgrenzungen, Beleidigungen, Anfeindungen, körperlichen Übergriffen und sogar Tötungen betroffen. Diese tägliche Gewalterfahrung kann bei Asylsuchenden im Ankunftsland eine erneute Traumatisierung hervorrufen. Im Gegensatz zur personalen Gewalt findet strukturelle und kulturelle Gewalt eher versteckt statt und ist somit nur schwer nachweisbar. Strukturelle Gewalt umfasst alle Formen von Benachteiligung, Marginalisierung, Ausgrenzung und Chancenungleichheit, die durch soziale und ökonomische Strukturen verfestigt und sogar

institutionalisiert werden. Diese unsichtbaren Strukturen sind eingebettet in Prozesse und Organisationen, sodass sie als Normalität oder unveränderbar wahrgenommen werden. Wenn asylsuchende Menschen also durch rechtliche, politische, wirtschaftliche und verwaltungstechnische Rahmenbedingungen gehindert werden, ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen, spricht Galtung von struktureller Gewalt. (vgl. Galtung 2007, S. 133ff.) In der Darstellung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Kapitel 4 wird strukturelle Diskriminierung deutlich. Kulturelle Gewalt hingegen umfasst alle Normen, Werte und Sichtweisen, die im kollektiven Unterbewusstsein tief verankert sind und historische, philosophische, religiöse, ideologische und gesellschaftliche Wurzeln haben. Diese psychosozialen Tiefenstrukturen werden durch Medien, Literatur, Kunst, Wissenschaft, Bildung, Sprache usw. weitergeführt und erhalten. Es geht bei kultureller Gewalt somit darum, welche Formen von Diskriminierung gegenüber welchen Gruppen kollektiv als normal und richtig empfunden werden. Auch Heitmeyer (lt. Frieters-Reermann) hat in seinen Studien nachgewiesen, dass Vorurteile, Rassismus und Islamophobie gegenüber MigrantInnen in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet und damit auch tief verwurzelt sind. Letztendlich dient kulturelle Gewalt dazu, alle Erscheinungsformen von personeller und struktureller Gewalt zu normalisieren. Soziale Arbeit muss sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen stellen: Welche kollektiven Vorstellungen von Flucht und Asyl und, damit verbunden, welche Formen von Diskriminierung (spezieller: Rassismus) sind beobachtbar? Welche Dominanzvorstellungen gegenüber „Anderen“ prägen das Bewusstsein? Und welche Tendenzen normalisieren und legitimieren gleichzeitig (personelle und strukturelle) Gewalt, denen Asylsuchende täglich ausgesetzt sind?

Aus den Erscheinungsformen der Gewalt ergeben sich nun Herausforderungen für die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen auf drei Ebenen: auf der Ebene der personellen Gewalt mit der psychosozialen Dimension, der strukturellen Gewalt mit der politischen Dimension und der kulturellen Gewalt mit der pädagogischen Dimension.

Die psychosoziale Dimension beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage, wie Soziale Arbeit die individuellen seelischen Notlagen von geflüchteten Menschen erkennen und letztendlich bearbeiten kann. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit der qualifizierten Begleitung von Asylsuchenden, vor allem wenn sie traumatisiert sind, sowie die Angebotsgestaltung auf einer niedrigschwelligen Ebene für schwer zugängliche Gruppen und die Überlegung, inwieweit Soziale Arbeit klinisch-therapeutisch sein muss, damit die psychosozialen Probleme von asylsuchenden Menschen sensibel genug betrachtet werden können. Darüber hinaus sollen auch die Ressourcen, nicht nur die Notlagen der Klientel, gesehen und genutzt werden, sodass die biographischen Erfahrungen, Kompetenzen und Stärken jeder geflüchteten Person noch stärker in der Sozialen Arbeit berücksichtigt werden können.

Auf der politischen Ebene geht es im Kern darum, wie sich Soziale Arbeit zu diskriminierenden (spezieller: rassistischen Tendenzen) positioniert. In dieser Dimension soll darüber nachgedacht werden, wie es Sozialer Arbeit gelingen kann, institutionelle und strukturelle Diskriminierung aufzudecken und öffentlich anzuprangern. Dabei sollen Spielräume genutzt werden, sodass Soziale Arbeit so weit wie möglich in rechtlichen, verwaltungstechnischen und polizeilichen Angelegenheiten positiv beeinflussen kann. Dies kann über das aktivere Einbringen in politische und gesellschaftliche Diskussionen (z. B. über das Asylbewerberverfahren, Abschiebehaft oder Frontex) erfolgen. Des Weiteren sollten die Themen Diskriminierung, Rassismus und kulturelle Gewalt stärker in den Vordergrund von Flüchtlingssozialarbeit gerückt werden. Außerdem müssen sich SozialarbeiterInnen ebenfalls zu armuts- und kriegsbedingter Flucht weltweit positionieren und dazu beitragen, dass ungerechte Welthandelsbeziehungen und strukturelle Gewalt in den Herkunftsländern von Asylsuchenden nicht von der politischen Agenda verschwinden.

Schließlich beschäftigt sich die pädagogische Dimension mit den Bildungs-, Reflexions- und Empowerment- Prozessen, welche Soziale Arbeit anstoßen und begleiten kann. Auch auf dieser Ebene muss der problemorientierte Blick auf

asylsuchende Menschen in einen potentialorientierten Blick verwandelt werden, damit Diversitäts-Chancen wahrgenommen werden können. Weiterhin ist der Ansatz einer differenzsensiblen und antirassistischen Pädagogik zu verfolgen. Es müssen damit vor allem auch Nicht-MigrantInnen angesprochen werden, da diese als Teil der Mehrheitsgesellschaft maßgeblich durch Vorurteile, Rassismus und Diskriminierung die Partizipation von MigrantInnen verhindern. Soziale Arbeit als Bildungs- und Bewusstseinsarbeit muss dazu beitragen, den Blick für Schieflagen zu schärfen und die Inklusionsfähigkeit<sup>20</sup> und -bereitschaft der Gesellschaft zu stärken. (vgl. Frieters-Reermann 2013, S.160 ff.)

---

20 Die Autorin spricht hier bewusst von Inklusion als Ziel, sodass sich Asylsuchende die Gesellschaft, in der sie leben, gleichberechtigt mitgestalten können. In der Literatur wird häufig von Integration gesprochen, da diese in der Realität auch vornehmlich auffindbar ist. Demnach müssen sich Menschen mit Migrationshintergrund der realen Mehrheitsgesellschaft anpassen und gelten dennoch nicht völlig als dazugehörig und gleichwertig.

## Fazit

Geflüchtete und somit asylsuchende Menschen zu schützen, stellt nicht nur auf globaler und nationaler Ebene eine Herausforderung dar. Der Ort, an dem die Inklusion von AsylbewerberInnen erfolgen soll, ist die Kommune, denn dort spiegeln sich die gesetzlichen Vorgaben ganz klar in den Lebenslagen und Lebenssituationen der Flüchtlinge wider und setzen damit auch einen Rahmen (z. B. die Frage nach dem aufenthaltsrechtlichen Status mit den weiteren Konsequenzen). Im Vergleich zu Menschen, die nicht von Flucht und Asyl betroffen sind, spüren Asylsuchende jeden Tag die Einschränkung ihrer Rechte in ausgeprägter Form. Betrachtet man den Lebenslagenansatz unter anderem nach Lothar Böhnisch (lt. Ottersbach), wird deutlich, dass es um die Möglichkeiten eines jeden Menschen geht, seine materiellen und immateriellen Bedürfnisse befriedigen zu können. Diese Spielräume sind determiniert durch äußere, objektive Strukturen der Gesellschaft und beinhalten zudem die subjektiven und individuellen Lebensstimmungen eines/ einer Jeden. Der Lebenslagenansatz kann zusammen mit dem Konzept des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (lt. Ottersbach) verwendet werden. In diesem Konzept geht es vornehmlich um das ökonomische, kulturelle, soziale und politische Kapital eines jeden Menschen. Mit dem ökonomischen Kapital ist der Versorgungs- und Einkommensspielraum gemeint und fragt danach, wie über Gelder und Dienste verfügt werden kann. Da eine Flucht häufig sehr teuer ist (Flug, Schlepper), ist davon auszugehen, dass Menschen, die flüchten, in ihrem Herkunftsland finanziell recht gut gestellt waren. Im Aufnahmeland erfolgt in der Regel zunächst ein ökonomischer Abstieg und das Arbeitsverbot sorgt dafür, dass dieser Zustand dauerhaft anhält. Beim sozialen Kapital geht es um Kontakt- und Kooperationsspielräume und somit um alle Arten von Interaktion und Kommunikation. Asylsuchende versuchen häufig in solche Länder zu fliehen, in denen bereits Kontakte und Netzwerke bestehen. Dies wird durch die Drittstaatenregelung und den Königsteiner Schlüssel (Zuweisung in eine bestimmte Region) erschwert oder gar verhindert. Das kulturelle Kapital beschreibt den Lern- und Erfahrungsspielraum sowie den Muße- und



Regenerationsspielraum. Dieses Kapital umfasst somit die Entfaltung und Realisierung von Interessen und Bedürfnissen sowie den Ausgleich von psychisch-physischen Belastungen durch Freizeitmaßnahmen. Durch Nichtanerkennung von Bildungsabschlüssen erfahren Asylsuchende einen soziokulturellen Abstieg. Letztlich geht es beim politischen Kapital um Dispositions- und Partizipationsspielräume und damit um die Teilnahme und Mitbestimmung an zentralen Entscheidungen. Das politische Kapital ist ein zentraler Aspekt bei geflüchteten Menschen und sogar wichtiger, als das Ökonomische, da es alle anderen Kapitalarten beeinflusst. Wie sich ein Mensch bei politischen und somit auch gesellschaftlichen Vereinbarungen einbringen kann, entscheidet maßgeblich über Inklusion oder Exklusion der Person (zum Beispiel Anerkennung als Flüchtling nach Genfer Flüchtlingskonvention oder Duldung und drohende Abschiebung). Die Exklusion wird noch weitergetrieben, indem Asylsuchenden jegliche Bürgerrechte abgesprochen werden und in „totalen Institutionen“ leben müssen (ähnlich einem Gefängnis – umgeben von Stacheldraht). Das Ausharren und Warten auf eine Entscheidung, das Wohnen in Gemeinschaftsunterkünften, die Residenzpflicht, das Sachleistungsprinzip, ständige Sicherheitskontrollen, das Arbeitsverbot und Langeweile, all diese Lebensumstände tragen dazu bei, dass AsylbewerberInnen in einer Wohlstandsgesellschaft unterkommen müssen, wo ihnen die Mündigkeit abgesprochen wird, selbstbestimmt in Deutschland leben zu können. Aufgrund dieser Regelungen kann von einer strukturell und kulturell organisierten Exklusion von Asylsuchenden gesprochen werden, die gegen die Menschenwürde verstößt. Dieser gewollten Abschreckungstaktik des Bundes, wird glücklicherweise nicht in jeder Kommune nachgekommen. Die Stadt Leipzig soll hier als positives Beispiel dienen, was anhand der geführten Gespräche und der Ergebnisse des „Heim-TÜVs“ deutlich geworden ist. Jedoch sind die Spielräume von SozialarbeiterInnen in diesem Arbeitsfeld sehr begrenzt und fordern weitere aktive Öffentlichkeitsarbeit und klare Positionierungen gegen menschenverachtende Regelungen und Lebensumstände. Auch die Politik ist aufgefordert, den Blick noch stärker auf die Lebenslagen und Lebenssituationen von

geflüchteten Menschen mit dem Ziel zu richten, den Flüchtlingsschutz zu verbessern. Der erwartete Zustrom von Menschen in Deutschland, speziell in Sachsen, fordert Konzepte, die zur Inklusion in den Kommunen vor Ort beitragen. Eine mangelnde Beschäftigung mit dieser Thematik wird langfristig nicht nur finanziell den Kommunen Schaden zufügen. Die Stadt Leipzig versucht, mit dem dargestellten Integrationskonzept einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Auch die Wissenschaft ist aufgefordert, sich noch weiter - und nicht nur am Rande - mit den Situationen von geflüchteten Menschen zu beschäftigen, um die nationale Gesetzesgebung positiv beeinflussen zu können. Menschen, die in der sozialen Betreuung von AsylbewerberInnen tätig sind, sollten bereits in Ausbildung und Studium die Gelegenheit haben, sich eingehend mit den Themen Flucht und Asyl auseinandersetzen zu können, um wenigstens auf theoretischer Ebene für dieses Arbeitsfeld gewappnet zu sein. (vgl. Ottersbach 2011, S. 145-168)

Ein eingehendere Beschäftigung mit den Themen Diskriminierung, Flucht und Asyl hält die Autorin für notwendig und sinnvoll. Die Beschreibung der strukturellen Gegebenheiten stellt nur eine Seite der komplexen Fragestellung nach Lebenslagen und Lebenssituationen von asylsuchenden Menschen in Sachsen dar und kann mit der vorliegenden Masterarbeit lediglich tangiert werden. Um an Informationen zu gelangen, die nicht aus zweiter oder dritter Hand stammen, wie die der geführten Gespräche und der Betrachtung der Ergebnisse des „Heim-TÜVs“ 2013, ist die direkte Kontaktherstellung zu geflüchteten Menschen unerlässlich. Da eine Retraumatisierung durch biographische Befragungen vermieden werden soll, ist eine kontinuierliche und verlässliche Beziehung (auch als Forscherin) in einem längerfristigen Prozess erforderlich. Dies sollte außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften und prekären Lebenssituationen erfolgen, um nicht durch Stress verfälschte Informationen zu bekommen und um gesicherte retrospektive Aussagen zu erhalten. Aus diesen Befragungen können letztendlich Schlüsse für die Qualitätsstandards der Flüchtlingssozialarbeit gezogen und aktiv zur weiteren Verbesserung des Arbeitsfeldes und der Lebensumstände von Asylsuchenden genutzt werden.

# Anhang

## Anhang 1

„Heim-TÜV“ Fragenkatalog 2013, Entwicklung durch den Sächsischen Ausländerbeauftragten

„Heim-TÜV“ – Fragebogen

Landkreis / Kreisfreie Stadt: \_\_\_\_\_ Erfasser: \_\_\_\_\_

Gemeinschaftsunterkunft: \_\_\_\_\_ Besuchsdatum: \_\_\_\_\_

Betreiber: \_\_\_\_\_

Dezentrale Unterbringung von Familien und Frauen im Landkreis oder in der Kreisfreien Stadt (kein Bestandteil der Bewertung)			
		Welcher Prozentsatz der Familien und Frauen wird im Landkreis / in der Kreisfreien Stadt dezentral untergebracht?	
		Bei schulpflichtigen Kindern: Entspricht die Schulnähe zur Wohnung den Regeln des Freistaates? <sup>1</sup>	
		In welcher Form wird soziale Betreuung angeboten? (wer, wie oft und wo) <sup>1</sup>	

Faktor 1: Unterbringung von Familien und Frauen in der Gemeinschaftsunterkunft			
		Wie viele Familien und wie viele Frauen leben aktuell in der Gemeinschaftsunterkunft? <sup>1</sup>	
		Wie weit ist das Heim von Schulen entfernt? <sup>1</sup>	
		Wie weit ist das Heim von Schulen mit Vorbereitungsklassen entfernt? <sup>1</sup>	
		Welche Form der qualifizierten Sozialarbeit wird für Frauen und Familien angeboten?	

Faktor 2: Sicherheit im Heim			
		Wie viele Personen wohnen in der Unterkunft?	
		Wie wird die innere Sicherheit der Heimbewohner organisiert? <sup>1</sup>	
		Wie wird die äußere Sicherheit der Heimbewohner organisiert? <sup>1</sup>	

Fragen an die Unterbringungsbehörde / ggf. Sächsische Bildungsagentur

Fragen an die Heimleitung / Sozialarbeiter

Fragen an die Asylsuchenden (ggf. mit Dolmetscher)

Eigene Beobachtungen

„Heim-TÜV“ Fragenkatalog 2013, Blatt 2

		Gibt es Hinweise auf repressive Hierarchien, z. B. destruktive Wortführer innerhalb des Helmes? <sup>1</sup>	
		Gibt es Hinweise auf Spannungen oder Probleme zwischen Helmpersonal und Bewohnern? <sup>1</sup>	
		Wurden Helmbewohner von anderen Helmbewohnern innerhalb der letzten 6 Monate angegriffen oder bedroht? <sup>2</sup>	
		Wie oft treten sonstige Straftaten im Helm auf? <sup>1</sup>	

Faktor 3: Sozialarbeit <sup>3</sup>			
		Liegt ein schriftliches und verbindliches Betreuungskonzept vor? <sup>1</sup>	
		Wie ist die beobachtbare Haltung des Helmpersonals zu den Bewohnern?	
		Wie sieht der Betreuungsschlüssel für Sozialarbeiter aus?	
		Wird bedarfsgerecht qualifizierte Sozialarbeit im Helm angeboten? <sup>2</sup>	
		Wie oft sind qualifizierte Sozialarbeiter im Helm?	

Faktor 4: Frauen- und Familiengerechtigkeit			
		Sind Frauen und Familien in Wohneinheiten (mit eigenem Sanitär- und Kochbereich) untergebracht? <sup>1</sup>	
		Gibt es geschlechtlich getrennte und abschließbare Sanitäranlagen?	

Fragen an die Unterbringungsbehörde / ggf. Sächsische Bildungsagentur

Fragen an die HelMLEitung / Sozialarbeiter

Fragen an die Asylsuchenden (ggf. mit Dolmetscher)

Eigene Beobachtungen

Faktor 5: Integration von Kindern		
	Welcher Prozentsatz der Kinder im Kindergarten- oder Krippenalter befindet sich in einer Kindertagesstätte? <sup>1</sup>	
	Wie groß ist die Entfernung vom Heim zur Kita und wie können Kinder diese Entfernung meistern? <sup>2</sup>	
	Wie oft gibt es Hausaufgabenbetreuung im Heim für Kinder, die nicht die Möglichkeit haben, ihre Hausaufgaben im Hort zu erledigen? <sup>1</sup>	
	Gehen alle schulpflichtigen Kinder spätestens zwei Wochen nach ihrer Ankunft ihrer Schulpflicht nach? <sup>2</sup>	
	Wie weit wird der Kinderschutz durch räumliche Gegebenheiten begünstigt?	

Faktor 6: Bildungsangebote		
	Wie oft gibt es Sprachangebote für Personen, die keine schulische Ausbildung erfahren, in der Unterkunft? <sup>1</sup>	
	Inwiefern werden externe Kurse für alle Bewohner finanziell unterstützt? <sup>2</sup>	
	Wie viele Jugendliche und junge Erwachsene aus diesem Heim haben die besondere Bildungsberatung in Anspruch genommen? <sup>2</sup>	
	Wie weit ist das Heim von Beruflichen Schulzentren mit Vorbereitungsklassen entfernt? <sup>2</sup>	
	Werden Fahrtkosten zu Berufsschule oder Ausbildungsstätte für nicht mehr schulpflichtige Personen bezuschusst? <sup>1</sup>	

Fragen an die Unterbringungsbehörde / ggf. Sächsische Bildungsagentur

Fragen an die Heimleitung / Sozialarbeiter

Fragen an die Asylsuchenden (ggf. mit Dolmetscher)

Eigene Beobachtungen

Faktor 7: Mitwirkungsmöglichkeiten		
	Wie oft werden Mitgestaltungsmöglichkeiten der täglichen Abläufe (z. B. Reinigen und Wäsche) und Aktivitäten (z. B. im gestalterischen, gärtnerischen oder handwerklichen Bereich) im Heim angeboten? <sup>1</sup>	
	Gibt es einen aktiven Heimbetrat oder einen Heimsprecher? <sup>1</sup>	
	In welcher Form werden die Mittel zum Bestreiten des Lebensunterhaltes gewährt?	
	Wie oft werden Arbeitsgelegenheiten nach AsylbLG angeboten?	

Faktor 8: Lage und Infrastruktur		
	In welcher Art Wohngebiet oder Umgebung befindet sich das Heim?	
	Wie groß ist die Entfernung zur Ausländerbehörde?	
	Wie weit ist es zum ÖPNV?	
	Wie häufig verkehrt der ÖPNV an Wochentagen? <sup>1</sup>	
	Wie weit ist die nächste Beratungsstelle entfernt? <sup>1</sup>	
	Wie weit ist es zu den nächsten Einkaufsmöglichkeiten?	
	Wie wird die eigenständige Mobilität im täglichen Leben unterstützt, z. B. mit finanzieller Unterstützung für ÖPNV oder praktischer Anleitung zur Nutzung von Infrastruktur für Neuankömmlinge oder Fahrradspenden? <sup>1</sup>	

Fragen an die Unterbringungsbehörde / ggf. Sächsische Bildungsagentur

Fragen an die Heimbleitung / Sozialarbeiter

Fragen an die Asylsuchenden (ggf. mit Dolmetscher)

Eigene Beobachtungen

Faktor 9: Zustand und Umfeld			
		In welcher Art Gebäude sind die Bewohner untergebracht? <sup>1</sup>	
		Wie ist der bauliche Zustand (Innen, außen)?	
		Wie sind die Räume ausgestattet? <sup>1</sup>	
		Gibt es einen Gemeinschaftsraum? <sup>2</sup>	
		In welchem Zustand befinden sich die Sanitäranlagen?	
		Wie ist die Hygiene des Helmes im Allgemeinen einzuschätzen (Schädlinge, Schimmel etc.)?	

Faktor 10: Gesellschaftliche Einbindung			
		Welche Zugangsmöglichkeiten zur Mitarbeit in Vereinen haben die Heimbewohner?	
		Gibt es Angebote für eine Mitwirkung im Ehrenamt? <sup>1</sup>	
		Inwieweit erhalten Heimbewohner die Möglichkeit, bei gesellschaftlichen Projekten mitzuwirken?	

Umgang mit Krankheiten (kein Bestandteil der Bewertung)			
		Wie wird im Allgemeinen mit kranken Menschen umgegangen und wie leicht ist es für kranke Heimbewohner einen Krankenschein zu bekommen? <sup>2</sup>	
		Wie wird mit Personen, die eine ansteckende Infektionskrankheit haben, umgegangen? <sup>2</sup>	
		Wie wird mit kritischen Einzelfällen, z. B. Traumatisierten, Hochschwangeren, Suchtgefährdeten, Schwerkranken umgegangen? <sup>2</sup>	

Fragen an die Unterbringungsbehörde / ggf. Sächsische Bildungsagentur

Fragen an die Heimleitung / Sozialarbeiter

Fragen an die Asylsuchenden (ggf. mit Dolmetscher)

Eigene Beobachtungen

Endnoten zum „Heim-TÜV“ Fragenkatalog 2013

- 1 Diese Frage wurde geringfügig geändert, um eine bessere Verständlichkeit und/oder eine Annäherung an reale Gegebenheiten zu erreichen.
- 2 Diese Frage wurde erweitert bzw. hinzugefügt, um umfassendere und konkretere Antworten zu erhalten.
- 3 Zur besseren Verständlichkeit wurden Worte geändert oder konkretisierende Beispiele bzw. Beschreibungen eingefügt.

Quelle: Der Sächsische Ausländerbeauftragte (2014): Hinschauen lohnt sich 2013. „Heim-TÜV“ 2013 über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften. Dresden S. 153-158.



## Anhang 2

„Heim-TÜV“ Bewertungsschema 2013, Entwicklung durch den Sächsischen Ausländerbeauftragten

FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
<b>Dezentrale Unterbringung von Familien und Frauen im Landkreis / Kreisfreien Stadt (kein Bestandteil der Bewertung)</b>			
a. Welcher Prozentsatz der Familien u. Frauen wird im Landkreis / Kreisfreien Stadt dezentral untergebracht?	weniger als 50 % der Familien und Frauen <sup>1</sup>	50 – 75 % der Familien und Frauen <sup>1</sup>	mehr als 75 % der Familien und Frauen <sup>1</sup>
b. Bei schulpflichtigen Kindern: Entspricht die Schulnähe zur Wohnung den Regeln des Freistaates?	Überschreitungen von mehr als 50 %	Überschreitungen von weniger als 50 %	Grundschule 45 min; Oberschule / Gymnasium 60 min
c. Welche Form wird soziale Betreuung angeboten (wer, wie oft und wo)?	keine soziale Betreuung oder Beratungsstelle in einer Entfernung von mehr als 3 km <sup>2</sup>	soziale Betreuung weniger als einmal wöchentlich aufsuchend in Wohnung oder Beratungsstelle in einer Entfernung zwischen 1 und 3 km <sup>2</sup>	soziale Betreuung mindestens einmal wöchentlich aufsuchend in Wohnung oder Beratungsstelle in weniger als 1 km Entfernung <sup>2</sup>
<b>1. Unterbringung von Familien und Frauen in der Gemeinschaftsunterkunft</b>			
a. Wie viele Familien und wie viele Frauen leben aktuell in der Gemeinschaftsunterkunft?	mehr als 0 % und weniger als 33 % der Belegschaft Familien/Frauen <sup>1</sup>	mehr als 33 % aber weniger als 75 % der Belegschaft Familien/Frauen <sup>1</sup>	keine oder mehr als 75 % der Belegschaft Familien/Frauen <sup>1</sup>
b. Wie weit ist das Heim von Schulen entfernt?	Überschreitungen von mehr als 50 %	Überschreitungen von weniger als 50 %	Grundschule 45 min; Oberschule/Gymnasium 60 min
c. Wie weit ist das Heim von Schulen mit Vorbereitungsklassen entfernt?	Überschreitungen von mehr als 50 %	Überschreitungen von weniger als 50 %	Grundschule 45 min; Oberschule/Gymnasium 60 min
d. Welche Form der qualifizierten Sozialarbeit wird für Frauen und Familien angeboten?	Betreuung durch Sozialarbeiter in der Unterkunft seltener als einmal monatlich oder Beratungsstelle in einer Entfernung von mehr als 3 km <sup>2</sup>	Betreuung durch Sozialarbeiter steht auf Anfrage oder weniger als einmal wöchentlich, aber häufiger als einmal monatlich in der Unterkunft oder	Regelmäßige Betreuung (mindestens einmal wöchentlich) durch Sozialarbeiter in der Unterkunft oder Beratungsstelle in weniger als 1 km Entfernung <sup>2</sup>

FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
		Beratungsstelle in einer Entfernung zwischen 1 km und 3 km <sup>2</sup>	
<b>2. Sicherheit im Heim</b>			
a. Wie viele Personen wohnen in der Unterkunft?	mehr als 180 Bewohner	100 bis 180 Bewohner	weniger als 100 Bewohner
b. Wie wird die innere Sicherheit der Heimbewohner organisiert?	weniger als 24 h Personal/Wachpersonal oder keine Maßnahmen zum Schutz vor Bedrohungen von innen und keine Nachverfolgung, Bedrohungen werden ignoriert <sup>2</sup>	24 h Personal / Wachpersonal und Bedrohungen wird nachgegangen <sup>2</sup>	24 h Personal / Wachpersonal und Kontrolle mind. einmal pro Nacht (und Anlass bezogen) bei Bedrohungen wird sachgerecht reagiert wünschenswert alle Türen der Wohnungen / Zimmer sind sicher verschließbar <sup>2</sup>
c. Wie wird die äußere Sicherheit der Heimbewohner organisiert?	keine Maßnahmen zum Schutz vor Bedrohungen von außen <sup>1</sup>	Maßnahmen werden nur teilweise umgesetzt <sup>2</sup>	kein freier Zugang zum Gelände und 24 h Personal/Wachpersonal und verschließbare Außentüren und technische Voraussetzung für eine sofortige Alarmierung der Polizei, der Feuerwehr, des Notarztes und der Unterbringungsbehörde, z. B. ein Notruftelefon <sup>2</sup>
d. Gibt es Hinweise auf repressive Hierarchien, z. B. destruktive Wortführer innerhalb des Heimes?	mehr als die Hälfte der Befragten geben deutliche Hinweise auf Dominanz und Machtausübung durch erkennbare Hierarchieführer <sup>2</sup>	einzelne, aber weniger als Hälfte der befragten Personen fühlen sich unterdrückt oder dominiert von anderen, einzelne Bewohner fühlen sich	kein Wortführer, freundliches miteinander Umgehen, keine Beschwerden der Heimbewohner oder des Personals <sup>2</sup>



FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
		nicht beachtet, Einzelne berichten von Machtausübungen einzelner Bewohner <sup>3</sup>	
e. Gibt es Hinweise auf Spannungen oder Probleme zwischen Heimpersonal und Bewohnern?	starke Spannungen auf beiden Seiten; massive Beschwerden über Zustände oder Atmosphäre im Heim <sup>1</sup>	teilweise angespannte Atmosphäre zwischen Heimpersonal und Bewohnern; einzelne tragen Beschwerden gegen einzelne Personen vor <sup>2</sup>	positives soziales Gefüge, Gespräche zwischen Heimbewohnern und Heimleitung entspannt und freundlich; von keiner Seite Beschwerden oder Sorgen vorgetragen <sup>1</sup>
f. Wurden Heimbewohner von anderen Heimbewohnern innerhalb der letzten 6 Monate angegriffen / bedroht?	mehr als 25 % der Heimbewohner wurden schon einmal bedroht oder angegriffen	weniger als 25 % der Heimbewohner wurden schon einmal bedroht oder angegriffen	niemand berichtet von Bedrohungen oder Angriffen gegen sich selbst / andere
g. Wie oft treten sonstige Straftaten im Heim auf?	Befragte berichten von mehreren (mehr als fünf) Vorkommnissen im Monat <sup>1</sup>	Befragte berichten von gelegentlichen (höchstens fünf) Vorkommnissen im Monat <sup>2</sup>	Befragte berichten seltenen (weniger als fünf im Monat) oder keinen Vorkommnissen <sup>2</sup>
<b>3. Sozialarbeit</b>			
a. Liegt ein schriftliches und verbindliches Betreuungskonzept vor?	nein oder dem Heimpersonal nicht bekannt <sup>2</sup>	ja, dem Heimpersonal bekannt, aber nicht erkennbar umgesetzt <sup>2</sup>	ja, dem Heimpersonal bekannt und umgesetzt <sup>2</sup>
b. Wie ist die beobachtbare Haltung des Heimpersonals zu den Bewohnern?	unpersönlich und distanziert oder Hinweise auf Überforderung mit den Aufgaben <sup>1</sup>	höflich und formell <sup>1</sup>	freundlich und konsequent engagiert <sup>1</sup>
c. Wie sieht der Betreuungsschlüssel für Sozialarbeiter aus?	weniger als ein Sozialarbeiter (Vollzeitäquivalent) pro 150 Personen	ein Sozialarbeiter (Vollzeitäquivalent) für 100 – 150 Personen	ein Sozialarbeiter (Vollzeitäquivalent) für bis zu 100 Personen
d. Wird bedarfsgerecht qualifizierte Sozialarbeit im Heim angeboten?	es gibt keine qualifizierte Sozialarbeit im Heim	Verwaltung und Heimpersonal sehen den Bedarf gedeckt; Sozialarbeit im	Verwaltung und Heimpersonal sehen den Bedarf gedeckt und

FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
		Heim besteht zwar, aber mehr als die Hälfte der befragten Bewohner berichten von ungenügender Sozialarbeit oder kennen die Sozialarbeiter nicht <i>oder</i> Heimpersonal oder Verwaltung sieht den Bedarf nicht gedeckt	mehr als die Hälfte der befragten Bewohner berichten von genügend qualifizierter Sozialarbeit im Heim
e. Wie oft sind qualifizierte Sozialarbeiter im Heim?	weniger als einmal wöchentlich <sup>3</sup>	weniger als einmal täglich, aber mind. einmal wöchentlich <sup>3</sup>	täglich oder weniger, wenn Bewohner nicht Mehrbedarf sehen <sup>3</sup>
<b>4. Frauen- und Familiengerechtigkeit</b>			
a. Sind Frauen und Familien in Wohneinheiten (mit eigenem Sanitär- und Kochbereich) untergebracht?	keine getrennten Wohneinheiten <sup>1</sup>	keine getrennten Wohneinheiten <i>und</i> die GU ist nur von Frauen und / oder Familien bewohnt <sup>1</sup>	jede Familie oder mehrere Frauen leben in getrennten Wohneinheiten <sup>1</sup>
b. Gibt es geschlechtlich getrennte und abschließbare Sanitäranlagen?	Sanitäranlagen nicht geschlechtlich getrennt <i>oder</i> Sanitäranlagen geschlechtlich getrennt <i>und</i> nicht abschließbar	Sanitäranlagen nicht geschlechtlich getrennt <i>aber</i> sicher abschließbar und vor Einsicht geschützt	ja <i>oder</i> Familien haben eigene Sanitäranlagen <sup>1</sup>
<b>5. Integration von Kindern</b>			
a. Welcher Prozentsatz der Kinder im Kindergarten- oder Krippenalter befindet sich in Kindertagesstätte?	weniger als 10 % befinden sich in einer Kita <sup>2</sup>	10 % – 50 % befinden sich in einer Kita <sup>2</sup>	über 50 % befinden sich in einer Kita <sup>2</sup>
b. Wie groß ist die Entfernung vom Heim zur Kita und wie können Kinder diese Entfernung meistern?	zu Fuß in mehr als 30 min zu erreichen <i>oder</i> kein befestigter und sicherer Fußweg	zu Fuß in 20 – 30 min zu erreichen <i>und</i> auf befestigtem und sicherem Fußweg	zu Fuß in weniger als 20 min zu erreichen <i>und</i> auf befestigtem und sicherem Weg <sup>1</sup>



FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
c. Wie oft gibt es Hausaufgabenbetreuung im Heim für Kinder, die nicht die Möglichkeit haben, ihre Hausaufgaben im Hort zu erledigen?	keine Hausaufgabenbetreuung <sup>1</sup>	weniger als vier Tage in der Woche während der Schulzeit <sup>1</sup>	mindestens an vier Tagen in der Woche während der Schulzeit <sup>1</sup>
d. Gehen alle schulpflichtigen Kinder spätestens 2 Wochen nach ihrer Ankunft ihrer Schulpflicht nach?	weniger als 80 % der schulpflichtigen Kinder gehen in eine Schule <sup>2</sup>	weniger als 100 %, aber mehr als 80 % der schulpflichtigen Kinder besuchen eine Schule <sup>2</sup>	alle schulpflichtigen Kinder sind in der Schule <sup>2</sup>
e. Wie weit wird der Kinderschutz durch räumliche Gegebenheiten begünstigt?	abgetrennte Räume ohne eigene Küche und ohne eigene Sanitäranlage oder keine abgetrennten Räume oder anderweit. bauliche Gefahren erkennbar <sup>1</sup>	abgetrennte Räume ohne eigene Küche oder ohne eigene Sanitäranlage <sup>1</sup>	Familie lebt in eigener Wohneinheit <sup>1</sup>
<b>6. Bildungsangebote</b>			
a. Wie oft gibt es Sprachangebote für Personen, die keine schulische Ausbildung erfahren, in der Unterkunft?	keine Angebote in der Unterkunft	1 bis 2 mal wöchentlich <sup>3</sup>	mindestens 3 mal wöchentlich <sup>3</sup>
b. Inwiefern werden externe Kurse für alle Bewohner finanziell unterstützt?	keine Unterstützung oder keine externen Kurse <sup>2</sup>	Bewohner zahlen mehr als 1 € je Unterrichtsstunde oder nicht alle Bewohner können daran teilnehmen <sup>2</sup>	alle Bewohner können daran teilnehmen und vollständig oder Bewohner zahlen nicht mehr als 1 € je Unterrichtsstunde <sup>2</sup>
c. Wie viele Jugendliche und junge Erwachsene aus diesem Heim haben die besondere Bildungsberatung in Anspruch genommen?	weniger als 10 %	zwischen 10 % und 30 %	mehr als 30 %
d. Wie weit ist das Heim von Beruflichen Schulzentren mit Vorbereitungsklassen entfernt?	Überschreitungen von mehr als 50 % <sup>2</sup>	Überschreitungen von weniger als 50 % <sup>2</sup>	Berufliche Schulzentren 90 min. entfernt <sup>2</sup>

FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
e. Werden Fahrtkosten zu Berufsschule oder Ausbildungsstätte für nicht mehr schulpflichtige Personen bezuschusst?	weniger als 10 % der Fahrtkosten werden bezuschusst <sup>2</sup>	Fahrtkosten werden zwischen 10 % und 50 % bezuschusst <sup>2</sup>	Fahrtkosten werden zu 50 % oder mehr bezuschusst oder Berufsschule bzw. Ausbildungsstätte fußläufig in 30 min erreichbar <sup>2</sup>
<b>7. Mitwirkungsmöglichkeiten</b>			
a. Wie oft werden Mitgestaltungsmöglichkeiten der täglichen Abläufe (z. B. Reinigen und Wäsche) und Aktivitäten (z. B. im gestalterischen, gärtnerischen oder handwerklichen Bereich) im Heim angeboten?	keine Angebote von Aktivitäten <i>und</i> keine Einbeziehung in tägliche Abläufe <sup>3</sup>	unregelmäßiges Angebot von Aktivitäten <i>und</i> unregelmäßige Einbeziehung in tägliche Abläufe <i>oder</i> keine Angebote von Aktivitäten, aber mind. unregelmäßige Einbeziehung in tägliche Abläufe <i>oder</i> regelmäßiges Angebot von Aktivitäten, aber keine Einbeziehung in tägliche Abläufe <sup>3</sup>	regelmäßiges Angebot von Aktivitäten <i>und</i> regelmäßige Einbeziehung in tägliche Abläufe <sup>3</sup>
b. Gibt es einen aktiven Heimbeirat oder einen Heimsprecher?	kein aktiver Heimbeirat / Heimsprecher	Heimbeirat / Heimsprecher in Vorbereitung (erste Maßnahmen müssen erfolgt sein, z. B. Plan für die Einrichtung ist den Bewohnern angekündigt und die Wahl eines Heimbeirates steht in den nächsten drei Monaten an) <sup>3</sup>	ein aktiver Heimbeirat / Heimsprecher
c. In welcher Form werden die Mittel zum Bestreiten des Lebensunterhaltes gewährt?	Magazin	Gutscheine	Bargeld



FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
d. Wie oft werden Arbeits- gelegenheiten nach AsylbLG angeboten?	werden nicht angeboten <sup>1</sup>	werden nur unregel- mäßig angeboten <i>oder</i> Angebote werden unzureichend den Heimbewohnern kommuniziert <sup>3</sup>	werden regelmäßig angeboten <i>und</i> Angebote werden ausreichend den Heimbewohnern kommuniziert <sup>3</sup>
<b>8. Lage und Infrastruktur</b>			
a. In welcher Art Wohngebiet oder Umgebung befindet sich das Heim?	angrenzende unbe- wohnte Wohnge- bäude, abgelegen, angrenzend an Feld und Wald <sup>1</sup>	Industrie- oder Gewerbegebiet <i>oder</i> am Ortsrand gelegen <sup>1</sup>	normale Wohn- gend <i>oder</i> Mischgebiet
b. Wie groß ist die Entfernung zur Ausländerbehörde?	ABH weiter entfernt als 6 km <i>oder</i> ABH weniger als einmal im Monat im Heim <sup>1</sup>	ABH 3 km bis 6 km entfernt <i>oder</i> mindestens einmal im Monat im Heim <sup>1</sup>	ABH fußläufig erreichbar (bis 3 km) <i>oder</i> Transport durch Be- treiber ohne Kosten gewährleistet
c. Wie weit ist es zum ÖPNV?	Haltestelle mehr als 2 km entfernt	Haltestelle zwischen 1 km und 2 km entfernt	Haltestelle weniger als 1 km entfernt
d. Wie häufig verkehrt der ÖPNV an Wochentagen?	ÖPNV fährt in weni- ger als 4 Stunden stündlich <i>oder</i> ÖPNV fährt in weni- ger als 6 Stunden alle 2 Stunden <sup>1</sup>	ÖPNV fährt 4 bis 8 Stunden stündlich <i>oder</i> ÖPNV fährt 6 bis 8 Stunden alle 2 Stunden <sup>1</sup>	ÖPNV fährt mindestens 8 Stunden stündlich <sup>1</sup>
e. Wie weit ist die nächste Beratungsstelle entfernt?	Beratungsstelle weiter entfernt als 6 km	Beratungsstelle 3 km bis 6 km entfernt <i>oder</i> mind. einmal monatlich in der Unterkunft <sup>1</sup>	Beratungsstelle fußläufig erreichbar (bis 3 km) <i>oder</i> mind. einmal wöchentlich in der Unterkunft <sup>1</sup>
f. Wie weit ist es zu den nächsten Einkaufsmöglichkeiten?	mehr als 3 km entfernt <sup>1</sup>	1 bis 3 km entfernt <sup>1</sup>	weniger als 1 km entfernt <sup>1</sup>
g. Wie wird die eigenständige Mobilität im täglichen Leben unterstützt, z. B. mit finanzieller Unterstützung für ÖPNV oder praktischer	selten oder nie	unregelmäßig verbilligte Tickets <i>oder</i> Fahrradausleihe im Heim möglich	regelmäßig verbilligte Tickets <i>oder</i> Fahrradspenden für jeden Heim-

FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
Anleitung zur Nutzung von Infrastruktur für Neuankömmlinge oder Fahrradspenden?		oder praktische Anleitung zur Nutzung der Infrastruktur für Neuankömmlinge <sup>3</sup>	bewohner <sup>3</sup>
<b>9. Zustand und Umfeld</b>			
a. In welcher Art Gebäude ist die Gemeinschaftsunterkunft untergebracht?	Kaserne oder Wohngebäude im Kasernenstil ab 50 Bewohnern oder Gebäude mit mehr als 150 Bewohnern <sup>1</sup>	Wohnhaus oder Wohnplatte zwischen 50 und 150 Bewohnern oder Kaserne oder Wohngebäude im Kasernenstil (z. B. lange, dunkle Flure) bis 50 Bewohner <sup>1</sup>	Wohnhaus oder kleinere Wohnplatte für maximal 50 Bewohner <sup>1</sup>
b. Wie ist der bauliche Zustand (innen / außen)?	alt, abgewohnt, schadhaft, renovierungsbedürftig <sup>1</sup>	adäquat, aber deutliche Schönheitsfehler	gepflegt, gut erhalten, saniert <sup>1</sup>
c. Wie sind die Räume ausgestattet?	den Vorgaben der VwV nicht entsprechend <sup>3</sup>	den Vorgaben der VwV entsprechend und teilweise oder vollständig abgenutzt oder nicht funktionsfähig <sup>3</sup>	den Vorgaben der VwV entsprechend und Ausstattung befindet sich in gepflegtem Zustand <sup>3</sup>
d. Gibt es einen Gemeinschaftsraum?	nein	es gibt einen Gemeinschaftsraum aber nicht jederzeit und / oder frei zugänglich	es gibt einen jederzeit frei zugänglichen Raum
e. In welchem Zustand befinden sich die Sanitäreinrichtungen?	verschmutzt, defekt und nicht sicher abschließbar und nicht gegen Einsicht geschützt <sup>1</sup>	gut erhalten und sauber, aber nicht jederzeit zugänglich oder alt, abgenutzt, aber sauber und funktionsfähig <sup>1</sup>	gut erhalten und sauber und jederzeit zugänglich <sup>1</sup>
f. Wie ist die Hygiene des Heimes im Allgemeinen einzuschätzen (Schädlinge, Schimmel etc.)?	sichtbare Hinweise auf Schimmel und / oder Schädlingsbefall <sup>1</sup>	keine sichtbaren Hinweise auf Schimmel und / oder Schädlingsbefall aber	keine sichtbaren Hinweise auf Schimmel und Schädlingsbefall



FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
		erwähnte Berichte über Schimmel und/oder Schädlingsbefall	und keine Berichte darüber <sup>1</sup>
<b>10. Gesellschaftliche Einbindung</b>			
a. Welche Zugangsmöglichkeiten zur Mitarbeit in Vereinen haben die Heimbewohner?	keine oder Verein ist weniger als zweimal im Jahr im Heim <sup>1</sup>	weniger als einmal wöchentlich aber mind. einmal im Monat oder Verein ist mind. zweimal im Jahr im Heim <sup>1</sup>	mindestens einmal wöchentlich oder Verein ist mind. einmal im Monat im Heim <sup>1</sup>
b. Gibt es Angebote für eine Mitwirkung im Ehrenamt?	nein <sup>1</sup>	ja, aber wird den Bewohnern nicht nahegebracht <sup>1</sup>	ja, und mit den Bewohnern werden individuell das Einbringen in Ehrenamt erörtert und dann Möglichkeiten gefunden
c. Inwieweit erhalten Heimbewohner die Möglichkeit, bei gesellschaftlichen Projekten (z. B. „Markt der Kulturen“) mitzuwirken?	keine	einmal im Jahr	mehrmals im Jahr
<b>Umgang mit Krankheiten (kein Bestandteil der Bewertung)</b>			
a. Wie wird im Allgemeinen mit kranken Menschen umgegangen und wie leicht ist es für kranke Heimbewohner einen Krankenschein zu bekommen?	Bewohner werden sich selbst überlassen und keine Hinweise/Aushänge auf Ärzte etc. <sup>2</sup>	Hinweise/Aushänge auf Ärzte etc. hängen sichtbar aus <sup>2</sup>	Bewohner werden an Ärzte etc. vermittelt <sup>2</sup>
b. Wie wird mit Personen, die eine ansteckende Infektionskrankheit haben, umgegangen?	keine Maßnahmen, Personen leben mit gesunden Menschen im selben Zimmer <sup>2</sup>	Personen mit ansteckenden Krankheiten werden einzeln im Heim untergebracht ggf. mit Familie, wenn Krankheit nicht hoch ansteckend ist <sup>2</sup>	Personen werden dezentral untergebracht oder stationär versorgt <sup>2</sup>

FAKTOREN	ROT <i>unangemessen</i>	GELB <i>zu beobachten</i>	GRÜN <i>angemessen</i>
c. Wie wird mit kritischen Einzelfällen z. B. Traumatisierten, Hochschwangeren, Suchtgefährdeten, Schwerkranken umgegangen?	keine Maßnahmen, Bewohner werden sich selbst überlassen <sup>1</sup>	kritische Einzelfälle sollen demnächst dezentral untergebracht werden <sup>2</sup>	Personen werden dezentral untergebracht oder stationär versorgt oder mit Bewohnern wird individuell nach Lösungen gesucht <sup>3</sup>

- 
- 1 Diese Bewertung wurde geringfügig geändert, um eine bessere Verständlichkeit und/oder eine Annäherung an reale Gegebenheiten zu erreichen.
  - 2 Diese Bewertung wurde erweitert bzw. hinzugefügt, um umfassendere und konkretere Bewertungen zu erhalten.
  - 3 Zur besseren Verständlichkeit wurden Worte geändert oder konkretisierende Beispiele bzw. Beschreibungen eingefügt.

Quelle: Der Sächsische Ausländerbeauftragte (2014): Hinschauen lohnt sich 2013. „Heim-TÜV“ 2013 über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften. Dresden S. 159-168.

## **Anhang 3**

### **Leitfaden ExpertInneninterview: Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-**

#### **Eutritzsch**

1. Wie viele AsylbewerberInnen leben derzeit in der Gemeinschaftsunterkunft?
2. Woher kommen die Asylsuchenden vorrangig?
3. Wie lange bleiben die Asylsuchenden in der Gemeinschaftsunterkunft?
4. Wie sind die Lebenslagen und Lebenssituationen der BewohnerInnen?  
Konkrete Beispiele?
5. Bitte beschreiben Sie Ihr tägliches Aufgabenfeld in der Gemeinschaftsunterkunft. Was sind Themen Ihrer Beratung? Wobei benötigen die Asylsuchenden Ihre Unterstützung?
6. Wie wird auf die Sicherheit der BewohnerInnen geachtet? (Wachpersonal, getrennte Wohneinheiten für Frauen und Familien?)
7. Wie garantieren Sie qualifizierte Soziale Arbeit in der Gemeinschaftsunterkunft? Wie ist der Betreuungsschlüssel? Wie oft sind Sie/ Ihre KollegInnen vor Ort?
8. Wie oft/ wie gut wird Ihre Hilfe in Anspruch genommen?
9. Wie reagiert die Nachbarschaft der Gemeinschaftsunterkunft auf die AsylbewerberInnen? Gibt es Kontakte/ Netzwerke?
10. In welcher Form können sich die BewohnerInnen in das Zusammenleben in der Unterkunft, sowie das Gemeinwesen der Stadt einbringen?

11. Haben die BewohnerInnen die Möglichkeit kostenfrei an Sprachkursen teilzunehmen?
12. Seit wann arbeiten Sie mit AsylbewerberInnen?
13. Was ist Ihre tägliche Motivation? Warum sind Sie in der Gemeinschaftsunterkunft tätig?
14. Fühlen Sie sich als Sozialarbeiterin sozialpolitisch verantwortlich für die Unterstützung von AsylbewerberInnen?
15. Gibt es Spannungsfelder zwischen den verschiedenen Auftraggebern (KlientInnen, Träger, Stadt, Menschenrechte, eigenes professionelles Verständnis von Sozialer Arbeit)? Wenn ja, welche?
16. Was macht für Sie gute Flüchtlingssozialarbeit aus?
17. Wo sehen Sie Grenzen und Chancen der Flüchtlingssozialarbeit?
18. Wenn Sie sich etwas wünschen dürften, (für Ihre Arbeitsstelle, für die KlientInnen, von der Stadt, von der Politik, ...) was wäre das?

## Anhang 4

### *Interview mit zwei Mitarbeitern der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Eutritzsch*

I<sup>21</sup>: Wie viele AsylbewerberInnen leben derzeit in der Gemeinschaftsunterkunft?

M1: Derzeit sind es 19, die angemeldet sind, es sind aber ein paar dauerhaft abgängig. Das heißt, wahrscheinlich wieder zurückgekehrt ins Land. Das heißt, wir haben derzeit so ungefähr 16 Leute, die hier wirklich sind.

I: Ist die Unterkunft nur für Männer oder auch für Frauen möglich, hier unterzukommen?

M1: Männer. Also grundsätzlich ist es für Frauen möglich, hier unterzukommen, wir würden aber davon abraten aufgrund der Situation, die hier einfach derzeit ist, macht das schon Sinn, dass wir rein mit Männern belegen.

I: Woher kommen die Asylsuchenden vorrangig?

M2: Also wir haben Georgier, wir haben Libanesen, wir haben Libyer, Tunesier, ein Marokkaner und Pakistani.

I: Wie lange bleiben die Asylsuchenden im Durchschnitt in der Gemeinschaftsunterkunft? Ich nehme an, das ist hier auch eine befristete Sache?

M1: Das ist hier noch ein bisschen anders, wie bei den anderen Unterkünften, genau. Grundsätzlich bleiben die so lange, wie sie unsere Hilfe benötigen letztendlich. Also wir entlassen hier keine Klienten, die nicht stabil sind, das heißt also, mit dem Hintergrund hier besonders mit dem Drogenhintergrund, aber halt auch im Sozialen, dass das läuft, also wenn wir die in eigenen Wohnraum vermitteln, dass das gut geht und dass wir uns keine Sorgen machen müssen, dass dann irgendwas passiert. Wir haben jetzt die ersten Auszüge, das Projekt läuft ja auch noch nicht so lange, und die waren jetzt ungefähr anderthalb Jahre da.

I: Wie lange läuft ihr Projekt genau, weil Sie es gerade angesprochen haben?

M2: Seit Januar 2013.

---

21 Im Folgenden werden die Symbole I für Interviewerin, sowie M1 und M2 für die Mitarbeiter der Gemeinschaftsunterkunft verwendet.

M1: Ja, erst so kurz, tatsächlich?

M2: Ja, ja.

I: Also ein anderthalbes Jahr ungefähr. Und dann sind die, die jetzt ausziehen, von Anfang an dabei gewesen?

M1: Genau.

M2: Teilweise. Also einer war von Anfang an dabei, der wohnt am längsten hier und die anderen wohnen ungefähr ein Jahr hier, ungefähr.

M1: Das war am Anfang ein bisschen schleppend die Belegung hier, deshalb sind da ein bisschen zeitliche Unterschiede dazwischen.

I: Und wie läuft das, werden die dann wieder in „normale“ Gemeinschaftsunterkünfte vermittelt oder dann wirklich in eigenen Wohnraum?

M1: Eigener Wohnraum.

I: Wie sind die Lebenslagen und Lebenssituationen der Bewohner? Haben Sie konkrete Beispiele? Wie läuft der Tag hier ab? Welche Aufgaben haben sie zu erledigen oder welche spezielle Betreuung haben sie? Sie haben ja gesagt, Sie sind eine speziellere Unterkunft?

M2: Ja unterschiedlich, würde ich jetzt sagen. Also wir haben ein paar, die gehen regelmäßig zur Schule, ein, zwei, die regelmäßig zur Arbeit gehen, ja ein paar gehen regelmäßig zum Arzt, das ist stark unterschiedlich, das kann man jetzt gerade nicht so sagen.

M1: Das hängt stark von den Leuten ab. Das Projekt hier läuft auf Freiwilligkeit, es ist jetzt nicht so, dass die von uns irgendwas aufgedrückt bekommen. Wir mache hier nachsuchende Sozialbetreuung, das heißt, wir suchen auch tatsächlich die Leute mal auf, fragen mal nach: „Hey, wie geht’s denn dir?“. Wenn die zum Beispiel sich komplett dagegen sperren und nicht die Tür aufmachen, ist es nicht so, dass wir uns Zutritt verschaffen. Das heißt, es kommt viel, wir sind da als Hilfsangebot, „Ihr seid immer eingeladen hierher zu kommen und mit uns zu reden.“, aber wir laufen den Leuten jetzt halt auch nicht die Bude ein. Das heißt

auch, die Strukturierung des Alltags hängt viel von den Klienten selber ab, wo die Interessen liegen, was die erreichen wollen, wir unterstützen halt in der Hinsicht, dass wir halt zusehen, dass die dann halt auch ihren Schultermin wahrnehmen können, oder dass wir ihnen helfen eine Arbeitsstelle zu finden. Also unser Ziel ist natürlich, den Alltag ein bisschen sinnvoll zu strukturieren, dass halt jeder etwas zu tun hat. Es gibt aber auch Klienten, die aufgrund ihres Krankheitsbildes da einfach derzeit nicht in der Lage dazu sind, die müssen ärztlich so eingestellt, dass es denen gut geht und sich darauf erstmal konzentrieren.

I: Bitte beschreiben Sie Ihr tägliches Aufgabenfeld in der Gemeinschaftsunterkunft. Was sind Themen Ihrer Beratung? Wobei benötigen die Asylsuchenden Ihre Unterstützung? Sie sind ja glaube ich, von um zehn Uhr an da?

M1: Je nachdem, wenn es Außentermine gibt, kann das schon mal eher sein. Naja, sehr gemischt auch, das hängt auch wieder viel vom Klienteninteresse ab, also wir machen eigentlich alles, wir sind ein bisschen „Mädchen für Alles“. Natürlich auch suchtspezifisch halt, Vermittlung an behandelnde Ärzte, da drüber reden, im kleinen Rahmen auch psychologische Gespräche.

M2: Wir vermitteln auch an Psychologen.

M1: Wir sind keine Psychologen, wir vermitteln dann an Psychologen. Man fängt die Leute ja dann trotzdem auf, wenn die in der Krise sind.

M2: Ganz hoch geschrieben ist Netzwerkarbeit, das Sozialamt, die Staatsanwaltschaft spielt bei uns eine wichtige Rolle, Ärzte, andere Beratungsstellen, mit denen sind wir ganz viel im Kontakt, eigentlich fast täglich.

M1: Also alles Mögliche halt. Es geht bis hin, dass wir den Leuten helfen, Möbel für ihre neue Wohnung zu bekommen. Also alles was so anfällt, gemacht werden muss, wo die Leute Hilfe brauchen und dann halt zusätzlich noch unter dem Suchtaspekt, genau.

I: Genau, wenn der Suchtaspekt im Vordergrund steht, kann ich mir dann vorstellen, dass Sie hier trotzdem Therapieangebote haben von jemandem, der ins

Haus kommt, oder sagen Sie wirklich, das hier ist Lebensraum und wir gehen nach Außen und vermitteln dann eher?

M1: Genau, richtig.

I: Also ist hier niemand vor Ort, der therapeutisch betreut sozusagen?

M1: Nein, direkt nicht.

I: Ich habe gesehen, hier draußen ist eine Kamera angebracht, wie wird sonst noch auf Sicherheit geachtet? Haben Sie da hier Vorkehrungen und wenn ja, welche?

M1: Wir haben hier Security mit im Haus von L., die halt hauptsächlich Objektbewachung macht und da gibt es derzeit auch einen Wechsel, aber das mal außen vor, es bleibt trotzdem bei der gleichen Aufgabe. Also Security ist mit im Haus, die machen aber hauptsächlich, bewachen das Gebäude und der Leute im Gebäude. Also das ist keine Vorkehrung gegen die Klienten, die sich gegen die Klienten richten würde, weil wir nicht davon ausgehen, dass unsere Klienten uns angreifen, also das ist, genau. Es ist wie gesagt, die Kameraanlage installiert, es ist immer Wachpersonal hier im Haus, das auch als Ansprechpartner dient, wenn wir nicht da sind. Wenn irgendwie mal was los ist, können die sich jederzeit an das Wachpersonal wenden, was dann halt hilft und uns gegebenenfalls kontaktiert. Genau, ja.

I: Okay, die sind rund um die Uhr auch da?

M1: Ja, die sind rund um die Uhr da, 24 Stunden, genau.

I: Und gibt es abschließbare Wohneinheiten oder wie kann ich mir vorstellen, dass die Bewohner hier leben?

M2: Wir haben mehrere Wohnungen, da passen jeweils vier Leute rein, ja genau, die sind abschließbar, die Zimmer ebenfalls. Wir achten da auch stark auf Privatsphäre, also wir gehen nicht in die Wohnung, wenn es nicht nötig ist.

M1: Es ist halt so, dass die Bewohner ihre Schlüssel abgeben, wenn sie das Haus verlassen, die werden hier bei der Security hinterlegt, dass die halt gesichert sind und naja, wenn sie halt hier wiederkommen, bekommen sie ihren Schlüssel und



solange ist halt abgeschlossen, dass halt keiner reinkommt.

I: Was würden Sie sagen, wie garantieren Sie, Sie sind ja jetzt zu Zweit, gute, qualifizierte Soziale Arbeit hier in der Unterkunft? Sie haben ja gesagt, es sind 16 aktuell, also der Betreuungsschlüssel scheint ja recht gut zu sein sozusagen und sonst, haben Sie für sich auch ein paar Standards erarbeitet, nach denen Sie handeln tagtäglich, für Soziale Arbeit, wo Sie jetzt sagen, dass ist unser Raster, an dem wir uns heran hangeln?

M1: [...]

I: Schwierige Frage. Also wir können auch Tempo herausnehmen und Sie können gerne überlegen, also es ist nicht so, ja.

M1: Mh. [...]

M2: Also es wurden Qualitätsstandards erarbeitet, gemeinsam mit anderen Gemeinschaftsunterkünften, auf jeden Fall, an die wir uns natürlich auch halten. Ähm, aber jetzt so persönlich, ähm, haben wir ja schon viel gesagt. Die Freiwilligkeit steht im Vordergrund so, äh, die Privatsphäre der Leute. [...]

M1: Vielleicht hier auch hier auch, was uns wahrscheinlich auch von den anderen Unterkünften unterscheidet, dass wir dieses Nachsuchende machen. Klient A haben wir jetzt zwei Tage nicht gesehen, wir gehen aktiv mal hin und versuchen zumindest, ihn zu kontaktieren, notfalls auch über andere Klienten, die halt auch eine Nummer haben, um halt da unserer Sorgfaltspflicht nachzukommen und abzusichern, dass es denen gut geht und jetzt nicht irgendwas passiert ist, bei unserem Klientel könnte das tatsächlich sein, dass der dann nachher irgendwo da draußen liegt, Hilfe braucht.

M2: Was natürlich noch ein Qualitätsstandard wäre, ist natürlich unsere Aktenführung, die penibel genau ist. Also jedes Gespräch wird aufgeschrieben, jeder Brief wird kopiert, also es ist wirklich, dass wir auch den Überblick haben, weil unser Klientel ja auch ein bisschen besonders ist und wir uns dadurch selbst absichern, durch die Aktenführung halt, falls mal irgendwas passieren sollte.

M1: Generell hilft es uns natürlich auch den Überblick zu behalten, dass nichts

runter fällt, dass wir wissen, bei dem steht das an, das ist wichtig.

I: Wenn Sie sagen, es kann passieren, dass jemand auf der Straße auch mal bleibt, welche Arten von Suchterkrankung spielen hier in dem Haus eine Rolle?

M1: Naja illegale Drogen natürlich, Methamphetamin ist natürlich, wie überall leider, ganz vorne weg, Heroin ist relativ verbreitet und Alkohol.

I: Und wie ist es, wie kommen die Bewohner zu Ihnen? Sind die in einer Gemeinschaftsunterkunft und dann wird gesehen, okay es gibt ein Suchtproblem und dann werden die hierher vermittelt oder?

M1: Genau es ist so, die kommen aus anderen Gemeinschaftsunterkünften, Direktzuweisung aus Chemnitz können wir nicht kriegen.

I: Also aus der Erstaufnahmeeinrichtung?

M1: Die müssen über eine der anderen Unterkünfte laufen, werden dort halt in der Sozialbetreuung aufgenommen, fallen dann meistens auf durch Verhalten, was auf einen Suchthintergrund schließen lässt, dann werden wir eingeschaltet, machen in der Regel ein Erstgespräch mit dem Klienten, um ihn kennenzulernen und das ein bisschen abzuklopfen, auch die Freiwilligkeit, denn das nutzt uns allen nichts, wenn wir hier Leute ins Haus holen, die überhaupt nicht mit uns zusammenarbeiten. Ähm, es ist zwar so, dass das Sozialamt hier im Notfall zuweisen kann, also so, dass wir ein bisschen Druckmittel haben und die Leute vielleicht auch ein bisschen zu ihrem Glück zwingen können, aber es nutzt uns wie gesagt nichts, wenn der Klient uns nur aus dem Weg geht und dann wie gesagt gar nicht mitarbeitet, deshalb machen wir diese Erstaufnahmegespräche. Also, dass wir mit denen reden, dass wir das abklopfen: „Wolltest du hier wohnen? Hier sind die Regeln des Hauses.“ Unser Haus ist zum Beispiel auch, ähm, ins unserer Hausordnung ist zum Beispiel festgehalten, dass hier kein Alkohol und keine illegalen Substanzen ins Haus gebracht werden dürfen, was die Klienten natürlich vorher auch wissen müssen, dass sie halt auch, selbst wenn sie kein Alkoholproblem haben, dass sie hier kein Alkohol mit ins Haus bringen dürfen. Genau und wenn das von Klientenseite aus klar geht und von uns aus klar geht,

versuchen wir natürlich als erstes die Klienten zu einer Entgiftung zu überzeugen vorab, es ist aber nicht bei allen möglich. Also viele sagen: „Nee ich möchte erstmal hierher, ich möchte erstmal zur Ruhe kommen und dann anschließend die Entgiftung“, das machen wir auch mit. Uns ist es natürlich lieber, wenn die Leute dann schon entgiftet ins Haus kommen, das ist nicht immer gegeben.

I: Also ich kann mir vorstellen, wenn ich so von den Lebenslagen höre, dass es dann schon Konfliktpotential gibt uns zu Krisensituationen kommt, weiß nicht, vielleicht auch Entzugserscheinungen, wie gehen Sie damit um? Also haben Sie schon mal so etwas erlebt und wenn ja, wie sind Sie damit umgegangen? Das hat auch eine gewisse Qualität.

M2: Ja genau. Also oberstes Prinzip ist ruhig bleiben. Also es kommt schon vor, dass wir zusammen gestaucht werden, also keine körperlichen Übergriffe, verbale Übergriffe kommen vor, ist aber auch relativ selten muss man sagen und wenn, dann bleiben wir ruhig, also weil die Leute wissen, dass sie unsere Hilfe auch brauchen, also mehr oder weniger. Also Ball flach halten, die kommen wieder an.

M1: Wir wissen ja auch, dass das einen anderen Hintergrund hat. Das ist ja in 90% der Fälle, hat das keine persönliche Ebene, das ist einfach aufgrund der Erkrankung einfach gegeben, das ist dann halt so. Ruhig bleiben, sagen: „Hör mal zu, geh am besten erstmal auf dein Zimmer, ruh dich erstmal ein bisschen aus, wir reden später dann nochmal drüber.“ Also in der Situation eine Beratung zu geben, nützt ja nichts, es sei denn jemand, ist gerade in einer Krise und braucht einfach mal jemanden, mit dem er quatschen kann und dann setzt man sich eben einfach mal ruhig hin, redet mal eine Runde, genau. Aber ansonsten, wir haben ein sehr enges Vertrauensverhältnis zu unseren Klienten und auf dessen Grundlage läuft das eigentlich auch ganz gut, dass wir zum Beispiel auch keine Übergriffe von unseren Klienten befürchten.

I: Also das verstehe ich auch als Qualitätsstandard, so eine ganz enge Zusammenarbeit. Ja, Sie haben vorhin gesagt, Frauen sind derzeit nicht untergebracht und sowas wie: „Es ist auch besser so“. Warum ist es besser so?

M1: Wenn man sich überlegt, dass hier jetzt halt hauptsächlich Männer sind, die jetzt vielleicht auch wirklich aufgrund ihrer Krankheiten halt die Hintergründe haben, halte ich persönlich das hier nicht unbedingt für eine sichere Unterkunft für Frauen. Wir könnten eine eigene Frauen-WG aufmachen, das wäre eine andere Sache, das ist aber derzeit mit der Wohnungsbelegung derzeit nicht gegeben und deshalb, genau.

I: Also um den Schutz zu gewährleisten?

M1: Genau. Gemischtgeschlechtlich würden wir das nicht machen. Wir würden, wenn dann, eine reine Frauen-WG machen, dann müssten wir dann aber umverteilen, um das zu gewährleisten, und derzeit sind keine Anfragen mit weiblichen Klienten gegeben.

I: Das ist auch interessant zu wissen, wie die Geschlechterverteilung ist.

M1: Richtig, es ist so, dass es uns an Anfragen grundsätzlich nicht mangelt, aber es sind bisher alles Männer.

I: Wie oft, wie gut wird Ihre Hilfe in Anspruch genommen? Also wie gut sind Sie frequentiert?

M1: Sehr hoch. Es gibt natürlich auch Tage, wo wenig los ist, das ist aber eher selten und dann gibt's Tage, da kommt man aus dem Büro überhaupt nicht mehr heraus und macht dann halt auch Überstunden, das ist dann halt so, also wenn's brennt, dann brennt's. Also generell werden wir sehr regelmäßig, sehr häufig auch von allen tatsächlich aufgesucht.

I: Und Sie sind immer zu zweit von zehn bis sechzehn Uhr da?

M1: Ja, wie gesagt, die Zeiten schieben sich jetzt auch mal, wenn es jetzt Außentermine gibt oder irgendwas anliegt, was das verschiebt, aber grundsätzlich ist die Zeit von zehn bis sechzehn Uhr, genau und wir sind zu zweit, das dient unserem Schutz und wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass das mit der Betreuung der Klienten besser funktioniert, tatsächlich.

I: Aber am Wochenende nicht?

M1: Am Wochenende nicht.

I: Aber am Wochenende ist es dann so, dass dann eher das Wachpersonal, also wenn irgendwie, haben Sie da eine Bereitschaft, wenn irgendwelche Krisensituationen sind?

M1: Die Bereitschaft wird jetzt eingeführt, genau, dass wir dann abwechselnd Telefondienst haben. [An M2 gerichtet.] Das muss ich dir noch sagen. Da wechseln wir uns dann ab. Einmal jeder dann alle drei Wochen, passt ne?

M2: Nur zur Aufklärung, ich war jetzt im Urlaub, ich hab noch nicht so alles erfahren.

M1: Genau, aber ansonsten ist das Wachpersonal halt erster Ansprechpartner, der das auffängt, der halt entscheidet, ist das jetzt so gravierend, dass wir jemanden verständigen müssen oder hat das auch Zeit bis zum Montag.

M2: Und viele Sachen werden dann ja auch am Telefon klärbar. Es ist halt auch wirklich so, die hatten das ja, wenn wir auch Außentermine haben, da ruft das Wachpersonal an, dann spricht man kurz mit dem Klienten, dann passt das auch, also das geht.

I: Wir hatten, glaube ich, wo wir telefoniert haben, ein bisschen gesprochen, dass die Nachbarschaft ein bisschen seltsam am Anfang reagiert hat, genau.

M1: Also reagiert gar nicht mal, also die Leute hier sind unglaublich, also kommen unglaublich gut klar, tatsächlich. Auch unsere Heimbewohner sind sehr, sehr hilfsbereit gewesen. Wir haben da drüben ein paar Leute wohnen, die auch nicht so ganz psychisch gesund erscheinen, wenn man das so sagen darf. Der krasseste Fall ist jetzt ausgezogen. Wir hatten da tatsächlich eine schwer psychotische Frau da drüben, die halt regelmäßig Sachen raus geschmissen hat, bei uns fliegen übrigens keine Sachen aus dem Fenster, es wird höchstens mal etwas von der Fensterbank geweht, im Gegensatz zu anderen Unterkünften. Und es ist tatsächlich so gewesen, dass unsere Heimbewohner herüber gegangen sind und die Sachen wieder hoch getragen haben und ihr geholfen haben. Also Konflikt mit der Nachbarschaft gibt es hier nicht.

M2: Gar nicht, nee.

I: Gibt es Netzwerke? Also, wenn es keine Konflikte gibt, aber gibt es schon auch die Tendenz sich Freundschaften zu suchen in der Nachbarschaft?

M1: Freundschaften würde ich zu weit gefasst sehen. Also, dass man dann mal den Nachbarn hilft, wenn man sieht, dass was ist, aber dann darüber hinaus geht es dann doch nicht, genau.

I: Aber sie sind jetzt, also die Klienten fühlen sich jetzt nicht so als Sonderfall, sondern sind gut als Wohngemeinschaft zusammen und kommen auch gut klar?

M2: Genau, ja.

I: In welcher Form können sich die BewohnerInnen in das Zusammenleben hier in der Unterkunft, sowie in das Gemeinwesen der Stadt einbringen? Sie haben vorhin gesagt, es gibt welche, die arbeiten gehen, in welcher Form findet das statt?

M1: Freiwilligendienst viel, weil sie dürfen ja erstmal nur auf der geringfügigen Beschäftigung halt arbeiten, ähm, es gibt Klienten, die bei der Caritas halt mitarbeiten, ähm, für Einen organisieren wir jetzt ein Praktikum, dass er halt in Zukunft auch in seinem eigentlichen Beruf arbeiten kann, genau, also vorbereitend. Ja, es ist reges Interesse auch von Klientenseite auch schon gegeben, sich auch anderweitig zu integrieren, das Problem ist nur ein bisschen, eine Anschlussstelle zu finden. Es ist wirklich so, weil die Sprachbarriere oftmals gravierend ist und viele Vereine sich dann dagegen sträuben, leider. Also die dann sagen: „Nee, unser Englisch ist auch nicht so gut, da kann er nicht vorbei kommen.“, was ein bisschen schade ist. Wir haben über das Suchtzentrum die Leute ein bisschen mit dem anderen Klientel, mit dem deutschen Klientel, ein bisschen so vermischt, was ganz gut funktioniert in den Sportgruppen, die wir haben, also dass die Leute so ein bisschen in Kontakt kommen, ja.

I: Und hier in der Unterkunft an sich, gibt es da auch eine Möglichkeit, ich weiß nicht, ich kann mir vorstellen, durch irgendwelche Versammlungen oder irgendwas, was das Haus angeht, da sich einzubringen?

M1: Unser Problem ist, dass wir keinen schönen Gemeinschaftsraum haben. Das heißt, wir können leider keine Vollversammlung der Leute machen. Wir haben ein Gartenprojekt gestartet, das ist noch ein bisschen in den Kinderschuhen, aber es läuft, wo die Leute sich dann tatsächlich rege dran beteiligen auch und dann über Nationalitäten hinweg, dann auch in Kontakt miteinander kommen. Ja, und unsere Tischtennisplatte steht draußen und auch rege genutzt wird, ja.

I: Also das ist sozusagen auch noch in den Anläufen, wenn Sie ein ganz junges Projekt sind auch noch.

M1: Genau, wir haben ja auch, so lange sind wir Beide ja auch noch nicht hier, da gab es ja auch mal einen Wechsel.

I: Gut dazu komme ich auch gleich. Ja, Sie haben vorhin schon gesagt, Sprachbarriere ist auch so ein Thema. Gibt es hier Möglichkeiten, dass sich die Bewohner kostenfrei an Sprachkursen beteiligen können, haben Sie im Haus irgendein Angebot?

M1: Im Haus haben wir kein Angebot, es ist ein relativ kleines Haus, das wäre zeitlich auch einfach nicht drin. Es ist so, dass nach wie vor die Volkshochschulkurse und die Gutenbergschule zur Verfügung stehen, jedem und darüber hinaus die ESO-BAMF-Kurse, die jetzt ja halt ein bisschen runtergeschraubt wurden, halbiert wurden. Entsprechend schwer ist es da jetzt noch Leute unter zu bringen, aber viele von unseren Klienten gehen dahin bereits, die erwarten aber mittlerweile bereits ein gewisses Sprachniveau. Also die ganzen richtigen Anfänger, die gehen erstmal zur Volkshochschule und können sich danach

M2: Genau, da ist ja Leipzig Vorbildstadt auch, die kriegen ja ihre 200 Deutschstunden, sobald sie hier ankommen und bei der Caritas gibt es einmal in der Woche einen Anfängerkurs und einmal in der Woche einen Fortgeschrittenenkurs und im Flüchtlingsrat genauso. Also da kann man die Leute auch problemlos einfach hin schicken, ja.

I: Also ist es gar nicht sozusagen notwendig unbedingt im Haus jemanden zu

haben, sondern Sie haben außen Kontakte.

M1: Also wir haben notfalls auch noch Kontakte zur Riebeckstraße<sup>22</sup> zu der Gemeinschaftsunterkunft, wo wir auch Klienten noch mit hin schicken können.

I: Haben Sie hier, ich bin gerade mit einem Ehrenamtlichen reingekommen, wie ist die ehrenamtliche Arbeit hier? Wie viele Ehrenamtliche haben Sie und was helfen die hier?

M1: Meinen Sie den J.?

M2: Der ist Bürgerarbeiter, das ist auch unser Einziger.

I: Was macht er so? Was hat er für ein Aufgabenfeld?

M1: Im Prinzip unterstützt er uns bei allem. Er macht viele Außentermine von uns, wo wir halt sagen, da müssen wir jetzt nicht unbedingt anwesend sein, wir bleiben lieber hier, für die Klienten, die halt noch kommen. Genau, zum Beispiel zur Sparkasse mal begleiten, da mithelfen mit den Überweisungen, dass das alles funktioniert, zum Arzt mitgehen.

M2: Ist aber auch selbstverständlich auch Ansprechpartner, also die Klienten gehen auch zu dem hin, wenn irgendein Anliegen ist, so.

I: Genau, weil Sie das Ansprechen, so eine Alltagsbegleitung. Ich habe ja gelesen und auch viel recherchiert, dass dieses Patenschaftsmodell in Leipzig ja anlaufen soll. Bis jetzt habe ich noch nicht so richtig gesehen, gehört, dass tatsächlich läuft. Was haben Sie da für Erfahrungen mit gemacht?

M2: Die Gleichen. Also genau das Gleiche. Es läuft wohl schon, aber die haben scheinbar zu wenig Personal die Leute wirklich zu vermitteln. Wir kommen ganz schwer mal da ran mal jemanden ans Telefon zu kriegen bzw. Mail zu beantworten und das ist ein bisschen kompliziert, aber das ist ja auch noch in den Startlöchern. Ich hoffe, dass das einfach weiter läuft und demnächst besser wird.

M1: Grundsätzlich eine super Idee, was viele unserer Klienten sehr, sehr gerne wahrnehmen würden, das Problem ist ranzukommen.

---

<sup>22</sup> Diese Gemeinschaftsunterkunft läuft, wie die beschriebene Unterkunft in Leipzig Grünau-Süd im Kapitel 6, unter der Trägerschaft von „Pandechaion - Herberge e. V.“



I: Also meine persönliche Erfahrung ist auch, ich habe mehrmals versucht mit dem Flüchtlingsrat Kontakt aufzunehmen und das war mehr als schwierig, um nicht zu sagen, es ist eher gescheitert. Aber bei den Gemeinschaftsunterkünften an sich, die warten händeringend auf Leute, also wahrscheinlich ist es dann wirklich schlauer direkt hinzugehen und zu sagen: „Ich bin jetzt hier.“ und dann kann es losgehen.

M1: Richtig. Bei uns ist auch das Interesse sehr groß. Also wir haben da Einige, die da sehr von profitieren würden und das auch sehr gern in Anspruch nehmen würden.

I: Das ist auch gut zu wissen überhaupt, aber ich hatte Ihnen ja auch am Telefon schon gesagt, es war ganz schwierig Sie erstmal ausfindig zu machen, also eine Telefonnummer zu bekommen oder eine E-Mail Adresse.

M1: Wir gedenken demnächst wohl eine Internetpräsenz ins Leben zu rufen.

I: Das hatte so einen Schein von, es gibt etwas, aber eigentlich gibt es das auch nicht, also diese Unterkunft, oder es ist vielleicht so geschützt, aufgrund der speziellen Ausrichtung der Suchterkrankungen, dass es nicht so nach außen soll, aber so ist es nicht gedacht oder?

M2: So ist es nicht gedacht, ja.

I: Okay, gut. Seit wann arbeiten Sie beide jetzt hier, also Sie haben gesagt, es ist noch nicht so lang, und generell mit AsylbewerberInnen?

M2: Ja, also ich bin ja frisch aus dem Studium gekommen, Ende März und bin dann auch frisch Anfang April in das Projekt reingekommen.

I: Diesen Jahres?

M2: Dieses Jahr, ja.

M1: Und ich habe zur gleichen Zeit übernommen. Ich habe hier allerdings letztes Jahr schon mal für drei Wochen ausgeholfen. Ich war vorher bei den „normalen“ drogenfreien Wohngemeinschaften beschäftigt, genau, ja und so bin dann auch an die Asylbewerber geraten.

I: Und Sie haben beide in Leipzig studiert, Soziale Arbeit, oder?

M1: Ich bin kein Sozialarbeiter, ich bin Ethologe, das ist Verhaltensforscher, eigentlich. Ich habe in Bielefeld studiert, habe hier meinen Masterabschluss gemacht und bin dann über ein bisschen Umwege hier gelandet.

M2: Genau und ich habe an der HTWK Leipzig studiert, ja.

I: Was ist Ihre tägliche Motivation? Warum sind Sie in der Gemeinschaftsunterkunft tätig?

M2: Also was ich dazu sagen würde, ist auf jeden Fall hohes politisches Interesse, auch Interesse an der Lebenssituation von Asylbewerbern und das beschäftigt mich schon, dank meiner politischen Einstellung, auch über Jahre hinweg, so. Das war's.

M1: Bei kommt noch dazu, neben der Sache, die er schon angesprochen hat, die Suchtspezifika, ist für mich interessant, die war für mich immer schon interessant, auch als Verhaltensforscher tatsächlich. Ja und jetzt bin ich halt nicht in der Forschung gelandet, sondern gleich im Direkten, wo man Leute unterstützen kann. Ich finde es sehr wichtig, dass es so ein Beratungsangebot gibt und dass die Leute aufgefangen werden und damit nicht alleine gelassen werden. Ja und die Asylproblematik kommt halt noch erschwerend hinzu. Das sind zwei Baustellen an denen wirklich was gemacht werden muss und wo die Leute dringend Hilfe brauchen.

M2: Es ist halt auch so, dass jeden Tag eine neue Herausforderung vor der Tür steht und das macht die Arbeit halt schön und interessant. Es ist halt keine Öde, es ist nicht langweilig.

M1: Es ist eben auch schön, viele der Klienten sind echt wirklich dankbar dafür, dass ihnen hier geholfen wird, das ist natürlich auch schön. Wenn sie auch mal nicht so dankbar sind, ist das auch interessant.

I: Fühlen Sie sich als Sozialarbeiter und Ethologe auch sozialpolitisch verantwortlich für die Unterstützung von AsylbewerberInnen?

M1: Durchaus.

M 2: Klar, wie wir den Auftrag ja auch haben, ja.

I: Gibt es Spannungsfelder zwischen den verschiedenen Auftraggebern (KlientInnen, Träger: das Suchtzentrum Leipzig, Stadt, Gesetzesgebung, die einen Rahmen bietet)? Wo sehen Sie da Spannungsfelder für sich in Ihrem Arbeitsfeld?

M2: Speziell für unsere Einrichtung ist das Spannungsfeld natürlich dadurch gegeben, dass ja viele Asylbewerber in Leipzig ankommen sollen und die Asylbewerberunterkünfte ja auch über- über- überbelegt werden, somit auch wir und somit auch die Order von der Stadt kam, dass die Leute schnellst möglichst ins dezentrale Wohnen sollen. Die sagen zwar zu uns, die Eythstraße ist da ausgenommen, aber man merkt ja dann doch irgendwie den Druck dann so von hinten, ne. Da muss man halt aufpassen, dass man da nichts überstürzt. Ähm, ja.

M1: Naja in dem Zusammenhang vielleicht auch, bei uns ist es halt, wie gesagt, das spezielle Klientel. Wir müssen bei der Wohnungsbelegung darauf auch natürlich ein bisschen Rücksicht nehmen. Das heißt, wir können jetzt nicht zu einem hoch psychotischen Klienten den dazu packen, der halt seine Symptome verschlimmert, das ist halt auch so eine Sache. Aber das läuft eigentlich ganz gut mit dem Sozialamt. Das Sozialamt ist halt informiert über den Stand der Dinge hier und ich würde das jetzt auch nicht wirklich als krasses Spannungsfeld sehen. Wenn wir dann mal so eine Anfrage haben, wo wir sagen, das können wir derzeit nicht machen, das geht einfach nicht, das würde komplett die anderen Klienten destabilisieren, dann stoßen wir eigentlich auch auf Verständnis, das läuft soweit ganz gut. Von Klientenseite vielleicht manchmal aus, das ist aber, das liegt einfach daran, dass es für die sehr undurchsichtig alles ist, wer jetzt zu wem gehört und was hier passiert, ähm, das die natürlich manchmal denken: „Oh das böse Sozialamt, die wollen mir jetzt irgendwas Böses.“ und wenn man den dann erklären muss, nee das ist nicht so, so ist das nicht gemeint, das ist einfach die Regel und so, das hat jetzt nichts mit dir zu tun.

I: Also Sie sehen sich eher als Vermittler, so sehe ich das, in der Rolle zwischen

Sozialamt oder Gesetzgebung und Klienten.

M1: Genau in dieser Hinsicht schon, ja. Also ich meine wir treten natürlich in erster Linie für unsere Klienten ein, das heißt, dass wir natürlich auch deren Anliegen gegenüber dem Sozialamt klar machen, genau und dafür sind wir ja hier, richtig. Aber, wenn da halt ein Missverständnis passiert, zum Beispiel ist nach wie vor mit der Besucherregel so eine Sache, die dürfen hier ja keinen Besuch über Nacht haben und dass die dann halt sagen: „Ja hier und das Sozialamt und die meinen es jetzt böse mit mir.“, wo wir dann sagen: „Nee, das ist in allen Gemeinschaftsunterkünften so, das ist einfach die Regel, so, das liegt einfach an Sicherheitsmaßnahmen und deshalb geht das nicht.“

I: Sie haben ja auch gesagt, Sie fühlen sich sozialpolitisch verantwortlich für die Unterstützung. Sehen Sie da, bei Ihrem eigenem Verständnis von professioneller Sozialer Arbeit, sehen Sie da irgendwie ein Spannungsfeld unter den Rahmenbedingungen, die gegeben sind? Oder sagen Sie, ich kann mich gut da einfinden und versuche eher das positiv auszunutzen oder ärgern Sie sich auch oder kommen Sie an Grenzen? Gibt es da so Erfahrungswerte? ...<sup>23</sup>

M 2: Es ist in erster Linie natürlich ein Arbeitsfeld und da hat man sich natürlich an gewisse Rahmenbedingungen zu halten und was man dann privat macht, das ist ja eine ganz andere Geschichte und so lange man das da weiter verfolgen kann, ohne seine Professionalität dann als Sozialarbeiter im Arbeitsfeld in Frage zu stellen, ist es vollkommen, für mich bis jetzt kein Problem. Also klar, man muss sich einschränken, das ist logisch, aber das ist halt so, also, ja.

M1: Richtig. Da gibt es eine Trennung halt einfach, beruflich und privat sind zwei Sachen und das mag an manchen Sachen zusammenfließen und zusammenpassen, aber grundsätzlich, ja.

I: Wo sehen Sie Chancen und Grenzen der Flüchtlingssozialarbeit und was ist für Sie gute Flüchtlingssozialarbeit?

M1: Hauptziel ist letzten Endes, dass die Leute hier ankommen und hier wirklich

---

<sup>23</sup> Ein Teil der Ausführung der Autorin wird hier ausgelassen, da noch einmal der Hintergrund der Fragestellung den interviewten Mitarbeitern dargestellt wird.

ankommen. Das heißt also nicht nur dieses halbe Ankommen und dann letzten Endes, sind sie halt trotzdem nicht integriert und finden keine Anlaufstellen hier und das ist, wo man wirklich klipp und klar sagen muss, was hier oftmals unterstellt wird, auch von Leuten: „Die wollen sich nicht integrieren, die wollen ja nur.“, das stimmt überhaupt nicht. Die Erfahrung haben wir überhaupt nicht gemacht, wir haben so viele, die sagen: „Wir wollen nicht mehr mit anderen Tunesiern was zu tun haben, wir wollen mit deutschen Leuten mehr zu tun haben.“ Das ist, ich denke dann ist das erfolgreich und gut, wenn das gelingt, wenn wirklich die Leute sich komplett integrieren können, ohne ihre Kultur aufgeben zu müssen, das ist auch ganz wichtig, aber die eben halt einbringen können und genau, dass alle letzten Endes davon profitieren.

I: Also das sehen Sie als Chance sozusagen?

M1: Das ist die Chance und das wäre halt, wenn das so klappt, ist das super.

I: Würden Sie sagen, nicht mehr mit anderen Tunesiern Kontakt haben, weil die Suchtproblematik da Thema war, oder wie meinen Sie das?

M1: Das ist auch sozial tatsächlich. Das ist die Aussage, die wir von den Klienten halt bekommen, wirklich, dass viele sagen, sie möchten nicht mehr großartig mit andern Tunesiern zu tun haben, sie möchten halt wirklich mit Deutschen in Kontakt kommen, und ich habe ein bisschen das Gefühl, dass sie sich auch gerne selber immer mehr als Europäer selber verstehen wollen würden, genau. Aber halt dann mit ihrer Kultur dann trotzdem noch, aber, genau.

I: Stoßen Sie an Grenzen in Ihrem täglichen Arbeitsalltag?

M1: Ja sicher, es sind Sachen halt, die schwierig sind und die fängt bei dem Patenschaftsprojekt an, dass man da nicht ran kommt.

M2: Geht bis hin zu rechtlichen Sachen. Rechtsberatung können wir hier nicht durchführen. Es gibt Grenzen, die Leute, die sich wirklich integrieren wollen und zur Schule gehen und eine Arbeit haben und trotzdem so einen Ausreisebescheid bekommen, oder so was, ja. Also eigentlich gesetzliche Rahmenbedingungen sind eigentlich unsere Grenzen, wo man halt klar immer mal aneckt.

M1: Oder das Leute halt nicht offen sind und sich sperren und halt sagen, es geht, wie gesagt, schon beim Sportverein los, wenn man halt sagt: „Nee, wenn das ein Asylbewerber ist, dann möchten wir doch nicht so gerne, dass der hier vorbei kommt.“ Also solche Sachen halt, dass Leute dann leider nicht offen dafür sind und den´ halt keine Chance geben oder bei der Arbeitsbeschaffung.

M2: Oder Wohnungsbeschaffung.

M1: Oder Wohnungsbeschaffung, ja, dass es dann tatsächlich gleich sofort eine Absage gibt, „Asylbewerber? Nee!“ Also wir haben allerdings auch gute Erfahrungen gemacht, es gibt auch viele, die tatsächlich sagen: „Grundsätzlich kein Problem, da muss man halt im Einzelfall prüfen.“, genau.

I: Wenn Sie sich etwas wünschen dürften (für das Haus hier, für Ihre Arbeitsstelle, für die Klienten, für die Flüchtlingssozialarbeit allgemein)? Was wäre das?

M2: Für das Haus, wünsche ich mir natürlich auch aus einem persönlichen Aspekt, dass das Projekt lange bestehen bleibt. Für die Klienten wünsche ich mir natürlich, dass sie clean werden, ihre Krankheit in den Griff bekommen, hier bleiben dürfen, ja. Für die Flüchtlingssozialarbeit allgemein, also wenn bei uns der Betreuungsschlüssel ja ziemlich gut ist, wenn ich da zum Beispiel in die Torgauer Straße gucke oder in die Riebeckstraße, obwohl die Riebeckstraße auch viele viele ehrenamtliche Mitarbeiter haben und Praktikanten, da geht das vielleicht noch, aber in der Torgauer Straße total unterbesetzt, da müssen mehr Leute ran halt, ne, damit die Sozialbetreuung auch wirklich funktionieren kann, dass es keine Laufbandarbeit wird, ja.

M1: Da schließe ich mich an. Ich mache es mir einfach.

I: Ich habe Sie noch gar nicht gefragt, ich habe meinen Zettel so weit abgearbeitet, welche Altersstruktur hier vertreten ist von den Klienten. Also ab wann kommen die so zu Ihnen?

M1: Jüngster ist zwanzig, Ältester (...) 73er Baujahr, oder was?

M2: Dann 40, 41.

M1: Aber eher so jünger, die meisten sind eher jünger.

M2: So Mitte 20, Ende 20 ungefähr.

I: Okay, aber haben Sie eine Grenze, also ab 18 Jahren nehmen Sie auf?

M1: Nein haben wir nicht.

I: Also es könnten Jüngere aufgenommen werden.

M2: Durchaus, ja.

M1: Wir müssen halt wirklich nur gucken, dass es ins Haus passt, dass die WG's zusammenarbeiten, dass sie sich da gegenseitig unterstützen und sich nicht gegenseitig noch runter ziehen, genau. Das ist dann eher vorrangig dann.

*Die Autorin bedankt sich für das Gespräch und verlässt nach ca. 45 Minuten die Gemeinschaftsunterkunft.*

## Anhang 5

*Interview mit einer Sozialarbeiterin der Gemeinschaftsunterkunft Leipzig-Schönefeld*

I<sup>24</sup>: Können Sie mir sagen, wie viele AsylbewerberInnen momentan hier wohnen?

S<sup>25</sup>: Es geht ja hin her, hin her, aber wir sind 250 mindestens ungefähr, so um den Dreh. Kommt geht, kommt geht, aber so um den Dreh.

I: Und ich habe gesehen, Sie haben zwei Häuser hier.

S: Zwei Blöcke, genau.

I: Und wie ist die Aufteilung da? Also hälftig, 125 je Block oder?

S: Nein, in dem ersten Block, der erste Block stand jahrelang leer und wurde letztes Jahr oder vorletztes Jahr wurden die ersten drei Aufgänge saniert und da sind also jetzt, inklusive unseres Büros, da sind jetzt mehr die Familien und drüben in dem Block sind mehr die alleinstehenden Männer, aber es mischt sich auch hier und da mal, und es soll jetzt in naher Zukunft noch die anderen restlichen Aufgänge auch noch gemacht werden, weil das Heim doch, obwohl es geschlossen werden sollte, jetzt doch länger laufen muss, weil so viele neue Flüchtlinge kommen.

I: Haben Sie einen Überblick woher die Asylsuchenden vorrangig kommen, also gibt es sozusagen Länder, Gebiete, die vorrangig gerade vorkommen?

S: Na, es ist ja immer so, dass auch deutschlandweit auf die verschiedenen Bundesländer, verschiedene Staatsangehörigkeiten verteilt werden. Von daher, für Sachsen kann ich nur sagen, es kommen natürlich viele Syrer, es kommen jetzt aber auch viele aus Tunesien, jetzt auch Marokko, dann Tschetschenien, bei uns hier im Heim sind Inder die größte Gruppe. Wir haben aber natürlich auch viele aus Serbien, Mazedonien, so. Wir haben Libyen, wir haben also verschiedene, aber das sind so die größeren Gruppen jetzt.

---

<sup>24</sup> I steht für Interviewerin

<sup>25</sup> S steht für die befragte Sozialarbeiterin



I: Haben Sie das im Überblick, wie lange erfahrungsgemäß ein Anerkennungsverfahren dauert? Also wie lange bleibt im Durchschnitt jemand in diesem Heim wohnen?

S: Das habe ich jetzt nicht so in diesem Überblick, aber es dauert mindestens ein Jahr, aber meistens länger. Wir haben jetzt einen, hier im Büro ist Einer, Iraner, zwei Jahre und es war heftig politisch und es war wirklich viel eindeutig, mit Papier und allem. Die Syrer kriegen natürlich schneller, das auf jeden Fall, aber das ist ja jetzt im Moment eine Ausnahme, aber die allermeisten dauern sehr sehr lange. Oder sie kriegen gleich, also Serbien, Mazedonien bemüht sich die Behörde gleich abzulehnen, aber auch da gibt es Einige, wo es länger dauert.

I: Ich frage ja nach den Lebenslagen und Lebenssituationen der BewohnerInnen. Haben Sie konkrete Beispiele, die Sie jetzt sagen, da kann ich vielleicht zwei, drei Situationen erzählen oder mir berichten, sozusagen welche Menschen hier leben? Also nicht bloß von der Herkunft, sondern überhaupt, wie es denen hier geht, mit welchen tagtäglichen Aufgaben sie zu tun haben und so weiter?

S: Also soll ich jetzt generell oder soll ich an einer Gruppe, an einem Beispiel, einer Familie?

I: Wie Sie möchten, wenn Sie ein Beispiel haben, gerne.

S: Also die normale Familie die hierher kommt, die kommt her, wird angemeldet, große Anmelderunde den ganzen Tag und so, und dann, wenn sie Kinder haben, dann mit Zusammenarbeit mit uns, mit den Sozialarbeitern, melden wir sie beim Regionalschulamt oder Bildungsagentur in Sachsen an und dann, wenn alles gut läuft, werden sie einer der Schulen hier zugeordnet, die Deutsch als Zweitspracheunterricht haben. So, das dauert manchmal paar Wochen, aber jetzt geht's ein bisschen schneller. Wenn sie kleine Kinder haben, machen wir den Weg wegen Kindergarten zum Jugendamt und haben da mal mehr Glück, mal weniger. Da ist ja die Situation angespannt. Dann versuchen wir die Leute zu ermutigen, sie holen sich einen Schein im Sozialamt für drei Monate Deutschkurs an der Volkshochschule, den es ja umsonst gibt. Dann muss man sehen, die sind immer

relativ schnell voll, wenn es voll ist, muss man drei Monate warten und dann im Idealfall geht vielleicht einer der Ehepartner zum Deutschkurs und der andere kümmert sich um die Kinder, das ist ein bisschen schwierig, denn es gibt ja keine Kinderbetreuung in der Volkshochschule. Wir haben hier ein Spielzimmer, mit Kleiderkammer und da halten sich viele auf tagsüber, weil sie einfach da andere treffen. Ein, zwei Ehrenamtliche haben wir hier, die da mal ein bisschen Deutschunterricht machen, die Kinder spielen. Dann kommen zweimal die Woche Schüler und Studenten her, die machen was mit den Kindern oder so, also man versucht, sich so ein bisschen beschäftigt zu halten. Man ist natürlich beschäftigt damit auch, zum Sozialamt zu rennen, wenn man zum Beispiel Arzt, also Arztbesuche ist ja auch etwas. Also viele Familien kommen her und hatten in ihrer Heimat keine so gute medizinische Versorgung und dann wird hier erstmal auch, alle möglichen Krankheiten werden dann behandelt und dafür muss man dann auch Scheine holen, Termine machen, hingehen. Früher, bis jetzt gab es auch einen Dolmetscherdienst, den wir dazu geholt haben, da ist das Geld jetzt alle, da müssen sie gucken, wie das sprachlich läuft und so. Also es sind so viele Kleinigkeiten im Leben, womit man beschäftigt ist, so das Leben zu arrangieren.

I: Also ich kenne aus vielen Berichten, dass man immer sagt, die große Langeweile herrscht vor. Eine Tristheit kann ich mir vorstellen, dass die kommt, aber eigentlich mit diesem Anerkennungsverfahren und diesem ganzen behördlichen Gängen, die daran hängen, kann ich mir vorstellen, dass man da auch gut ausgefüllt ist und viel tun muss, ja.

S: Ja also zum Teil ist es so ein Gerenne, insbesondere zum Arzt und so, aber ansonsten, ist richtig, wenn zum Beispiel, wenn der Deutschkurs vorüber ist, dann hat man da nichts mehr zu tun. Dann kann man auch gucken, dass man so einige, es gibt so mehrere, einmal die Woche bei der Caritas oder einmal die Woche beim Flüchtlingsrat, man kann auch sowas in Anspruch nehmen. Aber ansonsten ist es richtig, dass man dann erstmal warten muss und das ist etwas, also Familien sind mehr in Trab, weil die wie gesagt mit Kind und dies und das und so, schon so ein bisschen mehr Struktur haben, aber gerade alleinstehende Männer haben dann

erstmal nichts zu tun, dürfen nicht arbeiten, dürfen sich nicht groß bewegen und so und das ist schon schwierig. Und da kommen manche schon so ein bisschen auf dumme Gedanken.

I: Und sind Sie da als Sozialarbeiterin hier, um mit diesen Männern auch etwas zu machen oder haben Sie da Möglichkeiten, um mit denen den Alltag zu gestalten?

S: Naja also, Alltag gestalten ist halt so eine Sache. Da wird lange geschlafen und dann gehen viele natürlich in die Stadt oder manche arbeiten auch schwarz. So, also die sitzen jetzt nicht hier, oder die wenigstens sitzen hier und sagen, beschäftigt ihr mich, sondern sind zusammen auch in Gruppen und so und gehen einfach raus, versuchen, gehen in die Disco und versuchen irgendwelche Mädels zu finden oder sonst was. Wir haben dann, ab und zu bieten wir mal so was an, wie jetzt Longboard oder dies oder das, versuchen wir schon ab und zu anzubieten, aber das wird dann oft auch nicht genutzt. Weil so etwas Regelmäßiges, wenn man dann so etwas Regelmäßiges oder Verpflichtendes, wir sagen jetzt: „Dann und dann ist der Workshop, kommst du?“ „Ja, ja, weil ich langweile mich ja.“ und dann kommt er nicht. Also das ist wirklich oft so eine, es gibt keine Struktur und die Wenigsten sind diszipliniert, wir haben ein, zwei Leute hier, die sagen: „Ich möchte.“, da haben wir diese auf ein Euro-Basis, die sind ehrenamtlich. Hier ein junger Mann, der macht die Kleiderkammer und so, aber das sind die Wenigsten. Die Meisten hängen halt so in den Tag hinein, dann wird die Nacht zum Tag gemacht, man trifft sich, man trinkt, man guckt Fernsehen, man geht aus und dann schläft man den ganzen Tag. Also es ist auch für uns als Sozialarbeiter, wir können denen jetzt nicht eine Tagesstruktur liefern und es ist bei den Meisten auch nicht möglich so. Also gerade die jungen Männer, ist schon so ein Problem. Die Familien, klar, die müssen aufstehen, ihr Kind dahin bringen, dorthin, dann gehst du einkaufen, dann kochst du, aber das fällt ja bei den Männern dann eher weg, ja, groß kochen.

I: Können Sie mir Ihr tägliches Aufgabenfeld hier in der Gemeinschaftsunterkunft beschreiben?

S: Ja, das ist recht vielfältig. Wie gesagt, Kinder so, da kümmern wir uns um diese

Sachen. Dann sind ganz viele, die kriegen Briefe, die verstehen sie nicht. Dann versuchen wir, wir sind ja ganz gut sprachlich, wir haben Russisch, Kurdisch, Arabisch, Vietnamesisch und Persisch und Englisch können wir auch, also irgendwie, Serbisch ist ein Problem, aber irgendwie kriegen wir das hin oder wenn derjenige keine der Sprachen kann, oft haben die irgendwie über Handy mit irgendwem Kontakt und dann übersetzen wir übers Handy und erklären die Briefe oder Einladungen oder so. Dann, viele haben auch schon so mit Schulden zu tun, also irgendwie Handyvertrag, irgendwie Kleingedrucktes nicht gelesen, dies, das, jenes und so, oder mal was geklaut oder mal irgendwas schwarz gefahren und so, also wir sind auch viel damit beschäftigt, Ratenzahlungen zu vereinbaren, zu vermitteln und so weiter, so was zu machen. Dann, was gibt es noch. Alles Mögliche, also der Eine hat dann Eheprobleme, dann geht's da und da und so dann, das sind noch so die zusätzlichen Sachen. Also wenn dann Familien in so einer Situation irgendwie, wo es dann Stress gibt, die dann die Familie so ein bisschen auseinander brechen lässt, das ist also nochmal eine andere Sache, andere halten dann auch gerade gut zusammen und unterstützen sich. Viel auch mit diesen ärztlichen Sachen, Vermittlung von Terminen, auch mal mitgehen, das ist auch ein großer Teil unserer Arbeit. Wohnungen, ach ja, wir sind auch halbe Immobilienmakler geworden, weil so viele Flüchtlinge kommen, dass die Stadt darauf drängt sie auch schneller in dezentrales Wohnen zu begleiten, was ja auch viele wollen und dann sind wir immer dabei geeigneten, günstigen Wohnraum zu finden, die Leute zu begleiten, auch damit die Wohnung zu bekommen, weil oft gesagt wird: „Wie was, Sozialamt, keine Sprache, keine Arbeit? Nein.“ und da sind wir auch sehr beschäftigt, begleiten die Leute dabei. Und dann halt so, wir haben uns das so eingeteilt, die Eine kümmert sich um Schule, die Eine kümmert sich mehr auch um die Gruppen, ich mache viel auch so die Außenkontakte, Netzwerktreffen, Treffen mit dem Sozialamt, auch an Standards arbeiten, an Austausch damit, damit, damit, also da sind wir auch viel beschäftigt oder halt Kontakte zu den Ehrenamtlichen halten, weiter ausbauen, Spenden entgegen nehmen. Dann sind wir dabei so einen Graffiti-Verein, ob wir hier Graffiti machen können, das sind alles so Dinge, wo man dann so dahinter bleiben muss, immer

länger gucken, ist das zu finanzieren. Also sehr vielfältig, aber das ist auch schön.

I: Ich habe jetzt gesehen, auf Sicherheit wird geachtet, also es gibt zumindest ein Wachpersonal und Sie haben auch gesagt, die Familien sind wohl eher extra wahrscheinlich in Häuser untergebracht. Haben die da auch extra Wohneinheiten oder sind das hier wie Neubauwohnungen geschnitten hier in diesen Häusern?

S: Also das sind diese Platten. Auf der einen Seite sind Zweiraumwohnungen, auf der anderen Seite Dreiraumwohnungen, mit Küche und Bad, was gut ist. Eine Familie kriegt dann immer eine Wohneinheit, da können wir nicht noch jemanden dazu tun. Die einzelnen Leute sind zu dritt zu viert und so untergebracht.

I: Dann wie eine Wohngemeinschaft oder?

S: Die sind wie eine Wohngemeinschaft und die Familien für sich.

I: Sie haben ja jetzt gesagt, Sie versuchen auf die Qualitätsstandards zu gucken, wie ist der Betreuungsschlüssel? Wie oft sind Sie vor Ort? Wie oft sind Sie als Sozialarbeiterin hier im Dienst?

S: Also wie, der Schlüssel, meinen Sie jetzt Sozialarbeiter auf wie viele BewohnerInnen kommen?

I: Ja, genau.

S: Das kann ich Ihnen gar nicht sagen. Also das weiß das Sozialamt. Wie kriegen so und so viele Stunden. Da müsste man jetzt die Stunden irgendwie zusammen rechnen, weil zwei meiner Kollegen oder drei haben 35/ 30 Stunden, ich habe 23 Stunden und so weiter und das stückelt sich so zusammen. Wir sind aber von 9 bis 17 Uhr da, von Montag bis Freitag.

I: Also ist in der Woche erst einmal jeder Tag abgedeckt, das ist gut. Und sie sind vier KollegInnen?

S: Wir sind vier, von denen, also ich bin vier Tage die Woche da und die andere vietnamesische Kollegin hat auch zwei Außentage. Wir sind also meistens zu dritt, mindestens zu zweit, in bestimmten Fällen auch mal alleine, aber das ist eher die Ausnahme.

I: Und Sie haben ein Büro aber zu dritt oder zu viert?

S: Ja, das Telefon reißt jeder dem anderen aus der Hand, das ist sozusagen ein bisschen, na ja.

-- Kurze Unterbrechung des Interviews, da der Sozialarbeiterin das Telefon von ihrer Kollegin gebracht wird. --

S: Also Telefone sind ein bisschen so. Ansonsten haben wir drei Computer und können dann parallel arbeiten, aber es ist natürlich nicht optimal, also mit Diskretion und so weiter. Manch Einer, der dann Diskretion braucht, der muss das signalisieren, tun sie dann auch und dann kann man sich mal zurückziehen. Ansonsten ist das hier so ein buntes Kommen und Gehen und jeder weiß von dem Anderen. Manche kommen auch meistens gleich in der Gruppe zusammen: „Komm wir gehen jetzt zur Sozialarbeiterin.“, bevor sie dann raus gehen. Also das ist auch sehr viel Vertrautheit unter den Leuten mit da.

I: Jetzt habe ich gesehen, als ich her gefahren bin, Sie sind sehr außerhalb von der Stadt. Gibt es hier eine Nachbarschaft und wenn ja, gibt es irgendwelche Kontakte dazu?

S: Also hier ist Amazon neu gebaut. Gegenüber ist so ein Bürokomplex und dahinter ist erst einmal nichts. Also der nächste Stadtteil ist ja zu Fuß von hier hinten zu erreichen ist Paunsdorf und da ist zum Beispiel ein Kindergarten, der der nächste zu uns liegende ist, wo wir auch ein, zwei Kinder hatten, aber dann ziehen die Leute jetzt auch eher aus, also von daher ist das so eine Sache mit da aufbauen. Ich will jetzt noch mal Kontakt zu dem Mütterzentrum in Paunsdorf aufnehmen, wobei auch dort langfristig jetzt mit den Leuten hier was aufzubauen ist schwierig, weil die Leute sollen ja schnell in Dezentral, also hier ist kein Heim, wo man lange bleibt. Von daher, ja, wenn man dann Kontakte aufbaut oder so was, dann ziehen die Leute irgendwo anders hin, weil hier, also ein, zwei sind nach Paunsdorf gezogen, aber der Rest zieht woanders hin. Also, das ist hier irgendwie Nachbarschaft, das ist der große Nachteil, weil viele Ehrenamtliche sagen sich natürlich: „Aha, wo ist das nächste Heim bei mir zu Hause?“ und dann

wenden sie sich dorthin. Manche rufen hier an, wenn ich sage: „Torgauer Straße“, sagen die: „Oh das ist aber so weit.“ und dann sage ich: „Wo wohnen Sie?“ und dann sage ich: „Na gut in Ihrer Nähe ist Heim das, das oder das.“ und dann gehen die meistens dorthin. Also die Studenten, das ist nett, die sind engagiert und die kommen den Weg einmal die Woche oder aller zwei Wochen, gerade weil sie auch sehen und wissen, dass wirklich hier sozusagen wirklich unter so, na, aber ansonsten baut die Stadt jetzt gerade so ein Patenschaftsmodell auf und da haben wir auch einige gefragt, die Paten gerne wollen und das ist in Anbahnung. Aber ansonsten, der Vorteil in Anführungsstrichen ist, dass hier Krach gemacht werden kann, man kann machen und tun, kommen und gehen, wie man will, keiner meckert und sagt: „Das ist aber jetzt Ruhe und so.“ Weil für manche Familien ist genau das natürlich auch das Problem, dass also nachts die Junggesellen hier Musik hören und dies und das machen und so und na, das ist genau für die Familien auch das Problem. Ansonsten gibt es jetzt keinen Stress mit der Nachbarschaft. Aber an für sich, die Stadt will das so eigentlich nicht, das ist nicht das Konzept, aber aus der Not, na, muss das jetzt so sein.

I: Wenn Sie sagen: dezentrale Unterbringung, kann ich mir vorstellen, dass dann eher auch Familien dezentral untergebracht werden, oder?

S: Alle, aber bei den Familien ist es wesentlich einfacher, den Wohnraum zu finden. Einraumwohnungen zu günstigem Preis wollen auch Studenten oder andere Alleinstehende, das ist Mangelware, und da sind wir in großer Konkurrenz mit anderen, und es gibt nicht so viele Einraumwohnungen, also das ist dann auch schwieriger. Oder da gibt es welche in Grünau und viele wollen überhaupt nicht nach Grünau.

I: Sie haben erzählt, Sie sind selbst Sozialarbeiterin. Seit wann arbeiten Sie mit AsylbewerberInnen?

S: Seit 2003 habe ich hier gearbeitet bis 2008. Dann habe ich noch ein Jahr in der Migrationsberatung gearbeitet, halt mit Leuten, die schon Aufenthalt haben und seit 2011 wieder hier.

I: Was ist Ihre tägliche Motivation: aufzustehen und hierher zu kommen und hier zu arbeiten? Ja, das interessiert mich.

S: Also mir macht es, also im sozialen Bereich hat man ja immer mit Problemgruppen zu tun, und da muss man sagen, das hier ist keine Problemgruppe. Das sind gesunde Menschen. Natürlich gibt es in dieser großen Gruppe, klar, auch immer mal einen Problemfall da, da oder da, damit beschäftigt man sich ja dann auch, aber an für sich sind das vitale, freundliche, dankbare Klienten. Das ist also sehr schön. Es ist sehr international, was viel Freude macht, dass man einfach diese verschiedenen Nationalitäten, Mentalitäten, herzliche Menschen und so kennenlernt und den Kontakt hat, das macht mir sehr viel Freude. Und man nimmt natürlich Anteil am Schicksal und freut sich, wenn das und das klappt und denkt mit und macht sich Sorgen, wenn das und das schwierig ist und so, also man ist sehr verbunden. Ich brauch' mich am Bahnhof oder an der Straßenbahnhaltestelle brauche ich eine halbe Stunde stehen, sehe ich zwanzig Leute und: „Hallo, wie geht's? Und was ist?“, also man hat dann, man sieht die Leute auch so immer mal wieder, und es ist ein freundschaftlicher Kontakt, und das macht mir Freude.

I: Gibt es Spannungsfelder zwischen den verschiedenen Auftraggebern? Also Sie haben einerseits die KlientInnen, die Stadt möchte was von Ihnen, Sie haben einen Träger - die RAA, Sie haben auch selber ein professionelles Verständnis von Sozialer Arbeit, gibt es da irgendwo ein Spannungsfeld oder sagen Sie, das geht alles glatt? Also es gibt auch rechtliche Vorschriften, die den Rahmen bieten. Wie kommen Sie damit zurecht?

S: Hmm, also eigentlich im Großen und Ganzen gibt es relativ wenig Spannungen. Wir sind auf der einen Seite natürlich in allererster Linie für die Klienten da und die haben natürlich schon manchmal Spannungen mit der Ausländerbehörde oder auch dem Sozialamt ein bisschen manchmal. Und da vermitteln wir. Aber da stehen wir jetzt nicht auf der oder auf der Seite, sondern sind wirklich ganz gut in der Vermittlerrolle und können einfach dann der einen Seite erklären: „So und so und so sind die Gesetzmäßigkeiten.“ und mit der anderen



Seite, die unterstützen wir, dass wir das einfach mal ein bisschen versuchen, ja vielleicht auch mal Kompromisse zu finden oder irgendwie so was, und da muss ich sagen, können wir mit dem Sozialamt, arbeiten wir ganz gut zusammen. Ausländerbehörde, die sind ja auch an strengste Auflagen gebunden. Der Eine legt das ein bisschen lockerer aus, aber Riesen viel Spielraum haben sie nicht. Und da sind ein paar Mitarbeiter, die sind sehr freundlich, entgegenkommend, eins, zwei sind bisschen strenger und dann macht es der Ton oft aus, dass es ein bisschen belastend ist, aber ansonsten ja haben die nicht viel Spielraum. Es geht, wir sind da alle unter diesen Sachzwängen, von daher sitzen wir da in einem Boot.

I: Sie haben das vorhin schon angesprochen, ich habe das auch gelesen: Ich habe recherchiert, habe mir den „Heim-TÜV“ angesehen und habe geguckt, was in Leipzig aktuell gerade mit den Gemeinschaftsunterkünften läuft und habe auch gelesen, dass eigentlich auch Ihre Unterkunft ... 2012 sogar schon oder noch eher, geschlossen werden sollte und nun doch noch erhalten und in Stand gesetzt wird, also Sanierung ist angesagt. Wie stehen Sie jetzt dazu? Wie geht es Ihnen da, wenn Sie das hören?

S: Das ist so ambivalent, man ist so ambivalent, weil ich meine, auf der einen Seite, klar, sagt man sich, die Arbeitsplätze bleiben erhalten, das ist ein Punkt, wobei es da jetzt auch, da wird wahrscheinlich ein Trägerwechsel oder so, da werden wir uns nochmal bewerben müssen, also das ist nicht so ganz eindeutig. Auf der anderen Seite sage ich mir, für die Bewohner ist es nicht schön, einfach die Kakerlaken ist wirklich schlimm so und das Haus, die Gebäudesubstanz ist schlecht und die Lage ist schlecht, auf der anderen Seite sehe ich auch die Stadt, wir kriegen es ja in den Runden mit und so, seit wie langer Zeit sie nach geeigneten Objekten suchen und es ist wenig im Angebot, was passend ist, dann muss da mit viel Zeit und Geld und Energie das übertragen werden, in Vermietung kommen, Auflagen erfüllt werden, Brandschutz dies, das, das und so, das dauert immer sehr lange, dann kommen die Anwohner und machen Terz, da muss man da sich hunderttausend Mal irgendwelchen Anfeindungen aussetzen oder irgendwelchen Vorurteilen und so, und das ist einfach zu wenig jetzt. Auf der einen Seite

zu wenig an Angebot und Möglichkeiten, auf der anderen Seite steigen und steigen im Moment die Flüchtlingszahlen, was auch nie vorher zu sehen ist. Also von daher ist völlig verständlich, dass jetzt schnell eine Lösung her musste, und es ist absolut verständlich, dass sie das, was da ist, weiter ausbauen oder halten zumindest. Also, das ist völlig verständlich und es ist komplex. Da kann man nicht sagen: „Doof!“ oder „Gut!“ oder so, sondern man muss es dann aufdröseln.

I: Deswegen finde ich es ganz toll, dass wir auch gerade dazu ins Gespräch gehen können, weil man eben viel liest, aber mal wirklich mit jemandem zu sprechen, der hier auch tätig ist und das schon wirklich jahrelang miterlebt hat, dieses Auf und Ab oder dieses Zusagen und Absagen, jetzt gehen wir doch wieder hier raus oder wir bleiben hier. Genau das ist interessant, das zu hören.

Ich würde gern nochmal ganz generell auf die Flüchtlingssozialarbeit gucken und Sie fragen, wo Sie Chancen und Grenzen sehen für die Flüchtlingssozialarbeit, also in Gemeinschaftsunterkünften, weil Sie für mich Expertin im Interview sind. Was sagen Sie, ist eine Chance hier, mit den Menschen zu arbeiten und wo stoßen Sie an Grenzen?

S: Also hier zum Beispiel in Sachsen ist es ja auch eine fakultative Aufgabe, Sozialarbeiter einzustellen und da ist ja Leipzig vorbildlich, dass sie es tun und das Geld dafür einsetzen. Das ist also sehr schön und auch diese Tendenz mit halt dezentral, wir haben, es wird jetzt auch neue Stellen und neue Mitarbeiter auch bei anderen Vereinen und bei unserem auch eingestellt, um zu begleiten in dezentrales Wohnen, also es gibt da sehr viele Chancen und ich denke hier im Osten ist vieles auch im Aufbau. Jetzt werden gemeinsame Qualitätsstandards erarbeitet im Moment und so, da muss ich auch nachher zu dem Netzwerktreffen und so weiter, also da ist einfach auch vieles so, was auf der Erfahrung aufbauend, auch aus anderen Gegenden, hier gut aufgebaut wird, das ist also sehr gut. Auf der anderen Seite bestehen hier wenig Strukturen aus der Vergangenheit, also zu DDR-Zeiten waren halt bestimmte Gruppen da, die waren aber ein bisschen so für sich und es war nicht so. Aber dann sind viele weg, oder viele, die hier Asyl bekommen, gehen dann auch weg, in andere Städte, wo viele andere sind, also da ist einfach

hier, es ist ein gutes Netzwerk, auch nette Vereine, die aber auch kommen, gehen, gefördert werden und wieder von Neuem irgendwo was anderes anfängt, also da ist einfach hier jetzt nicht so eine gewachsene Struktur. Und die Grenzen sind natürlich, wie alle, die Grenzen sind der politische Spielraum und die Gesetzgebung und die Asylgesetzgebung, die halt in manchen Dingen auf die Tendenz oder auf die tatsächlichen Geschehnisse erst langsam reagiert. Also diese Residenzpflicht, das Nichtarbeitendürfen, sind für mich Dinge, die ungünstig sind, sowohl für Deutschland, als auch für die Asylbewerber ungünstig sind. Die Überforderung der Gerichte und das Warten der Leute auf so lange Zeit. Die kommen also, wie ein Afghane sagte: „Wir sind mit Feuer gekommen, mit Energie und Motivation, und wir sind kalt geworden.“ und nicht nur kalt geworden, sondern auch man fühlt sich abgelehnt, man fühlt sich nicht willkommen und so weiter und das ist einfach dann, führt dann dazu, der Zeitfaktor führt dazu, dass die Leute halt ja so ihr Ding machen und sich weniger gut integrieren können und wollen auch irgendwann und das sind so Sachen, die ein bisschen schwierig sind, sage ich mal.

I: Das passt gut sozusagen zu meiner Abschlussfrage. Wenn Sie sich etwas wünschen dürften für das Haus, für Ihre KlientInnen, für Ihre Arbeit, was wäre das? Für die Gesetzgebung? Genau.

S: Ich würde mir wünschen, dass die, also wenn ich jetzt so ganz ...Visionen habe ich ja auch, also dann würde ich so sagen, mein Wunsch ist, oder die Vision ist, dass einfach irgendwann jeder Mensch sich überlegen kann und frei entscheiden kann, wo auf der Welt er leben will und dass er dort auch ohne Pass, Papier, dies und das, hingehen kann und sich einsetzen kann, sich seinen Teil aufbauen kann, beitragen kann, was er möchte, weil diese Vielfalt ist sozusagen das, was so bereichert. Und das dann die Leute ohne Ängste auch so jemanden willkommen heißen und das ist sozusagen meine Vision. Und auf dem Weg, wir sind da in einem Prozess, ja, also auch Europa, und das ist alles schon ein Stück gegangen und das ist noch ein Stück und auf diesem Stück sozusagen begleite ich auch Leute mit.

# Quellen

- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2000): Charta der Grundrechte der Europäischen Union.  
[http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf), verfügbar am 17.04.2014.
- Amtsblatt der europäischen Union (2003): VERORDNUNG (EG) Nr. 343/2003 DES RATES vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist. (= Dublin II-Verordnung)  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:050:0001:0010:DE:PDF>, verfügbar am 17.04.2014.
- Amtsblatt der europäischen Union (2003): VERORDNUNG (EG) Nr. 1560/2003 DER KOMMISSION vom 2. September 2003 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist. (= Dublin II-Durchführungsverordnung )  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:222:0003:0023:DE:PDF>, verfügbar am 17.04.2014.

- Amtsblatt der europäischen Union (2003): VERORDNUNG (EG) Nr. 604/2013 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS und DES RATES vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist.  
[http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2314/V-%28EU%29-Nr.-604\\_2013-%28Dublin-III%29\\_de.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2314/V-%28EU%29-Nr.-604_2013-%28Dublin-III%29_de.pdf), verfügbar am 24.04.2014. (= Dublin III-Verordnung)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Dezember 2012): Das deutsche Asylverfahren – ausführlich erklärt. Zuständigkeiten, Verfahren, Statistiken, Rechtsfolgen.  
[http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/broschuere-das-deutsche-asylverfahren.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/broschuere-das-deutsche-asylverfahren.pdf?__blob=publicationFile), verfügbar am 08.04.2014.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Glossar. Suchbegriff: „Sichere Drittstaaten“.  
[https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/\\_function/glossar.html?lv2=1364198&lv3=1504418](https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv2=1364198&lv3=1504418), verfügbar am 17.04.2014.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Glossar. Suchbegriff: „Subsidiärer Schutz“.  
[https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/\\_function/glossar.html?nn=1363008&lv2=1364198&lv3=4553002](https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?nn=1363008&lv2=1364198&lv3=4553002), verfügbar am 17.04.2014.

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Verteilung der Asylbewerber.  
<http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylverfahren/Verteilung/verteilung-node.html>, verfügbar am 24.04.2014.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:  
Asylbewerberleistungsgesetz. <http://www.gesetze-im-internet.de/asylblg/index.html#BJNR107410993BJNE000307310>,  
verfügbar am 16.05.2014.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:  
Asylverfahrensgesetz. [http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/](http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/),  
verfügbar am 08.04.2014.
- Cremer, Hendrik: Festung Europa. Zur Flüchtlingspolitik der EU.  
<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38729/festung-europa?p=all>, verfügbar am 08.04.2014.
- dejure.org Rechtsinformationssysteme GmbH: §60  
Verbot der Abschiebung. <http://dejure.org/gesetze/AufenthG/60.html>,  
verfügbar am 24.04.2014.
- Der Sächsische Ausländerbeauftragte (2014): Hinschauen lohnt sich 2013.  
„Heim-TÜV“ 2013 über das Leben in sächsischen  
Gemeinschaftsunterkünften. Dresden.

- Deutsches Institut für Menschenrechte (2010): Ein Grundgesetz ohne „Rasse“. Vorschlag für eine Änderung von Artikel 3 Grundgesetz. Berlin. [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Policy\\_Paper/policy\\_paper\\_16\\_ein\\_grundgesetz\\_ohne\\_rasse.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Policy_Paper/policy_paper_16_ein_grundgesetz_ohne_rasse.pdf), verfügbar am 24.04.2014.
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2009): „...und welcher Rasse gehören Sie an?“. Zur Problematik des Begriffs „Rasse“ in der Gesetzgebung. Berlin. [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx\\_commerce/policy\\_paper\\_10\\_und\\_welcher\\_rasse\\_gehoeren\\_sie\\_an\\_2\\_auflage.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_10_und_welcher_rasse_gehoeren_sie_an_2_auflage.pdf), verfügbar am 24.04.2014.
- Flüchtlingsrat Leipzig e.V.: Ankommen in Leipzig. Paten für Flüchtlinge. <http://www.fluechtlingsrat-lpz.org/index.php/arbeitsgebietprojekte/patenschaftsprogramm>, verfügbar am 22.07.2014.
- Frieters-Reermann, Norbert (2013): Soziale Arbeit und Migration – Auslassungen, Anregungen und Ausblicke. In: Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft, hrsg. v. Spetsmann-Kunkel, Frieters-Reermann. Berlin und Toronto. S.160-166.
- Galtung, Johan (2007): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. In: Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, hrsg. v. Kailitz, Steffen. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 133-136.
- Krauß, Susan: Hand-Out zum Workshop Asyl und rassistische Mobilisierung vom 25.03.2014, Leipzig.

- Krauß, Susan: Workshop Asyl und rassistische Mobilisierung vom 25.03.2014, Leipzig.
- Landesdirektion Sachsen: Medieninformation 053/2014. Prognose: Voraussichtlich aufzunehmende Asylbewerber 2014 in den Landkreisen und Kreisfreien Städten Sachsens.
- Landesdirektion Sachsen: Pressemitteilung vom 27.01.2014. Zahl der Asylbewerber steigt weiter an. [http://www.lids.sachsen.de/index.asp?ID=7022&art\\_param=371](http://www.lids.sachsen.de/index.asp?ID=7022&art_param=371), verfügbar am 21.05.2014.
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen (2013): Empfehlungen für die Flüchtlingssozialarbeit. <http://liga-sachsen.de/veroeffentlichungen/downloads.html>, verfügbar am 22.07.2014.
- LVZ online (22.04.2014): Leipzig braucht Partner bei Aufnahme von Flüchtlingen – und steht dabei unter Zeitdruck. <http://www.lvz-online.de/leipzig/citynews/leipzig-braucht-partner-bei-aufnahme-von-fluechtligen-und-steht-dabei-unter-zeitdruck/r-citynews-a-226482.html>, verfügbar am 12.06.2014.
- LVZ online (23.06.2014): Mehr Flüchtlinge in Leipzig - Zentrales Asylbewerberheim in der Torgauer Straße bleibt. <http://www.lvz-online.de/leipzig/citynews/mehr-fluechtlinge-in-leipzig--zentrales-asylbewerberheim-in-der-torgauer-strasse-bleibt/r-citynews-a-243925.html>, verfügbar am 27.06.2014.



- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews-vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef (Ed.); Kraimer, Klaus (Ed.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ottersbach, Markus (2011): Zur Lage der Flüchtlinge in Köln. In: Ottersbach, Markus; Pröbl, Claus-Ulrich: Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- PRO ASYL e.V.: Arbeiten?  
<http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/rechte-der-fluechtlinge/>, verfügbar am 16.05.2014.
- PRO ASYL e. V.: Die Entscheidung.  
<http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/wer-erhaelt-asyl/>, verfügbar am 25.04.2014.
- PRO ASYL e. V.: Dürfen Flüchtlinge in einer Wohnung leben?  
<http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/rechte-der-fluechtlinge/wohnen/>, verfügbar am 16.05.2014.
- PRO ASYL e. V.: Einen Deutschkurs machen?  
<http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/rechte-der-fluechtlinge/deutschkurse/>, verfügbar am 16.05.2014.

- PRO ASYL e. V.: Familienangehörige nach Deutschland holen?  
<http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/rechte-der-fluechtlinge/familiennachzug/>, verfügbar am 16.05.2014.
- PRO ASYL e. V.: Kann man sich gegen die Ablehnung des Asylantrags wehren? <http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/wer-erhaelt-asyl/gegen-ablehnung-wehren/>, verfügbar am 25.04.2014.
- PRO ASYL e. V.: Presseerklärung vom 21.01.2008. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verweigert Transparenz.  
[http://www.proasyl.de/en/topics/archive/press-releases-german-only/presse-detail/news/bundesamt\\_fuer\\_migration\\_und\\_fluechtlinge\\_verweigert\\_transparenz/](http://www.proasyl.de/en/topics/archive/press-releases-german-only/presse-detail/news/bundesamt_fuer_migration_und_fluechtlinge_verweigert_transparenz/), verfügbar am 24.04.2014.
- PRO ASYL e. V.: Sich frei bewegen oder verreisen?  
<http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/rechte-der-fluechtlinge/bewegungsfreiheit/>, verfügbar am 16.05.2014.
- PRO ASYL e.V.: Sozialhilfe und Krankenversicherung?  
<http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/rechte-der-fluechtlinge/sozialhilfe-krankenversorgung/>, verfügbar am 16.05.2014.
- PRO ASYL e. V.: Zuständigkeitsrecht Dublin II. Eurodac-Verordnung  
<http://www.proasyl.de/de/themen/eu-recht/dublin-ii-verordnung/>, verfügbar am 17.04.2014.

- Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.: Dublin II- Verordnung.  
<http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/20.html>, verfügbar am 17.04.2014.
- Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.: Dublin III- Verordnung.  
<http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/40.html>, verfügbar am 17.04.2014.
- Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.: Situation von Flüchtlingen in Sachsen.  
<http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/32.html>, verfügbar am 21.05.2014.
- Sächsischer Landtag: Gesetz über den Sächsischen Ausländerbeauftragten.  
[http://www.landtag.sachsen.de/de/integration\\_migration/der\\_saechsische\\_landesbeauftragte/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/integration_migration/der_saechsische_landesbeauftragte/index.aspx), verfügbar am 21.05.2014.
- Sozialamt der Stadt Leipzig: Konzept „Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Leipzig“. [http://www.qm-gruenau.de/download/1338972401\\_Konzept\\_zur\\_Asylobewerberunterbringung\\_-\\_Entwurf.pdf](http://www.qm-gruenau.de/download/1338972401_Konzept_zur_Asylobewerberunterbringung_-_Entwurf.pdf), verfügbar am 27.06.2014.
- Tabelle Grundleistungen nach § 3 AsylbLG nach dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz vom 18.07.2012. [http://spatiko.de/media/print/AsylbLG\\_Grundleistungen.pdf](http://spatiko.de/media/print/AsylbLG_Grundleistungen.pdf), verfügbar am 16.05.2014.

- UNHCR: Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951.  
[http://www.unhcr.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/03\\_profil\\_begriffe/genfer\\_fluechtlingskonvention/Genfer\\_Fluechtlingskonvention\\_und\\_New\\_Yorker\\_Protokoll.pdf](http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf), verfügbar am 08.04.2014.
- UNHCR: Flüchtlinge. <http://www.unhcr.de/mandat/fluechtlinge.html>, verfügbar am 08.04.2014.
- Wendel, Kay (2014): Die neuen Formen der „Residenzpflicht“. Synopse der Anwendungshinweise zur räumlichen Aufenthaltsbeschränkung von Flüchtlingen nach den „Lockerungen“.  
[http://www.residenzpflicht.info/wp-content/uploads/2013/02/Synopse\\_Residenzpflicht\\_Update\\_2014-03-01.pdf](http://www.residenzpflicht.info/wp-content/uploads/2013/02/Synopse_Residenzpflicht_Update_2014-03-01.pdf), verfügbar am 16.05.2014.

# Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Leipzig, den 25.08.2014

Juliette Ruck